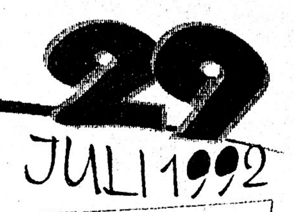




JULI 1992

Teil 2

(Aus: Bremer kassiber 38, Juni/Juli 1992)

Mumia Abu Jamal über die Aufstände in den USA

"Wir sind schon tot – und wir werden euch auch töten"

Babylon brennt

Das perverse Schauspiel, wie Rodney King von einer Horde gestiefelter und behelmter Bullen in den Straßen von Los Angeles zusammengeschlagen wurde, hat sich in das kollektive Bewußtsein Amerikas eingebrannt. Bis vor kurzem noch gab es keine Szenen, die dieser an schierer nackter Barbarei gleichgekommen wären. Bis vor kurzem noch, das heißt bis zu dem aufsehenerregenden Freispruch aller vier Bullen durch eine zum größten Teil weiße Jury im tatsächlich ganz weißen Ventura County, Californien.

Während ich dies schreibe, werden Tausende von Bundessoldaten mit automatischen M 16-Gewehren überall in Südkalifornien stationiert – der Beginn einer offensichtlichen Belagerung unter Kriegsrecht. Das ist Kriegsrecht, also US-Territorium unter militärischem Kommando, denn ziviles Recht hat es tatsächlich nicht gegeben. Besonders dann nicht, wenn es darum ging, daß eine schwarze Person Gerechtigkeit bei weißen Gerichten suchte. Überall in den riesigen Vereinigten Staaten, besonders im Westen und im Süden, entzünden sich Unruhen an einer immer noch lebendigen Geschichte der Ungerechtigkeit, explodieren in wildester Wut und versprühen Funken des Zorns, entfachen einen Flächenbrand der Seelen.

Los Angeles, San Francisco, Minneapolis, Atlanta explodieren – nur die Ostküste bleibt ungewöhnlich ruhig. Obwohl das ganze eher eine schwarze Angelegenheit war, hat man auch Weiße und Braune unter den fieberhaften Aufständischen gesehen.

Und unter den auch immer vorhandenen Opportunisten Plünderer von einer erschreckenden Fremdheit. Einen plündernden Latino, den man auf frischer Tat dabei

Inhalt Teil 1

öS 20,- Abo: Mindestens öS 200,- in einem Kuvert an den Infoladen Wien A-1050 Margaretengürtel 122-124/1/Keller Tel.: 545 23 07

ertappte, wie er ein Ladenfenster in Los Angeles einwarf, hörte man mit eisigem Trotz in der Stimme sagen: *"Macht doch schon, tötet uns. Wir sind schon tot, und wir werden euch auch töten."* Diego Fernandez war neunzehn Jahre alt (Angaben aus *USA today*, 1. Mai 1992).

Das ist der Effekt des amerikanischen "Jugendrechts": Eine fatalistische Gleichgültigkeit im Angesicht des Todes.

Mittlerweile verbreiten sich Furcht und Haß über das ganze Land wie Kreise auf einem Teich. Und sie münden in Aufruhre, Brandstiftungen, Explosionen von Wut und einer erdrückenden Polizeipräsenz. StudentInnen, die sich mit der rebellischen Geschichte der afrikanischen Amerikaner beschäftigten, sollten nicht erstaunt sein über diesen Ausbruch, denn er hat in der jüngsten Vergangenheit viele Vorläufer gehabt.

Die Organisation MOVE in Philadelphia erfuhr etwas sehr ähnliches, als sie am 8. August 1978 von der Polizei angegriffen wurde: Ein durchnäßter, halbnackter Delbert Africa kletterte aus dem Keller des MOVE-Hauptquartiers und ergab sich vier bewaffneten Polizisten. Delberts erhobene Hand und seine Nacktheit von der Hüfte aufwärts signalisierten, daß er unbewaffnet war. Die Polizisten schlugen ihn zu Boden, trampelten auf ihm herum, traten ihn so lange, bis er bewußtlos war. Ein Bulle lud seine halbautomatische Waffe durch, eine Ruger-Mini-14, stieß sie in Africas Gesicht und zerschmetterte so seinen Kiefer. All das ist auf Video-Band festgehalten worden und es wurde in den Medien ausgestrahlt. Als ein Gerichtstermin für drei der Bullen angesetzt worden war – einer dieser Bullen ist nie identifiziert worden – importierte das Gericht eine ländliche, ausschließlich weiße Jury aus dem Lebanon County/Pennsylvania. Ich berichtete damals für eine der größeren schwarzen Radiostationen von diesem Gerichtsverfahren und die Weißheit dieser Jury aus Pennsylvania stieß mir auf; sie wirkte so deplaziert.

Aber mit solch einer Jury ging der Staat kein Risiko ein, sie wurde vom Vorsitzenden Richter Stanley Kubacki entlassen, und er erklärte danach – trotz der Video-Bänder – die Angeklagten für *"nicht schuldig"*. Das Urteil war ein sogenanntes Directed-Verdict, und somit konnte dagegen kein Einspruch erhoben werden. In seiner am 6. Februar 1982 veröffentlichten Stellungnahme rechtfertigte Kubacki das Zusammenschlagen von Delbert auf die gleiche Weise, wie es die Geschworenen in Kings Gerichtsverfahren taten. Sie bezogen sich auf seine Kraft und seine Größe: *"Sie* (die Bullen) *kannten Delbert Africas physische Fähigkeiten"*, schrieb der Richter. In dem Verfahren gegen die Bullen aus Los Angeles sagte ein Bulle aus, daß King ein "sehr kräftiger Mann" gewesen sei. Oder wie die Bullen später untereinander witzelten: "Wie ein Gorilla." Mit diesem rassistischen Klischee des "starken, animalischen Niggers" lief ihre Sache für die weiße, rassistische Verteidigung wie am Schnürchen. Video ist nur dann kein zuverlässiges Beweismittel, wenn es zeigt, wie einem schwarzen Mann von weißen Bullen übel mitgespielt wird. In diesem Fall drücken die weißen Jurys, die weißen Richter und das korrupte amerikanische Justizsystem beide Augen zu.

Die ganze Welt kann nun die amerikanische "Gerechtigkeit" sehen – eine Gerechtigkeit, die es nicht gibt.

Mumia Abu-Jamal, 6. Mai 1992

(Aus: Bremer kassiber, Juni/Juli 92)

Mumia Abu-Jamal – Das Verfahren wird neu aufgerollt

Seit Bestehen des kassibers berichteten wir regelmäßig über die Bemühungen, den zum Tode verurteilten radikalen schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal vor der Hinrichtung zu retten. *(Auch im Verteiler berichteten wir über Mumias Situation.)* Im Herbst '91 schien erstmals eine reale Hoffnung aufzutauchen: Es besteht vielleicht eine Möglichkeit, das Verfahren komplett neu aufzurollen. Nach US-amerikanischem Recht muß allerdings dazu ein Anwalt ein komplettes Beweisverfahren durchgeführt haben. Das verschlingt Zeit und ungeheure Geldsummen.

Allein in der BRD konnten bis heute 53 000 DM gesammelt werden, mit diesem Geld konnte Len Weinglass im Februar seine Arbeit aufnehmen. Weinglass verteidigte Angela Davids in dem legendären Prozeß, der mit ihrem Freispruch endete. Es geht in der Kampagne konkret um die Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal. Es geht aber um noch mehr: Jamal ist eine kompromißlose, radikale Stimme der Schwarzen in den USA. Er soll zum Schweigen gebracht werden – die US-Administration schreckt vor nichts zurück, um die inneren Verhältnisse in den USA zu vertuschen. Das Todesurteil gegen einen schwarzen Journalisten ist eine ihrer zynischsten und kalkuliertesten Versuche, zu ersticken, was nicht zu ersticken ist: Die permanente Rebellion und Unruhe gegen die rassistische Unterdrückung der schwarzen USA.

Leonard Weinglass schrieb zum Stand des Verfahrens.

Wir dokumentieren seinen Brief:

Leonard Weinglass, Attorney at Law, Suite 10 A, West 20th Street, NEW YORK, NY 10011

14. Mai 1992

Liebe Leute,

ich möchte Euch, auch im Namen von Mumia, Dank sagen für Eure Unterstützung. Ihr habt es ermöglicht, daß ein hochqualifiziertes Team zusammengebracht werden konnte und nun den Kampf um sein Leben aufgenommen hat. Wenn auch noch viel zu tun bleibt, so hat Mumia doch nun seit zehn Jahren zum ersten Mal wieder Vertrauen gewonnen, daß sein Fall schließlich vor Gericht vertreten wird. Durch die nicht nachlassende Unterstützung, die Mumia durch Euch und andere erfahren hat, werden wir, so glaube ich, ein gerechtes Ergebnis erzielen, wenngleich das auch noch Jahre dauern kann.

Seit Mitte Februar hat ein Team von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, geleitet von meinem Büro, mehr als 26 Bände von Transkripten, hunderte Seiten von Anträgen, über 125 Zeugenvernehmungsprotokolle, Dutzende Beweismittel, Laborberichte und Schußwaffen-Testberichte gesichtet. Wir wissen jetzt präzise, so gut es die Aktenlage eben erlaubt, was sich in Mumias Fall, vom Moment seiner Verhaftung am 8. Dezember 1981 an bis in die heutige Gegenwart, zugetragen hat. Das Gesamtbild ist nicht gerade gut. Ohne Umschweife gesagt: Er hatte nie eine Chance. Er hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß die Todesstrafe eine logische Konsequenz war, nachdem es der Polizei in jener Nacht nicht gelungen war, ihn umzubringen.

Sein Prozeß fand vor einem Richter statt, der – wie wir aus anderen Quellen wissen – in mehr Prozessen, die mit der Todesstrafe endeten, der Vorsitz geführt hat als jeder andere Richter in der Vereinigten Staaten – einschließlich einiger rückständiger Regionen, die bekannt sind für zahlreiche Todesurteile, wie z.B. Texas. Der Staatsanwalt war jemand, der mittlerweile juristisch dafür belangt worden ist, daß er unangemessene Taktiken eingesetzt hat, um Verurteilungen zu erreichen. Es ist klar, daß er in Mumias Fall genauso gehandelt hat. Mumias Anwalt war ein relativ junger und unerfahrener Verteidiger, der den Fall gar nicht wollte und das dem Richter gegenüber auch wiederholt in Mumias Beisein erklärt hat. Er hat es unterlassen, wenigstens drei entscheidende Zeugen ausfindig zu machen, die schon identifiziert waren. Dafür hat er während des Prozesses aber andere Augenzeugen präsentiert, mit denen er vorher nie gesprochen hatte, hat nie den Experten geladen, der die Waffen getestet hat, und war nicht in der Lage, einen Pathologen zu bestellen, der eine entscheidende Aussage hätte machen können. Er ließ es zu, daß befangene Geschworene in der Jury saßen (der Mann einer Geschworenen z.B. war Polizist in Philadelphia), er hatte nicht alle Vernehmungsprotokolle der Zeugen gelesen, erschien vollkommen unvorbereitet vor Gericht, setzte Mumias Interessen aufs Spiel, um das Wohlwollen des Richters zu ernten. Kurz gesagt, Mumia hatte niemals einen Prozeß im eigentlichen Sinne des Wortes.

Trotz des Gesagten sehen wir uns noch einigen Hindernissen gegenüber, ein neu-

es Verfahren zu erreichen. Ohne alle Techniken untersucht zu haben, denen man in der neuen ultrakonservativen Justiz, die Reagan und Bush erfolgreich durchgesetzt haben, begegnet, kann man sagen: Es sind gerade all jene Gesetzte auf drastische Weise verändert worden, mit denen sichergestellt werden kann, daß kein zum Tode Verurteilter der Strafe entgeht, wenn auch das Urteil in erster Linie auf ungesetzliche Weise zustandegekommen ist.

Trotz alledem stürzen wir uns mit aller Kraft in diesen Kampf und haben bereits mit der entscheidenden Neuuntersuchung dieses Falles begonnen. Die vorläufig erreichten Ergebnisse sind vielversprechend. In den nächsten Monaten werden wir in unserer Arbeit beginnen, harte Fakten ans Tageslicht zu bringen, die unsere Position in diesem Fall stärken. Ich werde Euch auf dem Laufenden halten.

Ich möchte Euch noch mal für all Eure Hilfe und freundliche Aufmerksamkeit für Mumias Fall danken.

Herzlichst,

Leonard Weinglass

Spendet weiter für das Verfahren von Mumia Abu-Jamal:

Sonderkonto 'Mumia', BfG Bremen, BLZ 29010111, Kto.Nr.: 1005877601

(Aus: NY Transfer News Service – Übersetzung: Infoladen Wien)

Mit der Jugend von Los Angeles

Von Jelayne Miles

Die afro-amerikanische und Latinojugend von Los Angeles hat die Hauptlast der Repression getragen, die immer noch anzutreffen ist in den Arbeiter-Communities hier. Ein hoher Preis für diese couragierte Jugend, aber sie haben auch die größten Lektionen der Erfahrung gemacht in der vergangenen, historischen Rebellion und deren Folgen. Ich war in der Woche nach der Rebellion in Los Angeles und hatte die Gelegenheit, mit den Jugendlichen in den Straßen zu sprechen, auf Demonstrationen, in Versammlungen in den Communities und am meisten und intensivsten bei Essensverteilungen, die von der *"African Youth in Action"* und der *"Black Fire Fighters Association"* organisiert werden. Dieses letzte Experiment war der Höhepunkt der Reise.

Ein verfallendes Gebäude im Herzen der schwarzen Community war das politische und organisatorische Hauptquartier für diese Bemühung und das Heim der *"Black Fire Fighters"*. Die Jugendlichen betrachten das Essen und die notwendigen Lebensmittel als höchst politische Punkte. Die *"African Youth in Action"* und ihre Unterstützer haben alles organisiert, von der Organisierung des Essens und was es dazu noch braucht über die Verteilung bis zum Kochen, Verpacken, Presseinformationen und Statements. Die Teilnehmer an der Verteilung waren zumeist afro-amerikanische Frauen und Männer, aber auch einige Latino- und asiatische Jugendliche. Sie arbeiteten, um warmes Essen, kalte Lunches, Windeln, Erste-Hilfe-Pakete und andere wichtige Dinge zu verpacken und sie der Community am Wochenende zur Verfügung zu stellen. Das sind genau die Jugendlichen, für die Bush mehr Gefängnisse bauen lassen will anstatt Häuser.

Während dieses Berichts sitzen 16.000 talentierte, mutige und sich entwickelnde Jugendliche im Knastsystem von Los Angeles. Pausenlos klingelte das Telefon wegen Anfragen nach Informationen ebenso wie von Reportern auf der Suche nach einer Schlagzeile. *"Sie hoffen auf Interviews mit uns und anderen aus der Community, die die Linie der Etablierten wiedergibt. Vor allem die Presse stürzt sich auf jeden, der die Crips und die Bloods denunziert"*, sagte eine junge Frau, in Anspielung auf zwei afro-amerikanische Banden, die sich jahrelang befehdet haben. Aber ein Mitglied der Crips sagte in einem Interview für *"KPFK Pacifica"*: *"ab nun, angesichts der Rebellion, haben wir einen Waffenstillstand ausgerufen und unseren Haß gegen den wirklichen Feind gewendet – die Regierung und die Polizei."*

Die Straßen wirken irgendwie tot durch die jahrelange Vernachlässigung seitens der Regierung und der lokalen Verwaltung. Armut liegt in der Luft wie der Geruch des Rauches der Feuer der vergangenen Tage. Aber es gibt bedeutend mehr Rauch als den des Holzes der ausgebrannten Gebäude, als die Medien und das Establishment die Welt wissen lassen wollen. In den endlosen Reihen der verfallenen Häuser gibt es Hoffnung und Kampfgeist. Jeder möchte beim Kampf dabei sein, jung und alt. Aber die Jugend ist völlig willig und offen. Sie sind am überlegen, wie sie gewinnen können. Und was es kosten wird. Sie fühlen sich *"emboldened"*, daß sie es schließlich zustande gebracht haben, die Aufmerksamkeit der *"Mächtigen"* bis hinauf zum Präsidenten zu erregen. Ein junger Mann sagte *"lies mir von den Lippen, Bush. Keine Gerechtigkeit, kein Friede!" "Sie versuchen, der schwarzen und Latino-Jugend die Schuld für die Gewalt zuzuschieben"*, sagte er weiter, *"sie wollen uns für die Gewalt verantwortlich machen. Aber augenscheinlich ist das die einzige Sprache, die sie verstehen. Diese Regierung besteht aus den gewalttätigsten Menschen der Welt. Und jeder weiß das."* Eine junge Frau sagte: *"Was ist mit dem Irak? Haben sie im Irak nicht Gewalt angewendet? Und wie ist das mit Libyen und Panama? Wir können denen nichts mehr über Gewalt beibringen. Es ist ein gewalttätiges kapitalistisches System, das das alles hervorgebracht hat. Wir müssen gegen dieses System kämpfen."*

Auf die Frage, wer sie politisch am meisten beeinflußt hat, nannten fast alle Malcolm X und Dr. King. Einige zählten auch noch Reverend Farrakhan dazu. Über Malcolm sagten sie: *"Alles ist immer noch genauso wahr wie damals. Malcolm sagte die Wahrheit."* Was eine junge Frau sagte, kam mir sehr verständnisvoll vor: *"Ich bewunderte Dr. King wegen seiner Beiträge zum Kampf. Aber sie wollen uns immer nur den gewaltlosen Dr. King zeigen, den 'Ich habe einen Traum'-Dr. King. Sie erzählen nie etwas über den Kämpfer Dr. King und darüber, wie schwer er gegen sie zu kämpfen hatte."* Und was ist mit dem Dr. King, den ich am meisten bewunderte, als ich über ihn am Ende seines Lebens las? *"Ja, das war eine nette Rede, aber Träume sind für Leute, die schlafen. Und wir schlafen jetzt nicht. Wir wollen den Kampf."*

(Aus: NY Transfer News Service – Übersetzung: Infoladen Wien)

Keine Rechnung? – Ab in den Knast!

Los Angeles: Am 5. Mai kamen sechs Bullen in die Wohnung von Freddy Rabanales und Maria Rodriguez und verschleppten Freddy ins Gefängnis, wo er drei Tage verbrachte, bis er freikam. Freddy ist aus Guatemala und Maria aus El Salvador. Beide leben ständig in den Vereinigten Staaten, sie haben zwei Kinder. Hier die Geschichte, wie sie der Workers World-Reporterin Gloria La Riva geschildert wurde.

Freddy Rabanales:

Ich war zu Hause, gerade vor dem Abendessen, ca. um 20.30 Uhr, als sechs Polizisten kamen und laut an der Tür klopften. Ich antwortete, und sie drückten gegen die Tür und begannen mich über die Einrichtung unserer Wohnung auszufragen.

Ein Bulle zeigte auf unsere Eßzimmereinrichtung und fragte *"ist dieser Tisch neu? Wir wollen die Rechnung dafür sehen."* Ich zeigte ihnen die Rechnung vom Einrichtungshaus, aber das befriedigte sie immer noch nicht, und sie begannen, alles aus dem Klosett rauszuräumen. Wir haben Kristallglas und Teller, die wir im Klo ganz oben verstauen, damit die Kinder sie nicht erreichen können, aber die Bullen beschuldigten uns, wir hätten sie gestohlen.

Während der ganzen Zeit ließen sie mich nicht vom Sessel aufstehen. Sie gingen in den Garten und sahen ein neues Spielzeugmotorrad, das meine Frau und ich unserem vierjährigen Sohn José zu seinem Geburtstag letzten Monat gekauft haben. Ich konnte die Rechnung nicht finden, aber meine Frau hat es mit ihrer Kreditkarte bezahlt.

Für alles, was sie sahen, wollten sie eine Rechnung sehen – den VCR, unseren Fernseher, die Einrichtung, ein Fahrrad, das Spielzeugmotorrad meines Sohnes. Als ich ihnen sagte, meine Frau könnte die Rechnung für das Motorrad von der Kreditkartengesellschaft bekommen, fragten sie, wo sie arbeitet. Maria arbeitet als städtische Busfahrerin. Als ich ihnen sagte, sie arbeitet für RTD, sagten sie *"gut, wir werden auf*

deine Frau in ihrer Arbeit warten und sie als Diebin ins Gefängnis stecken."

Als ich neuerlich versuchte aufzustehen, warnten sie mich: *"Bleib lieber sitzen, oder wir bringen dich, deine Söhne und deine Frau in den Knast."* Ich sagte zu ihnen, *"nehmt nicht meine Familie, nehmt mich."*

Mir tut das sehr weh, denn ich habe nichts Schlechtes getan. Ich habe nie etwas Illegales getan. Sie behielten mich drei Tage lang zusammen mit hunderten anderen Männern, die meisten von ihnen Schwarze und Latinos. Am Donnerstag brachten sie uns vor Gericht. Um 3.00 Uhr früh wurde ich entlassen. Am 26. Mai muß ich zu Gericht.

Ich war immer der Meinung, die Bullen seien schuldig, als sie Rodney King schlugen. Wie können sie leugnen, was geschehen ist? Wie kannst du die Sonne hinter zwei Fingern verbergen? Die Bullen waren schuldig, und ich denke, die Rebellion war gerechtfertigt. Aber sie haben auch Leute mitgenommen, die daheim waren, die nichts getan hatten. Im Knast habe ich eine Menge Leute getroffen, die aus ihren Wohnungen verhaftet wurden, ohne Hausdurchsuchungsbefehle. Nun möchte ich helfen, wem ich auch kann, um unsere Rechte zu verteidigen, und andere Leute beraten, die Opfer wurden. Wir brauchen Gerechtigkeit.

Maria Rodriguez:

Als mein Mann mich am Dienstag nach der Arbeit nicht abholte, rief ich daheim an, um zu sehen was schief läuft. Meine Tante war sehr beängstigt und erklärte mir, daß Freddy in Handschellen ins Gefängnis gebracht worden sei. Mein sechsjähriger Sohn, der das alles sah, konnte nicht schlafen, er war so durcheinander und verängstigt.

Ich rief bei der Kreditkartengesellschaft an und fragte nach der Rechnung für das Spielzeugmotorrad. Ich hatte es bei Toys 'R' Us gekauft, und danach ging ich sogleich zur Bullenstation. Aber der Chef dort was derartig fies, ich dachte, ich verschwende nur meine Zeit hier. Als ich ihm die Rechnung zeigte, sagte er, die reiche nicht aus, weil sie nicht detailliert sei, obwohl die Rechnung von Toys 'R' Us war.

Ich sagte zu dem Beamten *"wir hatten eine schwere Zeit, und nun erzählen Sie mir, Sie werden mir das Spielzeug meines Babys wegnehmen?"*.

Nachdem ich eine Weile mit ihnen diskutiert hatte, meinte er *"ok., nehmen Sie das Motorrad"*, und schob es vor mich. Es ist ein schweres Spielzeug, und er und einige andere Beamte standen nur so herum und sahen mir zu, wie ich mich anstrengte, um es zum Auto zu schleppen.

Die Bullen fahren herum und verhaften illegal Leute, ohne Hausdurchsuchungsbefehle und nehmen alles Neue mit, wenn du keine Rechnung dafür hast. Ich denke, es ist sehr rassistisch, was sie aufführten.

(Interview von Radio Dreyeckland mit Aquinele von der New African People's Organisation)

Rebellion in Los Angeles

Du benutzt nicht das Wort Rassenunruhen, sondern Rebellion und Reservate anstatt Ghetto. Warum diese Terminologie?

Das Wort Rassenunruhen ist vereinfachend, weil die Rebellionen einen sozioökonomischen Hintergrund haben und weil auch andere Leute, eben Nicht-Schwarze daran beteiligt waren. Außerdem wurde nicht willkürlich geplündert sondern gezielt Alkoholgeschäfte zerstört, die einen schlechten Einfluß in den Black-Communities haben.

Die Jugendgangs, die sich vorher gegenseitig bekämpft haben, haben sich vereint und sagen, sie werden gegen die Polizei und die Unterdrückung kämpfen und die Black-Communities verteidigen. Einige von ihnen verglichen, als sie interviewt wurden, die Situation in Los Angeles mit der Intifada in den besetzten Gebieten von Palästina. Sie haben es öfters mit Soweto verglichen, mit dem Widerstand der Jugend in Soweto. Das zeigt, daß sie politisiert sind und nicht nur im Bezug zu den Ereignissen in LA, sondern auch zu den Dingen und Geschehnissen, die ihre Erfahrung ausmachen, in LA zu leben. Und sie vergleichen sich mit anderen kolonialisierten Menschen auf der ganzen Welt.

Du fragst, warum wir es Reservate nennen?

Wir nennen es, hier in Nordamerika, Reservate, um dadurch einen Vergleich mit der Situation der Indianer in unserem Land oder mit den Menschen in Südafrika, die unter der Apartheid leben, zu machen, daß es in den Köpfen der Menschen klar ist, daß das dasselbe ist. Sie sehen so die Ähnlichkeit des Leidens innerhalb der Grenzen Nordamerikas. Deswegen definieren wir es als Reservate, oder als besetzte Gebiete. Und wie die Polizei in unseren Communities handelt ist wie eine Besatzerarmee. Sie beschützt Eigentum, aber nicht unser Leben. Sie sieht und behandelt uns als ihren Feind.

Eine weitere Frage zur Terminologie. Es gibt eine Entwicklung der Begriffe Neger, Schwarze, Afro-Amerikaner und ihr benutzt jetzt Afrikaner in Amerika. Warum?

Oder New Africans. Wir benutzen diese Terminologie und definieren uns als solche, weil die afrikanischen Menschen in Amerika niemals die Wahl hatten, sich als amerikanische Bürger zu fühlen. Tatsache ist, daß wir nicht als Bürger behandelt werden, sondern als kolonialisiertes Volk. Und weil wir als kolonialisiertes Volk behandelt werden, nehmen sich viele von uns das Recht auf Selbstbestimmung und wir zeigen unser Streben nach einem eigenen Staat und eigener Regierung. Deshalb nennen wir uns New Africans – und das sind wir ja auch. Wir sind Nachfahren von verschiedenen afrikanischen Ethnien, woraus in der Zeit der Sklaverei in den USA ein Volk hervorgegangen ist. Wir entwickelten eine gemeinsame Identität, eine gemeinsame Kultur, ein gemeinsames Bewußtsein, wenn man das so sagen will. So können wir uns als New Afrikans sehen.

Wer war an der Rebellion in L.A. und den anderen US-Städten beteiligt? Arbeiter, Arbeiterinnen, Mittelschichtsleute oder wer und wie ist überhaupt die Situation, in diesem imperialistischen System zu leben?

Hauptsächlich waren die Leute, die auf der Straße waren, Leute aus der Arbeiterklasse, Studenten und Arbeitslose. Und vor allem Jugendliche, aber nicht nur. Jugendliche aus der Arbeiterklasse und der Mittelschicht, Collage-Studenten und auch ganze Arbeiterfamilien. Bei den Szenen, die man sehen konnte, wo Leute in Läden gegangen sind, die Waren mit nach Hause genommen haben, waren nicht nur Schwarze beteiligt. Schwarze, Menschen anderer Herkunft, und auch Weiße. Wie ich das analysiere, in einem System zu leben, in dem die US-Regierung in Geldbetrügereien verwickelt ist. Vielleicht hast du etwas vom Spar- und Lohnskandal gehört, der zeigt, daß die Reichen das System manipuliert haben und der Regierung Geld gestohlen haben. Und das einzige, was sie erhalten haben, war "slaps on a risk" und darin war auch George Bush's Sohn verwickelt. Und wenn die Leute aus der Arbeiterklasse sowas sehen, sagen sie, wenn wir die Möglichkeit haben, umsonst Waren zu kriegen, warum nicht, denn die Regierung bestiehlt uns ja auch. So haben sie die Chance wahrgenommen und Geräte, was zu essen, etc. genommen. In diesem Zusammenhang sind die Aktivitäten zu sehen.

Um die Frage zu beantworten, es waren verschiedene Klassen unserer Community, hauptsächlich aber Arbeiterklasse, Arme und Arbeitslose.

Intellektuelle, Studenten und auch die Arbeiter fordern einen organisierten Widerstand, wie, er sich durch Boykotte und Streiks, wie z.b. in Atlanta, Washington DC und New York, entwickelt.

Warum haben die Leute ihre eigenen Ghettos angezündet, wie z.b. in South Central?

Malcolm X hat oft gesagt, daß die Schwarzen die Geschäfte in ihren eigenen Communities nicht kontrollieren und sie ihnen nicht gehören. Diese Geschäfte verkaufen ihnen minderwertige Ware zu hohen Preisen. Und letztendlich reinvestieren die Geschäftsleute ihre Gewinne nicht in den Black Communities, sondern bringen sie woanders hin. Es zeigt sich in vielen Fällen, daß die Geschäfte mit einer guten Beziehung, d.h. die ihr Geld reinvestieren, Schwarze beschäftigen und gerecht behandeln, die Geschäfte, die qualitativ gute Waren verkaufen, etc, nicht angesteckt und geplündert wurden.

Gestern habe ich folgende Überschrift eines Artikels eines jüdischen Autors gelesen: Rap und Rassismus. Entwickelt sich schwarzer Nationalismus zu schwarzem Rassismus gegen Koreaner, Juden etc.?



Nein, auf keinen Fall. In einigen Fällen gibt es einige Schwarze, die wütend auf einige Koreaner und Juden sind, weil sie von ihnen keine Unterstützung bekommen und sie kein Verständnis für die Lage der schwarzen Bevölkerung erfahren haben. Deshalb sind einige wütend auf Koreaner und Juden. Aber insgesamt geht unser Kampf gegen Unterdrückung. Es ist kein rassistischer Kampf, kein Kampf gegen Koreaner und Juden, sondern ein Kampf gegen ein System, das uns als Volk unterdrückt. Die unter uns, die Revolutionäre sind, die unter uns, die unseren Kampf gegen Kolonialsimus und Imperialismus gerichtet sehen, organisieren sich und zeigen den Leuten den wahren Feind unseres Kampfes. Andererseits ist wichtig, daß einige ethnische Gruppen, wie Koreaner oder Juden, die Hauptnutznießer unseres Kampfes sind und ihm nicht im Weg stehen. Was ich damit sagen will ist, daß oft bestimmte ethnische Gruppen vom Imperialismus benutzt werden, um den Kampf unserer Leute zu stoppen und als Agenten der Unterdrückung handeln. Das ist ein wichtiger Aspekt.

Ein Punkt, der während der Ereignisse hervortrat, ist das Verhältnis der schwarzen und koreanischen Communities. Während in den letzten 10 Jahren koreanische Unternehmen in den schwarzen Communities eröffnet wurden, können Schwarze kein Kapital von US-Banken bekommen, um Unternehmen zu eröffnen. Ich habe zwei Freunde, beide PH.d. , mit guten Kreditreferenzen, aber als sie bei fünf verschiedenen US-Banken versuchten, einen Kredit zu beantragen, um ein Unternehmen zu eröffnen, haben sie nichts bekommen. Sie können Kapital bekommen, um ein Auto oder ein Haus zu kaufen, aber nicht, um ein Geschäft zu eröffnen. Viele Schwarze mußten gleichzeitig sehen, daß Koreaner von diesen Banken große Kredite bekamen, um Geschäfte in unseren Communities zu eröffnen , und daß einige dieser Händler uns schlechte Waren zu hohen Preisen verkaufen. Dies geht jetzt schon Jahre so. Koreaner reinvestieren den Profit, den sie aus unseren Communities ziehen, nicht hier und das hat zu Spannungen geführt. Außerdem ist da das grundlegende Gefühl der Machtstruktur und des Erziehungssystems, eben daß die schwarzen Menschen als ein minderwertiges Volk behandelt werden. Vielleicht haben die Koreaner, einige Koreaner, die Geschichte und der Propaganda der Medien geglaubt, so daß einige Händler anfingen, die Leute zu beschimpfen oder sogar tätlich anzugreifen. Im letzten Jahr gab es einen Fall, indem ein koreanischer Händler, nach einem Streit, einem dreizehnjährigen, schwarzen Kind in den Rükken schoß, als es den Laden verlassen wollte. Und obwohl eine Jury den Händler des Mordes überführte, befand der Richter nicht, daß er ins Gefängnis müsse. Er gab ihm Bewährung und Gemeindearbeit, aber kein Gefängnis. So etwas erniedrigt die Schwarzen und ruft Wut in der schwarzen Community hervor. Es gab vor der Revolte einige Versuche von einigen schwarzen Führern, sich mit koreanischen Führern zu treffen und eine Aussöhnung zu suchen, aber es wurde nicht angenommen. Viele koreansiche Führer zeigten keinen Wunsch nach Aussöhnung und Reue für die vorgefallenen Ereignisse. Seit den letzten Gewalttätigkeiten rufen jedoch viele koreanische Führer nach Aussöhnung und Frieden und das kann hoffentlich der Beginn eines neuen formalen Verhältnisses der Koreaner zu den New Afrikans sein, wenigsten in L.A., denn das Problem besteht auch in anderen US-Städten.

Die nächste Frage betrifft die african-american Jugend. Wie organisieren sich die african-american Jugendlichen? Nur in Gangs, oder auch in politischen Organisationen?

Nein, nicht nur in Gangs, sondern auch in politischen Organisationen. Am 4./5. Mai gab es in New York eine Koalition von verschiedenen schwarzen Jugendorganisationen. Die Malcolm-X-Jugendbewegung, eine Jugendbewegung der Malcolm X-Graswurzelbewegung, eine weitere Organisation, in der ich arbeite, die New African Panthers, welche der Jugendflügel unserer Bewegung ist. Diese Organisation und zwei Jugendgruppen, die Black-Watch und die Schwarze Bewußtseinsbewegung, hatten einen Aktionstag in New York, einem "Tag der Auflehnung". Es gab auch einen "Tag der Auflehnung" der Malcolm X-Graswurzelbewegung hauptsächlich für Jugendliche. Und eine andere Jugendorganisation, die Black Reinforce, die Schwarze Verstärkung, und andere Jugendorganisationen in Washington DC machten ebenfalls einen Aktionstag, wo sie den Verkehr und die Brücken am 4. Mai blockiert haben, eben am "Tag der Auflehnung'. In Atlanta Georgia kamen die Malcolm X-Graswurzelbewegung und auch jugendliche, schwarze, nationalistische Organisationen von Colleges zusammen und stoppten den Verkehr und demonstierten in Atlanta, Georgia.

Auch schon vor dem 4. Mai, aber hauptsächlich am 4. Mai, dem "Tag der Auflehnung", haben sie die Leute aufgefordert zu streiken, nichts zu kaufen und nicht zu arbeiten.

Also, der politische und organisierte Widerstand entwickelt sich und es wird versucht, den spontanen Widerstand zu lenken, im Verstehen, daß unsere Aktionen gelenkt werden müssen, um uns effektiv Gehör zu verschaffen.

Welche Einstellung habt ihr zu Programmen wie NAACP (National Advancement for the Association of Coloured People) und zur affirmative (bejahenden) Action?

Die NAACP ist eine Bürgerrechtsorganisation. Historisch gesehen denken wir, daß die NAACP eine politische Rolle gespielt hat, in der Bereitstellung von Rechtshilfe und bei der Herbeiführung von Entscheidungen. Wir denken aber, daß unser Kampf viel weiter gehen muß, als die NAACP bereit ist zu gehen. Die NAACP kämpft für Integration. Seit den Angriffen auf schwarze Nationalisten und anderen revolutionären Organisationen in den 60er und 70er Jahren war die Integration der NAACP in vorderster Reihe unseres Kampfes, in der Art, schwarze Bürgermeister zu wählen und affirmative Aktion zu erreichen. Wir haben dann gesehen, daß es nur einer priviligierten Gruppe der schwarzen Communities geholfen hat, aber nicht der Masse.

Schwarze Männer machen ungefähr 6% der Gesamtbevölkerung aus, aber 45% der Gefängnisinsassen in den Vereinigten Staaten. In den USA sind mehr Schwarze im Gefängnis als in Südafrika. Die Antwort der Bush und Reagan Regierung auf soziale Probleme ist nicht affimative action, sondern Gefängnis und Polizei. Wir sehen auch, daß durch affirmative action die

Wahl von Bürgermeistern gefördert wurde, aber daß auch die 'Armut in den schwarzen Communities gewachsen ist. Man sagt, schwarze Frauen und Männer machen 12% der US-Bevökerung aus , aber auch mehr als 30%' der Armen in Amerika. Wir sind zweimal so häufig arbeitslos wie Weiße. Wir verdienen weniger als die Hälfte als die Weißen verdienen. Und uns gehört nur 1/10 von dem, was Weiße in den USA besitzen.

Also, wir müssen unsere Situation betrachten und wie affirmative action und Integration für uns arbeiten. Wir sagen nein. Wir brauchen Selbstbestimmung. Wir brauchen die Kontrolle über unsere eigenen Angelegenheiten. Wir brauchen Land und wir brauchen Reparationen von der US-Regierung. Reparationen, die gezahlt werden müssen, nicht nur für die Zwangssklaverei, die unsere Vorfahren ohne Entschädigung geleistet haben, sondern für den Schaden an unserer Identität und unserem Leben, der auch nach dem Ende der Sklaverei in den USA existiert. Dazu gehört auch die uns angetane Gewalt, wie die Gewalt an Rodney King in Los Angeles, California durch die Hände der Polizei in L.A:

Die letzte Rebellion im Hinterkopf, erwartest du einen "heißen Sommer" in diesem Jahr?

Das kann man nie sagen, aber es ist möglich. Und die Kommentare der Leute auf der Straße machen deutlich, daß sie nach wie vor unzufrieden sind. Unser Job ist es, die Leute zu organisieren und ihnen klarzumachen, daß es ein effektiver Widerstand sein muß. Wenn wir Widerstand leisten wollen, müssen wir uns organisieren und nicht nur für einen "heißen Sommer", sondern für Selbstbestimmung, Macht zu bekommen, für eine Revolution, für einen nationalen Befreiungskampf. Wir verurteilen keine Rebellion, aber sie sind nicht genug, nich destotrotz werden sie passieren. Und wenn Rebellionen passieren, müssen wir die Möglichkeit ergreifen, die Leute weiter für Selbstbestimmung zu organisieren und versuchen sie bewußt zu machen, für die Taktiken, die man anwenden muß, um Selbstbestimmung zu erreichen.

Etwas was mich noch interessieren würde betrifft die Rap-Musik. Welchen Einfluß haben Sänger wie Chuck D. von Public Enemy in der schwarzen Community? Weißt du etwas darüber?

Sie haben eine Menge Einfluß in der schwarzen Community. Unsere Jugend hört eher Chuck D., Ice Cube, Sister Soaljah und 2 Pac Cha Koa zu, als Jesse Jackson, Clin Powell, Clarena Thomas oder George Bush, definitiv George Bush. Sie haben eine Menge Einfluß und sie werden zur Stimme unserer Jugend. Sie reflektieren die Meinung unserer Jugend. Man kann Zeilen aus rap-songs als Graffitti an den Wänden sehen, gesprüht, während der Rebellion. Ice Cube benutzt oft "it's on'. Und wenn du sagst 'it's on', bedeutet das, gegen die Polizei zu kämpfen. Fight the power stand an den Wänden. Viele Zeilen standen an den Wänden. Amerika, geschrieben mit 3 K; Amerikkka, die 3 k's stehen für Ku-Klux-Klan, was durch Ice Cube und 2 Pac Cha Koa populär wurde. Es ist interessant, 2 Pac Cha Koa stammt aus einer Familie, in der seine Mutter zur Black Panther Party gehörte und sein Stiefvater im Moment als Kriegsgefangener in den USA sitzt. Viele dieser Jugendlichen stammen aus der schwarzen Bewegung. Chuch D. wurde durch die Black Panthers in den 60er Jahren beeinflußt. Also, sie haben einen großen Einfluß und spielen eine große Rolle im Ausdruck unseres kulturellen Aspekts unserer Bewegung.

Weißt du etwas über den Fall Dhoruba Bin Wahad?

Ja, wie du weißt, ist Dhoruba Bin-Wahad, wie viele unserer politischen Gefangenen, über das COINTELPRO, das Counter Intelligence Programm, verhaftet und verurteilt worden. Die US-Regierung versucht über das Programm Konspirative aufzubauen, um führende schwarze Aktivisten und Aktivistinnen in den ganzen Staaten ins Gefängnis zu stecken. Aber nicht nur Dhoruba bin Wahad, sondern auch andere waren Opfer des COINTELPRO-Programms. Dhoruba wurde wegen des Druck und der Offenlegung von Regierungsfehlern vor fast zwei Jahren freigelassen. Im Moment versucht die Regierung, das System dahin gehend zu manipulieren, Dhoruba wieder zu verhaften, weil Dhoruba konstant und konsequent zur Unterstützung anderer politischer Gefangener arbeitet und organisiert. Er organisiert gegen, und spricht über Polizeigewalt, wie er es auch schon vor seiner Verhaftung getan hat. Es ist wichtig, daß nicht nur die Bewegung in den USA, sondern auch Leute auf der ganzen Welt, hinter ihm stehen und versuchen, den Plan der US-Regierung, ihn wieder zu verhaften, zu bekämpfen, aber auch weiterkämpfen, andere politische Gefangene und Kriegsgefangene in den USA zu befreien. Viele Leute wissen gar nicht, daß es in den USA politische Gefangene gibt, daher ist es wichtig, es zu verbreiten, daß weit über 100 politische Gefangene und Kriegsgefangene in den US-Knästen sitzen.

Willst du noch etwas hinzufügen?

Ich würde gerne sagen, daß ich in der einen Woche, in der ich in Deutschland bin, sehr viel Ausdruck von Solidarität und Unterstützung bekommen habe, von Deutschen und anderen Leuten, die sich in Deutschland aufhalten, von anderen ethnischen Gruppen aus Afrika, Kurdistan und anderen Ländern, die eben hier in Deutschland sind. Wir haben eine Menge gelernt über den Kampf hier gegen Faschismus und Rassismus und wir werden diese Botschaft unserem Brüdern und Schwestern zu Hause mitteilen. Und wir wollen die Kontakte mit den Leuten in Deutschland aufrechterhalten, damit sie hier etwas tun können, um unseren Kampf für Selbstbestimmung zu unterstützen. Hoffentlich hören sie noch mehr über unseren Kampf für Unabhängigkeit. Und wenn der Kampf sich weiter entwickelt, sehen die Leute in Deutschland, daß es ein gerechter Kampf ist, daß es ein Kampf ums Überleben, gegen den Genocid ist. Es ist auch nicht nur ein Kampf für uns, sondern ein Kampf der unterdrückten Menschen dieser Welt, in dem wir im Bauch des US-Imperialismus kämpfen, im Bauch der Bestie. Wir hoffen, große Solidarität für unseren Kampf zu erhalten, von den Leuten, die sich in Deutschland aufhalten und die in Deutschland kämpfen.

Danke für das Interview und ich wünsche euch das Beste für euren Kampf!

Danke dir und wir sagen:

"fight the power and free the land!"

(Aus: Bremer Kassiber Nr. 19)

New African Peoples Organisations (NAPO)

Die NAPO gehört zu dem Spektrum der schwarzen Organisationen, das sich im wesentlichen auf eine Tendenz bezieht, die Malcolm X initiierte. Malcolm X sah im Gegensatz zu Martin Luther King keine realistische Möglichkeit für Schwarze, sich gleichberechtigt ins weiße Amerika zu integrieren. Die Weißen, das sind die Nachfahren der eingewanderten EuropäerInnen, die ehemaligen Sklavenhalter. Die Schwarzen sind die Nachfahren der Sklaven, ihre Wurzeln liegen in Afrika. Viele Schwarze nennen sich heute deshalb New Africans, und betonen damit eine eigene Kultur, eine eigene Identität.

Nach der Ermordung von King und Malcolm X, und der späteren Zerschlagung der Black Panthers wurde mehr und mehr deutlich, daß das weiße Amerika nie eine wirkliche Emanzipation der Schwarzen zulassen würde. Viele Gruppen griffen deshalb die Idee eines eigenen schwarzen Staates auf, eine Idee, die in der Geschichte der Sklaverei immer wieder zu realisieren versucht wurde. Teilweise gelang es aufständischen Sklaven über lange Zeiträume hinweg, eigene Territorien zu verwalten und dort der weißen Dominanz ein Ende zu bereiten.

Die NAPO propagiert, wie viele andere Gruppen, den Kampf für die Etablierung der Republik ov New Afrika, einer schwarzen Republik, die im Süden der USA entstehen soll. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legt die NAPO einerseits auf Arbeit in den Getthos – andererseits auf den Aufbau klandestiner Strukturen.

Im Malcolm X Center in Los Angeles zum Beispiel gibt es Vorträge, Nachbarschaftstreffs, 'Geschichtswerkstätten' zu schwarzer Geschichte und ganz wesentlich: Selbstverteidigungskurse für Kinder und Jungendliche.

(Aus: Südwind Nr.?)

Lebenslänglich für Gerhard Bögelein

Der Prozeß gegen die beiden Antifaschisten Gerhard Bögelein (67) und Karl Kielhorn (72) endete in Hamburg am 18.5.1992. Kielhorn wurde freigesprochen, während Bögelein zu lebenslänglich verurteilt wurde, weil ihm "Heimtücke" unterstellt wurde. Bögelein sah sehr schlecht aus, und der Versuch, ihn zumindest einmal noch zu umarmen, bevor sie ihn wegbunkerten, mißlang. Genauso wie der Prozeß an sich ein Skandal und die nahtlose Anknüpfung an den Faschismus skandalös, ist es die Verurteilung Bögeleins. Mit seiner Verurteilung soll u.a. der Ex-DDR im nachhinein ihre Legitimation genommen werden. Außerdem eröffnet sie weiteren Verfahren Tür und Tor, alten wie neuen. Das Urteil drückt aus: Antifaschistischer Kampf ist illegal und nicht rechtens, zumindest unerwünscht. Bögelein hat im übrigen Revision angekündigt und daß er weiterkämpfen will.



Der BesucherInnenraum in Saal 335 war vollständig gefüllt, und vor der Tür warteten ungefähr nochmal 60 Leute, um hereingelassen zu werden. Bei Verkündung des Urteils wurde spontan gerufen, gepfiffen und es wurden Transparente entfaltet. Als die Internationale gesungen wurde, ließ der Richter den Saal räumen, was äußerst ruppig von den schon darauf wartenden Bullen durchgezogen wurde. Von einigen Leuten wurden die Personalien aufgenommen, und dann wurden alle aus dem Gebäude gedrängt. Sie riefen aber weiter Parolen und sangen immer wieder die Internationale. Anschließend folgte eine kurze Demo durchs Karolinenviertel, die, obwohl sie sehr klein war und ohne Transparente (die hatten uns die Bullen abgenommen), geprägt war von unserer Wut und Fassungslosigkeit: Wir versuchten den Leuten durchs Megaphon das Urteil zu vermitteln und den BRD-Staat dafür verantwortlich zu machen. Nachmittags war dann noch eine Demo, auf der ca. 300 Leute waren. Zunächst sollte es zum Knast gehen, was die Bullen allerdings verhinderten. Sie sperrten kurzfristig die Straße zum Knast ab. Es konnte aber noch mit einigen Gefangenen gerufen und an Gerhard Bögelein Grüße vermittelt werden. Danach demonstrierten wir weiter durch mehrere Viertel. Die Bullen waren die ganze Zeit präsent und versuchten bis zum Schluß zu provozieren. Insgesamt war es ein starkes Gefühl untereinander, obwohl die meisten das Urteil doch sehr betroffen gemacht hat.

Bögelein soll keine Solidarität mehr mitbekommen. Dazu paßt auch, daß sie uns nicht zum Knast ließen. Es soll jetzt eine Kampagne zur Freilassung von Gerhard Bögelein laufen. Alle werden dazu aufgerufen. Die Initiative in Hamburg trifft sich montags um 20 Uhr in der Karolinenstraße 21. (Eine Prozeßbeobachterin)

(Aus: BesetzerInnenzeitung Nr. 27, 4.6.1992)

Faschos ermorden Punk in Magdeburg

Am Samstag, dem 23. Mai, gab es anläßlich der Ermordung von Torsten Lamprecht einen Trauerzug in Magdeburg. Torsten (*"Lampe"*) wurde getötet während eines Überfalles auf eine Geburtstagsparty am 9. Mai dieses Jahres. Diese Party war organisiert worden von zwei Punkbands und deren Freunden. Die Geburtstagsfeier fand in den *"Elbterassen"*, einem Gartenlokal im Süden von Magdeburg statt. Der Besitzer der *"Elbterassen"* meldete die Party bei der Polizei in Magdeburg an, da er Angst hatte, daß irgendwas passieren könne. Somit war der Polizei die geplante Feier bekannt.

Ca. 50 Nazis mit Baseballschlägern, Eisenstangen, Wurfgeschossen und Stahlkugeln rückten in einem Autokonvoi an und überfielen die Party. Trotz Gegenwehr zerstörten sie die Gaststätte und verletzten eine Vielzahl von Leuten, die dort feierten. Acht von ihnen wurden so schwer verletzt, daß sie sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Unter ihnen war auch Lampe, den sie ins Koma geprügelt hatten. Er erlag zwei Tage später seinen Verletzungen.

Eine halbe Stunde vor dem Überfall soll es laut Aussage der Polizei einen anonymen Notruf aus dem Südwesten Magdeburgs gegeben haben, dem diese folgte. Dies wäre der Grund, warum die Polizeiverstärkung nicht rechtzeitig am Tatort gewesen wäre, sondern nur sieben Streifenpolizisten. Diese kamen erst eine halbe Stunde, nachdem der Faschoüberfall längst vorbei war und die Verletzten abtransportiert worden waren.

Ihnen fiel in dieser Situation nichts besseres ein, als die Ausweise der noch am Ort Verbliebenen zu kontrollieren. Interessant an dieser Stelle ist die Aussage eines Zeugen, der beobachtet hatte, wie ein *"Journalist"* kurz vor dem Überfall mit den Faschos sprach und sie ihm erklärten: *"Wir fahren jetzt dort hin und machen die fertig!"* Ebendieser Typ war auch der erste, der nach dem Überfall zur Stelle war, Fragen stellte und rumfotografierte. Später stellte sich heraus, daß dieser Typ von der Bild-Zeitung ist.

Der Trauerzug am Samstag, dem 23. Mai zu Gedenken des 23jährigen Torsten Lamprecht führte vom Ort des Verbrechens, den *"Elbterassen"*, quer durchs Stadtzentrum zum UJZ *"Knast"*, der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt von Magdeburg, nun einem Jugendzentrum der offenen Arbeit. Gekommen waren etwa 400 meist junge Leute aus allen Teilen des Landes, um ihre Trauer um die Opfer derartiger Gewalt zu zeigen und zum anderen, vor rechter Gewalt und aufkeimendem Faschismus zu mahnen. Gleichzeitig war es das Anliegen der Magdeburger Organisatoren, die Bevölkerung zu sensibilisieren für die Interessen und das Engagement der Leute, die den *"Knast"* machen. Dieser war bereits mehrfach Angriffsziel rechter Gewalt.

Für viele war und ist dieser Mord ein Schock, der Gefühle der Wut und Ohnmacht freisetzt. Wut über die Gleichgültigkeit, mit der Mord einkalkuliert und über Menschenleben einfach hinweggegangen wird. Ohnmacht gegenüber einer Gewalt, die es unmöglich macht, ungestört und ohne Angst zu feiern. Wut und Ohnmacht sollte dieser Trauerzug ausdrücken, und viele Magdeburger mit Blumen in den Händen warteten am Straßenrand, um sich dem Zug anzuschließen.

Jedoch die Art und Weise, wie sich einige im Trauerzug bewegten (noch kein Block), mag wohl viele bewogen haben, samt Rosen wieder umzukehren. Deren Auftreten sprach eher dafür, daß für sie der betrauerte Tod eines Punks nur Vehikel für eine außerplanmäßige Vorführung altbekannter Demoerfahrung – an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit als gewohnt – diente.

(Aus: Interim)

Repression gegen Antifas in Berlin

Bei einer Auseinandersetzung in einem China-Restaurant in Neukölln, wo sich führende Personen der Naziorganisation *"Deutsche Liga für Volk und Heimat"* befanden, kam der Nazifunktionär G. Kaindl ums Leben, und zwei weitere Nazis wurden verletzt. Über diesen Vorgang braucht man nichts weiter sagen, denn wer Rassismus und Faschismus sät, erntet Gegengewalt.

Am 12.5. wurden 12 Wohnungen von türkischen Antifaschisten und Antifaschistinnen durchsucht und zwei Personen zum Verhör mitgenommen. Diese Aktion, an der sich hunderte von Bullen beteiligten, begründeten sie mit dem Verdacht der Beteiligung an der Auseinandersetzung im China-Restaurant und der Tötung von G. Kaindl. Bei den Durchsuchungen wurden die Wohnungen teilweise verwüstet. Bei den Leuten, die nicht zu Hause waren, wurden die Türen aufgebrochen, Telefon- und Notizhefte, Bücher und Zeitschriften und sogar schmutzige Wäsche wurden als Beweismaterial verschleppt.

Die Leute, bei denen die Durchsuchungen stattfanden, wurden von den Bullen bedroht. Mit psychologischem Druck versuchten sie, die zum Verhör mitgenommene Person zum Geständnis zu zwingen, einem anderen boten sie DM 15.000 als Belohnung für eine Aussage an.

Während im letzten Jahr mindestens 17 Menschen von Nazis umgebracht wurden, sahen die Bullen mehr oder weniger tatenlos zu. Aber in diesem Fall, bei dem ein Nazi umgekommen ist, setzen sie eine Sonderkommission von 20 Personen zusammen, stellen eine Belohnung von DM 15.000 zur Verfügung, observieren 24 Stunden am Tag Treffpunkte von türkischen Jugendlichen und Antifaschisten, teilweise auch Einzelpersonen, nehmen willkürlich Leute von der Straße mit zum Verhör und jetzt durchsuchen sie 12 Wohnungen. Bei diesen Tatsachen fällt auf, wie die Bullen mit zweierlei Maß messen: Einerseits die Tatenlosigkeit bei Naziangriffen und -aktionen und andererseits hier der Versuch, den sich immer weiter entwikkelnden antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, zu isolieren und zu zerschlagen.

Ein Beispiel liefern die Ereignisse in Magdeburg. Dort wurde ein Punk von Nazis ermordet und drei Leute schwer verletzt. Die Bullen, die bei dem Naziangriff vor Ort waren, sahen tatenlos zu. Obwohl die Bullen die Nazis sahen, wurden diese nicht festgenommen. Obwohl die Bullen wissen, welche Nazis diesen Angriff organisierten und ausführten, wird nicht wie im Fall Kaindl vorgegangen. Obwohl die Bullen genügend Informationen zu den verschiedensten Naziangriffen haben, behaupten sie immer, daß sie nicht genügend Beweise hätten, um direkt handeln zu können. Aber im Fall Kaindl, wo sie selber sagen, daß sie überhaupt keine Beweise in der Hand haben, werden türkische Antifaschisten wie Schuldige behandelt.

Und dies tun sie deswegen, weil sie natürlich nicht wollen, daß wir uns gegen den Naziterror organisieren. Die Herrschenden brauchen den Rassismus zu ihrer Herrschaftssicherung und sie brauchen die Nazis, die den Rassismus in die Gesellschaft verwurzeln. Die Herrschenden schützen ihre Handlanger vor denen, die gegen sie Widerstand leisten. Doch im eigentlichen Sinn schützen sie ihre eigenen Interessen.

Genau an diesem Punkt wird deutlich, daß sich der antifaschistische Widerstand gegen die Interessen des Staates und der Herrschenden stellt. Aus diesem Grund sieht die staatliche Politik gegen den Widerstand so aus, daß Antifaschisten physisch und psychisch unter Druck gesetzt werden, daß durch Hetzpropaganda, Kriminialisierung und Polizeiterror versucht wird, die antifaschistischen Gruppen aus der Gesellschaft zu isolieren und somit den Widerstand zu zerschlagen.

Freunde, täglich werden Menschen Opfer von Naziangriffen, täglich werden Läden, Wohnungen und Flüchtlingsheime angegriffen. Trotz dieser Tatsachen wird von uns erwartet, daß wir zu diesen Angriffen schweigen, daß wir uns nicht wehren, daß wir darauf warten, die nächsten Opfer zu werden. Ohne uns.

Zu schweigen und nicht gegen die menschenverachtenden Nazis Widerstand zu leisten, kann nicht von uns erwartet werden. Weder Nazi- noch Bullenterror kann uns von unserem Widerstand gegen Rassismus abbringen. Der Kampf gegen Rassismus, Naziterror und staatliche Unterdrückung ist ein gerechter Kampf, und keine Macht kann diesen Kampf aufhalten.

Auch wenn der Feind uns einzuschüchtern versucht, dürfen wir nicht vergessen, daß der Angriff auf einzelne von uns ein Angriff auf uns alle ist. Es ist möglich und notwendig, diesen Angriffen auf uns etwas entgegenzusetzen. Es ist notwendig, unseren Kampf entschlossener und besser organisiert weiter zu führen.

Die Solidarität unter uns und die Verwirklichung eines aktiven Widerstandes ist und bleibt unsere einzige Waffe.



Wir sind im Recht und wir werden siegen!
Gemeinsam gehört uns die Zukunft!
Gegen Rassismus, Nazi- und Bullenterror!

Antifaschist Genclik

(Ein Wiener Genosse)

Von der Bombardierung des Irak bis zur Wiener Konferenz: Rezepte aus der 'Pentagonküche'

Die Geschichte eines Volkes ist die Geschichte seines Kampfes auf allen Ebenen gegen seine Feinde (wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch). Eine Niederlage oder eine Krise kann die Entwicklung eines Volkes nicht verhindern, besonders wenn das Volk die Ursachen dieser Niederlage oder dieser Krise kennt und Lösungen und die Möglichkeiten, sie durchzusetzen, hat.

Im Fall des Irak sahen wir, wie die imperialistischen Mächte versuchten, ihre Interessen auf Kosten eines Volkes durchzusetzen. Seit August 1990 ist die Hungerblockade gegen das irakische Volk verhängt, obwohl sie in Washington und London ihren "Sieg" feierten. Die Weltöffentlichkeit wurde durch ihre Kriegspropaganda getäuscht. Sie haben die Medien von CNN bis ORF kontrolliert und für ihre Zwecke benützt. Auf den Bildschirmen haben wir nur Soldaten, Panzer, Flugzeuge gesehen und Kommentare von sog. Nahost-Experten gehört. Aber was wurde über den Krieg gezeigt ? Nichts. General Schwarzkopf vor den Journalisten in Riad: "Dieser Krieg war ein sauberer Krieg. Die Piloten und die Raketen haben ihre Ziele zu 99% erreicht."

Prof. Douglas Lomis, ein Mitglied der japanischen Delegation, die den Irak zwischen dem 21. und 31 Juli 1991 besuchte, kommentierte: *"Wenn die Bomben haarscharf ihre Ziele erreichten, wie müssen wir dann die Bombadierung des Bazars von Al-Qud, die Häuser in Safon und in verschiedenen Orten im Irak verstehen? War es ein natürlicher Fehler oder war es eine terroristische Politik gegen die Bevölkerung?"*

Doch die USA und ihre Verbündeten besiegten die Menschenrechte – Zerstörung der Wasserversorgungssysteme, der Krankenhäuser, der Moscheen, der Kirchen, der Babymilchfabriken. Ist vielleicht die Ermordung von tausenden Frauen, Kindern und Männern ein Sieg für die "zivilisierte Welt"?

Die Massenvernichtung durch die Bombardements ist vorbei. Aber die Massenvernichtung durch die Hungerblockade geht weiter, an deren Folgen bis jetzt mehr als 120 000 Personen gestorben sind. Darunter 39 352 Kinder unter dem fünften Lebensjahr. Als Folge der Blockade herrschen Krankheiten wie Thypus, Unterernährung und Malaria, es gibt Mangel an Lebensmittel, Medikamenten und sauberem Wasser. Eine Delegation der Universität Harvard, die den Irak besuchte, berichtete, daß mehr als 170 000 irakische Kinder unter dem fünften Lebensjahr im nächsten Jahr sterben werden.

Trotz der Bombadierung der Infrastruktur des Irak und trotz der wirtschaftlichen Blockade hat die irakische Bevölkerung nicht aufgegeben. Sie haben seit Monaten begonnen, den Irak wieder aufzubauen, die Fabriken, die Ölraffinerien, die Krankenhäuser, die Brücken, usw.

Während des Golfkrieges hat Bush die Irakis aufgefordert, Saddam Hussain zu stürzen. Darauf folgten im Norden und Süden des Irak soziale Aufstände, die von der irakischen Armee schnell niedergeschlagen wurden. Die kurdische Führung im Irak, die den "Aufstand" gegen die Zentralregierung in Bagdad machte, setzte große Hoffnungen auf eine Unterstützung der USA. Aber nach ihrer Niederlage erklärte PUK-Führer Talabani: *"Die USA hat uns aufgefordert, Saddam Hussain zu stürzen. Aber dann haben sie uns im Stich gelassen."* (Der Standard April 1991)

Obwohl die Zentralregierung in Bagdad den kurdischen Aufstand niedergeschlagen hat und obwohl die kurdischen Führer Talabani und Barzani mit den USA kollaboriert hatten, hat die Regierung in Bagdad mit den beiden kurdischen Führern Verhandlungen über die Autonomie der Kurden im Irak, die 1971 vorgeschlagen wurde und 1974 in Kraft getreten ist, begonnen. Und obwohl die kurdischen Führer mit der irakischen Regierung zu verhandeln begonnen haben, richteten sie ihre ganze Hoffnung auf die Unterstützung der Allierten in der Gründung eines kurdischen Staates im Irak. Deshalb haben sie die Verhandlungen mit Bagdad abgebrochen und Reisen in die Türkei, den Iran, Frankreich, Großbritannien, die BRD und die USA angetreten. Das Ergebnis dieser Reisen war grünes Licht für die Abhaltung einer Wahl im Norden des Irak und die Zusicherung der Unterstützung der Alliierten. Vor einem Monat fand die Wahl in irakisch Kurdistan statt, unter den alliierten Flugzeugen und unter Beteiligung deutscher, österreichischer, britischer, ... Beobachter. Die Wahl blieb ohne eindeutigen Sieger. Das "Komitee für Zusammenarbeit" (die kurdische DKP und PUK sind Mitglieder des 1990 in Damaskus gegründeten Komitees irakischer Oppositioneller) hat die Wahl abgelehnt mit der Begründung, daß die Wahl unter der Kontrolle der imperialistischen Mächte stattfinden wird und zur Libanisierung des Iraks führen wird. Daraufhin hat das irakische Parlament in einer Sitzung erklärt, daß *"diese Wahl nichtig ist und gegen die irakische Verfassung verstößt".* (Sadi Mahdi Saleh, Chef des irakischen Parlaments)

Als die kurdische Führung den Krieg gegen die Zentralregierung in Bagdad eröffnet hat, ergriffen tausende Kurden die Flucht. Auf den Bildschirmen sahen wir die schrecklichen Bilder dieser Menschen und die Hilfsaktionen der imperialistischen Staaten. Die Regierungen der imperialistischen Staaten forderten die Unterstützung der Kurden. Aber die Vernichtung des kurdischen Volkes in der Türkei durch die türkische Luftwaffe interessiert diese Länder nicht. Das ist ja etwas ganz anderes! Die Türkei ist ja ein Mitglied der Nato und in den Reihen der Alliierten. Das zeigt das echte Gesicht und die Doppelmoral der Europäer. Die Kurden im Irak sind Freiheitskämpfer und die Kurden in der Türkei sind Terroristen!

Trotz aller Versuche, trotz Wirtschaftsblockade, Aufstände im Norden und Süden des Irak, Kopfgeld für Saddam Hussein, die Wahl in irakisch Kurdistan, die Regierung in Bagdad zu stürzen, sind sie gescheitert. Vor kurzer Zeit wurde in einem Bericht des CIA veröffentlicht, daß das irakische Regime in Sicherheit ist und die Position von Saddam Hussain stark ist.

Daraufhin versuchten die USA eine Konferenz für die irakische Opposition zu organisieren, mit dem Ziel Saddam Hussein zu stürzen und eine Legitimation für die kurdischen Wahlen zu haben. Laut "Washington Radio" hat der Assistent des US-Außenministers sich mit den Führern der irakischen Opposition getroffen und ihnen eine Spende in der Höhe von 100 Mio $ überreicht. Vom 16. – 19. Juni hat dann in Wien eine Konferenz für die irakische Opposition stattgefunden. In der Zeitung "Al Quds" wurden zwei "Offene Briefe" von zwei Teilnehmern, die von der Konferenz ausgetreten sind, veröffentlicht, von dem ehemaligen irakischen General Faisal An-Nhaimi und Ad-Dosari. Der Inhalt dieser Briefe zeigt, daß die Ziele der Konferenz waren, den Irak zu kantonisieren, die militärischen Stützpunkte in der Türkei und die Wahl in Kurdistan zu legitimieren und Saddam Hussein zu stürzen. Aus diesen Gründen haben auch die großen irakischen Oppositionsorganisationen (Kommunistische Partei Irak, der Hochrat des Schiitenrates und andere) sich nicht an der Konferenz beteiligt und diese abgelehnt.

Was wird noch in der Pentagon "Küche" gekocht? Es wurde bereits alles versucht: die Bombardements, die Hungerblockade, Aufstände im Norden und Süden des Irak, Aussetzung eines Kopfgeldes für Saddam Hussein und letztendlich die Wiener Konferenz.

Wer seine Milchfabriken, seine Schulen, seine Kindergärten, sein Land aus eigener Kraft wieder aufbaut, wird siegen. Die Verbrecher werden verschwinden.

Ca. am 22.6.92 vernichtete die US-Luftwaffe mit Brandbomben die geamte Getreideernte im Irak, knapp bevor das Korn reif zum Einbringen war. Es wäre die erste Ernte seit 2 Jahren gewesen, die nicht infolge Trockenheit kaputt gegangen wäre.

(Aus: Bremer kassiber, Juni/Juli 92)

Ein Jahr nach dem Golfkrieg

Ein Jahr nach dem Ende des offenen militärischen Krieges der westlichen Welt gegen den Irak ist dieser Krieg ebensowenig beendet, wie er auch nicht erst im Januar 1991 begann. Dieser Krieg des freien Westens hat allerdings schlagartig eine Kräftekonstellation verdeutlicht, die sich spätestens seit dem Amtsantritt Gorbatschows und der damit verbundenen 'Perestroika' herauskristallisierte.

Die US-Administration brachte diese neue Kräftekonstellation auf die eingängliche Formel der *"New World Order"* und schuf damit einen Begriff, der, in kaum verhüllter Bewunderung bis weit in die linksliberale Publizistik hinein, als Synonym für den Sieg des freien Westens über den realexistierenden Sozialismus und über Despoten im Trikont nachgebetet wird.

Wenn wir diese *"Neue Weltordnung"* genauer analysieren, zeigt sich ein zerrisseneres und diffizileres Bild. Die *"New World Order"* ist am allerwenigsten das, was die US-Administration gerne suggerieren möchte: endgültiger Sieg des freien Westens unter der Führung der USA.

Zwar ist mit dem ökonomischen, politischen und letztendlich militärischen Zerfall des 'Ostblocks' ein wesentlicher Faktor beseitigt, der den Westen hinderte, sich nach Belieben in der Welt umzutun. Vor allem im 'Nahen Osten' hat die zunehmende Schwächung der UdSSR die Region dem Krieg Schritt für Schritt näher gebracht. Der Krieg gegen den Irak wäre letztendlich nicht möglich gewesen, wenn die Sowjetunion nicht vorher die Waffen gestreckt und den politischen und diplomatischen Weg zum Krieg freigemacht hätte. Zum letzten Mal mußte die US-Administration die Kräfteverhältnisse vor einer offenen Aggression abwägen. Der Verlauf der Krise zwischen August und Dezember 1990 zeigte dann: Nie mehr wird die UdSSR sich den Machtansprüchen des Westens in den Weg stellen.

Aber mindestens ebenso dramatische Veränderungen haben innerhalb der westlichen Welt stattgefunden. Die Gegensätze zwischen den USA und Westeuropa sowie Japan haben sich weiter vertieft, seit Jahren verschärfen sich die daraus resultierenden ökonomischen Krisen in der westlichen Welt. Der 'Börsenkrach' im Herbst 1990 war eine solche Krise: Erstmals wurden US-Börsen aufgrund einer Entwicklung innerhalb der japanischen Ökonomie destabilisiert.

Der ökonomische Machtverlust der USA wird langfristig nicht ohne politischen Machtverlust vonstatten gehen können. Im Krieg gegen den Irak bestimmten die USA zwar noch Tempo und Dynamik des Konflikts und organisierten gegen vielfältige Widersprüche die Durchsetzung westlicher und insbesondere US-Interessen. Obwohl die Bedeutung der USA gegenüber den anderen imperialistischen Zentren, Europa und Japan, geringer wird, konnte sie in diesem Krieg ihre Rolle als wichtigste Macht der arabischen Region sogar noch ausbauen. Die kompliziert und diffizil aufgebauten französischen Interessen und Strukturen, die britischen und eher marginalen bundesdeutschen Interessen wurden eher der Strategie der USA untergeordnet als daß sie als eigenständige Kräfte hätten wirken können. Als Beispiel mag der 'Deal' zwischen den USA, Frankreich und Syrien gelten: Syriens prowestliche Haltung im Krieg wurde zum Teil mit dem französischen Rückzug aus dem Libanon und dessen vollständiger Preisgabe an Syrien erkauft.

Der Zerfall der Sowjetunion und innerwestliche Widersprüche sind nur zwei Aspekte der 'New World Order': Ein dritter ist die Situation in den Ländern und Nationen der Drei Kontinente. Die letzten zehn Jahre haben die Situation vor allem in Afrika, aber auch in Lateinamerika und Teilen Asiens mehr verschärft als die gesamten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts. Alle Projekte nationaler Befreiung (z.B. Nicaragua, Mosambique, Angola – Cuba nimmt eine gewisse Sonderstellung ein) sind an Grenzen gestoßen, die die Instrumente des 'freien Westens' setzen konnten. Entweder konnten die revolutionären Projekte gestürzt und zerstört werden, oder sie wurden mehr und mehr ihres revolutionären Kerns beraubt und ins kapitalistische Weltwirtschaftssystem integriert. Diese *"Integration"* wurde auf allen Ebenen erzwungen: Kriegerische Interventionen (Panama, Grenada, Angola, Namibia, El Salvador etc.) sind dabei ebenso *"hilfreich"* gewesen wie die *"Anpassungsprogramme"* von IWF und Weltbank (Brasilien, Indien, Sri Lanka, Chile, Burkina Faso etc.). Schmutziger Krieg (Nicaragua, Honduras, Guatemala, West-Sahara etc.) ebenso wie die Dynamisierung von kulturellen und ethnischen, ökonomischen und politischen Widersprüchen zur Zerstörung von Befreiungsbewegungen. Die Mittel sind so vielfältig, wie die aktuelle Situation sich von Fall zu Fall unterscheidet.

Die Situation im 'Nahen Osten' zeigt gleichsam focussiert diese weltweiten Entwicklungslinien. Der Zerfall der UdSSR, unterschiedliche Zielsetzungen im westlichen Lager und Verengung revolutionärer Perspektiven unter den brutalen und zermalmenden Angriffen der politisch-militärischen Machtzentren – das sind die Margen (*Spielräume, Spannen*) für die Entwicklungen im *"Nahen Osten"*.

Auf dieser und den folgenden Seiten stehen zwei Texte, die eigentlich in einer Broschüre erscheinen sollten, die wir zusammen mit der Palästina-Gruppe herausgeben wollten. Im ersten Text – *"Bremen im tiefen Frieden"* – werden rückblickend Diskussionen im und um die Anti-Kriegs-Bewegung im Frühjahr 1991 betrachtet: Was waren Motivationen und Argumentationen, warum fielen Spaltungsversuche so leicht, von welchen Kräften wurden sie unternommen?

Der zweite Text – *"Sympathy for the devil?"* – machte Meinungsunterschiede zwischen uns und der Palästina-Gruppe deutlich. Es ging dabei vor allem um die Darstellung des Staates Israel, um Voraussetzungen und Diskussionen in der radikalen Linken zu Palästina und Israel, auch darum, wie eine Auseinandersetzung mit dem Vorwurf des *"linken Antisemitismus"* geführt werden müsse; und letztendlich um die Frage, welche Rolle Fehler und Unzulänglichkeiten der Palästina/Israel-Diskussion in der radikalen Linken spielen.

Wir, zwei Frauen und zwei Männer aus der jetzigen und ehemaligen Redaktion, haben uns entschlossen, diesen Text trotzdem abdrucken zu wollen. Diese Entscheidung war ausschlaggebend, wenngleich nicht ursächlich dafür, daß das Projekt einer gemeinsamen Broschüre nicht zustande kam. Wir würden uns über kritische Reaktionen zum Text freuen.

van der leyden/ostrowski/olga k./
the witch



(Aus: Bremer kassiber, Juni/Juli 92)

Golfkriegs-Nachlese – Bremen im tiefen Frieden

Als die Bombardements Bagdads am 17. Januar 1991 begannen, entwickelte sich schnell aus vor dem offenen Krieg eher zaghaften Ansätzen eine große Anti-Kriegs-Bewegung. Politische Gruppen und Projekte waren daran ebenso beteiligt wie tausende von Einzelpersonen. Wie im ganzen Bundesgebiet waren auch in Bremen an vielen Schulen Initiativen entstanden, von Schülerinnen und Schülern wurden fast täglich Verkehrsblockaden durchgeführt, Mahnwachen und Blockaden vor Kasernen und Behörden organisiert.

Als bekannt wurde, daß ein großer Teil des Kriegsgeräts der US-Armee von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) über Bremen und Bremerhaven verschubt wird, gerieten auch Hafen und BLG ins Zentrum der Blockadenaktivitäten. Vor der Börse, beim Schaffermahl, in Oldenburg und Bremervörde vor den jeweiligen Kasernen kriegsbeteiligter bundesdeutscher Einheiten und immer wieder an neuralgischen Verkehrsknotenpunkten wurde gestört, gestreikt, blockiert. Wie in mehreren Städten auch, mündeten die vielen Aktionen in größere Demonstrationen, in Bremen waren am 21. Januar über zehntausend Frauen und Männer auf dem Marktplatz und in Bremerhaven waren am 26. Januar mehr als 5 000 auf den Beinen.

Anfänglich war diese heterogene Anti-Kriegs-Bewegung ersteinmal 'gegen den Krieg'. Die monatelange offene Kriegsrethorik der USA, die Verschärfung des bundesdeutschen innenpolitischen Klimas und dann die durch die Medien geschaffene Nähe zum Krieg hatte Angst provoziert und bei Tausenden eine natürliche Ablehnung der Bestialität des Krieges geweckt. In den ersten Wochen der Herausbildung der Anti-Kriegs-Bewegung schälten sich politische Parolen heraus. Die Parole *"Kein Blut für Öl"* versuchte einen Zusammenhang zwischen dem Krieg und den ökonomischen Interessen zu ziehen, die Sache des palästinensischen Volkes wurde thematisiert: an vielen Schulen gründeten sich Arbeitskreise, wurden Hintergründe des Krieges erarbeitet. Das Bedürfnis nach Information war ungeheuer groß: Flugblätter, z.B. das *"Anti-Kriegs-Info"* waren begehrte Materialien, um zu verstehen, warum es diesen Krieg gibt, über die Gründe des irakischen Einmarsches in Kuwait usw.

Aber an diesem Punkt, an dem die anfänglich diffus und noch überwiegend aus Betroffenheit agierende breite Bewegung sich hätte radikalisieren können, brach die Entwicklung ab. An der Abfolge der Aktionen war die Politisierung der gesamten Bewegung abzulesen: Anfänglich hauptsächlich ein: *"Stört den Alltag, schreit heraus: Es ist Krieg"*, wurden die Aktionen genauer, treffsicherer: Behörden, Kasernen, Waffenumschlagplätze, BLG. Ein Höhepunkt hätte die geplante Bahnhofsbesetzung nach der Großdemonstration am 21. Januar sein können. Durch den Bahnhof rollte Nacht für Nacht der Nachschub für die US-Truppen, ohne den die 'Bodenoffensive' nicht hätte gestartet werden können. Von einem empörten Aufschrei wäre die Bewegung zur gezielten, öffentlichen und massenhaften Kriegssabotage gekommen.

Doch zu dieser Blockade kam es nicht, die Bewegung war zu diesem Zeitpunkt schon desorientiert worden und verlor – indem sie ihre politische Zielrichtung verlor – Stück für Stück ihrer (möglichen) Kraft. Noch bevor die offen kriegerische Auseinandersetzung zu Ende war, gab es in der BRD keine Anti-Kriegs-Bewegung mehr.

Wer und was hatte diesen Ansatz zerstört? Zwei Aspekte des Scheiterns dieser Anti-Kriegs-Bewegung sollen hier im Folgenden skizziert werden.

Zuallererst sind sicherlich 'objektive' Gründe zu nennen: Eine Bewegung in der Metropole ist gegen einen Krieg in den Ländern des Trikont. Welche Interessen können so stark sein, eine motivierte und langanhaltende Bewegung zu formieren?

Reichen moralische Beweggründe – so richtig und wichtig diese zur Begründung linker Politik sind – aus?

Zum zweiten muß die Bremer Bewegung im bundesweiten Zusammenhang gesehen werden. Wie überall, waren die einzelnen einer Flut von Eindrücken, Informationen, Meinungen und einer Propaganda ausgesetzt, der keine eigene Organisation der Anti-Kriegs-Bewegung etwas Orientierendes hatte entgegensetzen können. Die Propaganda-Institutionen konnten dabei auf einen europäischen Rassismus bauen, der sich leicht gegen die arabischen Völker wenden ließ. Die Hetz-Kampagne der Bremer Grünen und der Bremer *"taz"* kann beispielhaft aufzeigen, wie vor allem ehemals links-intellektuelle Kreise an der Desintegration einer unorganisierten Bewegung wirken können.

Eurozentrismus – Rassismus

Die Motivationen, gegen den Krieg der USA am Golf zu sein, waren unterschiedlicher Art: Angst vor dem Näherrücken des Krieges, Angst vor einer globalen Umweltkatastrophe, Mitleid mit den Kriegsopfern – das waren die zuerst eher affektiven Beweggründe, gegen den Krieg zu demonstrieren. Dies alles kann allerdings keine Bewegung schaffen, die das Ziel und die Perspektive hat, den Krieg wirklich zu verhindern. Gerade in Bremen hätte es Möglichkeiten gegeben, Kriegslogistik und Vorbereitung zu sabotieren: Blockaden auf Bahnhöfen und in Verladezonen, an Häfen und Schiffen, vor Kasernen. Über die Kriegslogistik der Weser-Region ist genug bekannt, um die neuralgischen Punkte der Kriegs-Maschinerie ausfindig zu machen.

Aber die Bewegung gegen den Krieg war in der Ablehnung dieses Krieges eigentümlich unentschlossen. Kaum eine Stimme erklärte den grundsätzlichen Charakter des Krieges, das Kalkül der USA, die klaren Interessen des Iraks, Israels, der anderen Staaten, die benennbaren Interessenkonstellationen blieben weitestgehend im Dunkeln. Der Anti-Kriegs-Bewegung gelang es nicht, gegen die verschleiernde Propaganda erhellende Aufklärung zu setzen. So ideologisch die Kriegspropaganda der USA (es gehe um die Befreiung Kuwaits, ums Völkerrecht etc.), so unentschlossen waren die Gegenstandpunkte der Anti-Kriegs-Bewegung. Die verbreitetste Parole war *"Hört auf"* – beredtes Eingeständnis keine Argumente zu haben – und *"Kein Blut für Öl"*. Diese Parole hielt allerdings bewußt offen, ob mann/frau einverstanden sei, daß andere, statt offen kriegerische Mittel, zur Sicherung der Öl-Ressourcen erlaubt seien. Eine starke Tendenz innerhalb der Anti-Kriegs-Bewegung forderte vermehrt eine Wirtschaftsblockade gegen den Irak.

Was eine solche Blockade-Forderung bewirkt, können wir heute in der Realität des Iraks sehen. Die immer noch andauernde Blockade hat das Land in den sozialen und ökonomischen Abgrund gestürzt (1), die Folgen der Blockade sind Hunger, Seuchen. Kriegsverletzte können nicht behandelt werden, weder Lebensmittel noch Mittel des täglichen Bedarfs können hergestellt werden, der Ölverkauf ist auf ein lächerliches Minimum reduziert – kurz: Der Krieg wird seit einem Jahr mit anderen Mitteln weitergeführt.

Daß 'wir' Zugriff auf 'unser Öl' haben müssen, ist sozusagen Konsens großer Teile der westlichen Bevölkerung. Über die Methoden des Zugriffs wird gestritten. Daß 'wir' über die modernsten Waffen der Welt verfügen, diese aber gefälligst nicht in die Hände eines arabischen Potentaten gelangen dürfen, ist ebenso unumstritten. Wie selbstverständlich müssen die rassistischen Muster von *"unberechenbaren Arabern"* (heißen sie nun Gadaffi, Arafat, Saddam oder neuerdings Habbash) in europäischen Wahrnehmungen verankert sein, daß mann/frau einen Genscher, Mitterand und Bush (und neuerdings Gorbatschow) für eher als die Regierungen der Staaten außerhalb USA/Europas in der Lage hält, die Overkilltechnologien des Imperialismus zu verwalten. Die selbstverständliche Forderung, Enteignung und Liquidierung der bundesdeutschen Rüstungsbetriebe Daimler, Lürssen, Siemens, MBB etc. ist von niemandem erhoben worden. Stattdessen war nur die Forderung: *"Stopt die Rüstungsexporte"* populär, eine Forderung, der Teile des bundesdeutschen Kapitals sogar zustimmen konnten.

Eurozentristische und rassistische Muster durchzogen die Kriegsberichterstattung und wurden als solche kaum thema-

tisiert und kritisiert. Die Berichterstattung zeigte in regelmäßiger Schlichtheit (weiße) europäische, US-amerikanische oder israelische Politiker, die nüchtern, sachlich, entschieden, entschlossen und im Anzug mit Krawatte dem Völkerrecht zum Durchbruch verhelfen wollten. Auf der anderen Seite immer wieder Bilder von Massendemonstrationen arabischer Menschen: Schreie, Durcheinander, ein Gejammer und Gewimmer in fremden Sprachen, Hitzköpfigkeit, Fundamentalismus, Fanatismus – die ganze Mottenkiste eines Peter Scholl-Latour wurde da bebildert ausgepackt, um immer wieder nur eins zu zeigen: Hier räumt die Zivilisation einen durch und durch verlotterten Winkel der Erde auf, hier fegt ein eisener Besen durch die Untermenschenvölker. Das macht keinen Spaß, aber es ist notwendig.

Diese Kriegsberichterstattung, die schwerpunktmäßig mit rassistischen Klischees arbeitete, hat auch vorhandene Muster der Anti-Kriegs-Bewegung aufgegriffen und konnte somit auch unter den KriegsgegnerInnen Wirkung entfachen. Funktion und Bedeutung dieser Rassismen weisen besonders in diesem Krieg auf die materielle Substanz von Rassismus hin: der Erhaltung und dem Ausbau der Vorteile der Weißen an der bestehenden Aufteilung der Erde.

Bei Teilen der Anti-Kriegs-Bewegung zeigte sich, daß vor allem ihre Vorstellungen mehr als fragwürdig waren: Wer hier in Europa einen emanzipatorischen Kampf entfachen will, kann nicht ohne Vergewisserung über die eurozentristische und rassistische Beschränktheiten solcher Kämpfe auskommen.

Grüne Krieger

Neben vielen anderen Gründen des Scheiterns war ein wichtiger Faktor die Aktivitäten der Bremer Grünen und der *"taz"*. Beide 'linksintellektuellen' Organisationen haben aufgrund ihres institutionellen Charakters von Anfang an Stimme und Gewicht gehabt. Beide politischen Institutionen setzten vom ersten Tag an auf einen Prozeß der Verhinderung der Politisierung der Bewegung. Wichtigster Hebel dafür war die Problematisierung der Ankündigung Saddam Husseins, er werde Israel bombardieren, um Israel in den offenen Krieg zu ziehen, damit die arabischen Staaten nicht mehr am Bündnis mit den USA festhalten könnten.

Die irakische Staatsführung setzte mit ihrer Ankündigung auf eine Mobilisierung breiter arabischer Bevölkerungsschichten, die das israelische Staatsprojekt immer als einen Außenposten der USA begriffen und so Israel als eine Hauptursache von Krieg, Destabilität und Elend in der Region gesehen haben. Saddam Hussein versuchte so, die arabischen Regime in einen 'panarabischen Solidaritätsdruck' mit dem Irak zu zwingen, was angesichts des von den USA aufgewandten ökonomischen, diplomatischen und militärischen Drucks nicht gelang.

Diese politische Bedeutung der Politik des Irak wurde in der europäischen Linken wenig oder nicht diskutiert. In den Vordergrund wurde ein ganz anderer Zusammenhang gerückt, der mit den Konflikten in der Region nichts, mit der Geschichte der BRD und deren Linken aber viel zu tun hat. Spätestens jetzt – so argumentierten die Grünen und die *"taz"* in Bremen (und bundesweit) – könne keinE DeutscheR mehr gegen den Krieg sein. Denn jetzt betriebe Saddam Hussein das Geschäft Hitlers, er vollende das *"Werk der Judenvernichtung"* an den Überlebenden des Holocausts, die nach Israel geflüchtet seien. Medienwirksam wurden BürgerInnen Israels mit Gasmasken in Bunkern gezeigt – die Assoziationen waren vorgegeben. Wer sich als AntifaschistIn verstehe, müsse jetzt auf Seiten Israels stehen. Zu dem Zusammenhang von Antisemitismus, Rassismus, Faschismus und den – unseres Erachtens falsch gezogenen – Parallelen zu Saddam Hussein wollen wir im nächsten Artikel Stellung beziehen. Hier soll diese Debatte nicht aufgegriffen werden, denn es ging den grünen WortführerInnen gar nicht um die Rettung des Lebens jüdischer Menschen, um die Überlebenden des Holocausts, um einen tätigen Antifaschismus – sondern um die Bekämpfung einer radikalen Linken hier, um die Diffamierung der Anti-Kriegs-Bewegung.

Die Vorbereitungen zur Demonstration am 21. Januar waren geprägt von Versuchen grüner IdeologieträgerInnen, die Linke und linksradikale TrägerInnen der Anti-Kriegs-Bewegung auszuschalten und zu diffamieren. Es sollte eine Demonstration werden, in der zwar die allgemeine Abscheu gegen den Krieg artikuliert werde, aber ansonsten ein Aushungern des irakischen Volkes mittels eines Embargos durchaus begeisterte Zustimmung erhalten sollte.

Robert Bücking: *"Ich glaube, der richtige Platz für die Friedensbewegung ist zwischen den Fronten. Der Irak hat ein Nachbarland überfallen und besetzt. Es ist des offizielle Ziel der Allianz unter Führung der Amerikaner, diese Besetzung rückgängig zu machen. Dieses Ziel teilen wir. Aber wir lehnen das Mittel des Krieges ab. Und wir glauben immer noch, daß es andere Mittel gibt, den Irak zu zwingen."* (2)

Diese Position stand diametral gegen die Position internationalistischer Gruppen. Diese hatten zwar keinen Zweifel daran gelassen, daß Saddam Husseins Regime im Irak weder sozialistisch noch emanzipatorisch sei. Aber es wurde ebenso verdeutlicht, daß die USA klare Interessen um 'Nahen Osten' verfolgen, die zum Schaden der Völker der Golfregion sein müssen. Der Krieg – so die damalige These – kann die Situation der dortigen Völker nicht verbessern, er werde die Lebensgrundlagen verschlechtern, die Aussichten auf einen befreienden sozialen Prozeß weiter verengen. Es wäre absurd, Befreiung und Frieden ausgerechnet von der Macht zu erwarten, die ihre Aggressivität gegenüber den Nationen und Völkern in 'ihrer' Interessensphäre jeden Monat aufs neue unter Beweis stellt. (Die heutige Situation im Nahen Osten beweist ja die Richtigkeit dieser These.)

Zielscheibe der politischen Angriffe der grünen IdeologieträgerInnen war unter anderem die Palästina-Solidarität. Diese hatte sich bemüht zu erklären, aus welcher Lage heraus die PLO sich auf die Seite des Irak stellte. Die palästinensische Bevölkerung vor allem in den besetzten Gebieten wußte zu gut, daß ein Sieg der US-Army ihre Perspektiven weiter verschlechtern würden. Die PLO-Führung stand unter mehrfachem Druck: Die Stimmung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten war eindeutig: Der Irak schien das letzte Bollwerk gegen den weißen Imperialismus zu sein. Wollte die PLO-Führung nicht den Kontakt zur Bevölkerung in den besetzten Gebieten verlieren, mußte sie – trotz ihrer Erfahrungen mit der irakischen Staatsführung – die Partei Saddam Husseins ergreifen. Der PLO ging es darum, unter allen Umständen den Krieg zu verhindern. Sie wußte, daß die Politik der anderen arabischen Regime direkt in den Krieg führen mußte. Es blieb gar keine andere Möglichkeit als (zumindest teilweise) die Positionen des Irak zu propagieren.

Für die Grünen bundesweit und in Bremen war die PLO-Haltung willkommener Anlaß, eine komplizierte Szenerie auszuleuchten und (kritisch) zu verstehen, sondern es ging um den innenpolitischen Kampf gegen die Palästina-Solidarität und gegen die internationalistische Anti-Kriegs-Bewegung: Wer nur versuche, die Position der PLO zu erklären, mache sie sich schon zu eigen. Am Ende war so die Solidarität mit dem palästinensischen Volk als Ganzes schon verdächtig. Wer jetzt noch mit dem palästinensischen Volk sympathisiere, stelle sich auf Seiten Saddams/Hitlers. Klaus Wolschner kommentierte in der *"taz"* die Demonstration: *"Kein Wort gegen die Raketen auf Israel. Keine Parole gegen den irakischen Diktator, das schwarz-weiße Feindbild-Denken als Minimalkonsens. Die Mehrzahl der DemonstrantInnen brachte eine verzweifelte Trauer zum Ausdruck: 'Nein', 'Kein Krieg' – das legitime 'Ohne mich'. Damit aber ist die lautstarke politische Initiative dieser neuen Friedensbewegung denen überlassen, die ihre Palästinenser-Tücher herausholen und im Geiste mitkämpfen auf der Seite von Saddam, dem Befreier Palästinas von Zionismus-US-Imperialismus. Auch wenn hier hilfsweise nur ein Stein gegen eine Polizistin vor dem Bahnhof geworfen werden kann."* (3)

Die Vorwürfe sind klar: Die Anti-Kriegs-Bewegung ist feige, weil sie eine Polizistin bewirft, statt im 'Nahen Osten' zu kämpfen; sie ist lautstark. Vor allem das störte die SesselpfurzerInnen in der *"taz"* und bei den Grünen. Eine stille Trauer, ein legitimes *"Ohne mich"* wünschte sich Wolschner – sollen die da unten ihren Krieg machen und uns in Frieden lassen.

Die Demonstration selbst wurde von einigen Grünen und ihren SympathisantInnen gespalten. Nachdem gemeinsam eine Bahnhofsblockade verabredet worden

war, wurde auf der Kundgebung offen dazu aufgerufen, sich von einem angeblich *"gewalttätigen internationalistischen Block"* zu distanzieren, dem es am Bahnhof auf *"eine Klopperei mit der Polizei"* ankäme. Daraufhin zog nur noch etwa ein Drittel der über zehntausend Frauen und Männer zum Bahnhof und war dort mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert.

Der Landesverband der Bremer Grünen kommentierte die Demonstration: *"Angesichts gewaltsamer Aktionen und des Versuchs, den Krieg am Golf bruchlos in überkommene Freund-Feind-Schemata einzuordnen, die mit ihren jeweiligen Vereinfachungen und 'blinden Flecken' bis hin zu Antiamerikanismus und Antizionismus reichen, halten die Grünen folgende drei Punkte als Grundlage für weitere Aktionen für unverzichtbar: 1. Die Friedensbewegung ist nur glaubhaft, wenn sie sich gewaltfrei für ihre Ziele einsetzt. 2. Ein dauerhafter Frieden in der Golfregion ist nur zu erreichen, wenn das Existenzrecht Israels genauso gesichert wird wie das Existenzrecht der Palästinenser und Iraker. 3. Die zentrale Aussage 'Krieg darf kein Mittel der Politik sein' richtet sich sowohl an die USA ... als auch an den Irak ..."* (4)

Interessant an dieser Presseerklärung ist vor allem der Vorwurf des 'Antiamerikanismus' und des 'Antizionismus'. Bisher war an einer Gegnerschaft zur Politik und Militärstrategie der US-Administration nichts Verwerfliches gewesen. Konservative Parteien pflegten mit dem Wort 'Antiamerikanismus' eine Undankbarkeit gegenüber den USA und ihrer 'Wiederaufbauhilfe' nach dem Weltkrieg zu denunzieren. Linke wußten immer sehr wohl zwischen der Feindschaft zur US-Administration und der prinzipiellen Freundschaft zu den amerikanischen Völkern zu unterscheiden.

Und auch der Begriff 'antizionistisch' wird erst seit diesem Januar 1991 als Vorwurf gezählt. Die Grünen hatten das Wort 'Antizionismus' offiziell immer vermieden, eine Fraktion der Grünen denunzierte die Solidarität mit Palästina immer als antisemitisch, da der Zionismus als politische Ideologie und Praxis ihnen selbst zu kritikwürdig erschien. Mit dem Golfkrieg wurde nun auch die Gegnerschaft zur zionistischen Politik gebrandmarkt, und damit rückwirkend der israelische Krieg gegen das palästinensische Volk zur akzeptierten Sache erklärt. Die Schlußfolgerungen aus diesen Argumentationen wurden bald gezogen: Am 9. Februar beschloß die Landesmitgliederversammlung der Grünen, die Lieferung von bundesdeutschen Patriot-Raketen an Israel zu unterstützen.

Der Kriegseintritt der Grünen, der – wie immer, wenn eine ehemalige 'Friedenspartei' die Fronten wechselt – dramatisch zähneknirschend (*"es muß ja sein..."*) und selbstmitleidig jammernd (*"wir würden gerne anders"*) inszeniert wurde, ist ebenso wie die Diffamierung und Zersetzung der Anti-Kriegs-Bewegung durch die Grünen die Konsequenz einer langen Entwicklung. Im Verlauf dieser Entwicklung sind ehemals linke Intellektuelle und IdeologieträgerInnen Stück für Stück zu funktionierenden Teilen des vielschichtigen gesellschaftlichen Gefüges geworden, sie wurden zu aktiven, mobilen IdeenträgerInnen staatlicher Politik. Sie sind sozusagen kompetente Fachleute 'in links'. Sie wissen, was und wie 'politische Bewegung' ist, wie sie zu lenken, zu orientieren – oder eben zu desintegrieren ist. Und sie wollen sich den Platz, die gesellschaftliche Anerkennung nach so vielen Jahren Kampf, die ökonomische und ideologische Sicherheit nicht mehr nehmen lassen – deshalb muß jede radikal oppositionelle Bewegung ihnen zur Gefahr werden.

Karl Heinz Roth beschreibt zwei Ebenen, auf denen die ehemals Linksintellektuellen mit diesem Krieg gewonnen haben: *"Schon ein flüchtiger Blick auf die Artikel und Statements der gegen die Kriegsopposition angetretenen Mentalitätskämpfer macht deutlich: Sie mobilisieren verkürzte historische Analogieschlüsse, verschieben Schuldzuweisungen und machen vergangene wie gegenwärtige antimilitärische Bewegungen für frühere wie im Verlauf der Golfkrise möglich gewordene Massenvernichtungen verantwortlich. (...) Der Gewinn, den die intellektuellen Renegaten der Linken dabei einstreichen, sollte nicht unterschätzt werden. Je gewichtiger ihre arbeitsteiligen Funktionen im Verbund innenpolitischer Feinderklärung werden, desto rascher steigt ihr Gebrauchs- und Marktwert. (...) Und wer nach der erfolgreichen Reaktivierung des linken Antisemitismus-Vorwurfs den Blick über den Tellerrand richtete, der wähnte sich der Zukunftsaufgabe nahe, nach der Eindämmung des antimilitaristischen Aufbegehrens an die Seite der erneuerten amerikanischen Führungsmacht zu treten, um ihr in Fragen der globalen Innen- und Sozialpolitik 'das eine oder andere anzubieten' (Micha Brumlik) (...)*

All diese vordergründigen Vorteile und Sinnstiftungen verblassen indessen vor dem mit ihnen verbundenen affektiven Bilanzgewinn. (...) Endlich können verdrängte Selbstvorwürfe, der Verstricktheit der eigenen Eltern- und Lehrergeneration in den Völkermord, an den Juden keine einzige größere Forschungsarbeit gewidmet und aus ihren Ergebnissen die Konsequenzen gezogen zu haben, beruhigt werden. (...) Jetzt brauchen die jahrzehntelang untätig gewesenen Professoren nur der Vernichtung des Late Comer am Euphrat mitsamt seiner Armee, seiner technokratischen Elite und großen Teilen der von ihm unterjochten Bevölkerung zu applaudieren, und schon werden die qualvollen Schuldgefühle wegen der unaufgearbeiteten Völkermorde des deutschen Faschismus beschwichtigt."

jan van der leyden

Anmerkungen:

(1) Bericht einer UNO-Mission über die Situation im Irak vom 20. März 1991, in: Bremer kassiber, Nr. 14, Juni 1991

(2) taz (Bremen), 23.1.91

(4) taz (Bremen), 23.1.91

(5) Karl Heinz Roth, Their wonderful world; in: 1999

(Aus: Bremer kassiber, Juni/Juli 92)

Golfkriegs-Nachlese

Sympathy for the devil?

Linke KritikerInnen israelischer Politik, die sich zugleich solidarisch mit dem palästinensischen Befreiungskampf erklären, sehen sich immer öfter dem Vorwurf ausgesetzt, ihr Antizionismus sei in Wirklichkeit nichts anderes als (linker) Antisemitismus. Eine Behauptung, die zumeist von erklärten Ex-Linken oder angeblichen Noch-Linken formuliert wird. Quantitativ, wenngleich nicht qualitativ, erweitert wurde die These "Antizionismus = Antisemitismus" im letzten Jahr allenfalls dadurch, daß ein "= Faschismus" angefügt wurde.

Warum setzen wir uns mit den Thesen von Pohrt & Konsorten eigentlich auseinander? Die Debatten reichen ja immerhin bis in die Anfänge der 80er Jahre zurück, und was während des zweiten Golfkrieges von diesen Männern vorgetragen wurde, war überhaupt nichts Neues. Während des Krieges gegen den Irak gewannen allerdings diese Positionen an ungeheurem Gewicht. Der Vorwurf des *linken Antisemitismus* wurde in den Medien immer wieder bemüht, um eine Legitimation aus "antifaschistischer" Sicht für diesen Krieg zu basteln und so der Anti-Kriegs-Bewegung auf den Straßen ideologisch das Genick zu brechen. Hierum geht es im ersten Teil des Artikels. Zugleich werden die Funktionen, aber auch eigenständigen Interessen, der westdeutschen Metropolenintelligenzia bei ihrer Suche nach *linken AntisemitInnen* ein wenig näher betrachtet. Im zweiten Teil des Artikels geht es um linke bzw. linksradikale Sichtweisen, aber auch Unzulänglichkeiten und Fehler der Israel/Palästina-Diskussion.

Linker Antisemitismus?

Insbesondere während und nach der militärischen Eskalation des zweiten Golfkrieges – und dem damit einhergehenden Schwenk einer Reihe ehemals Linker in das Lager imperialistischer Kriegsbefürworter – sahen sich viele hiesige KriegsgegnerInnen, und hier besonders die linksradikalen Teile der Anti-Kriegs-Bewegung dem Vorwurf ausgesetzt, ihre Kritik israelischer Politik sei antisemitisch. So subsumiert z.B. Wolfgang Pohrt Autonome und andere Linke in eine Bewegung, die mit *"Nazi-Parolen"* die *"völkische Generalmobilmachung"* (1) für den neuen Hitler und gegen die jüdischen BewohnerInnen Isra-

els betreiben würde. Und die Freiburger Initiative Sozialistisches Forum (ISF) stellt, um erst gar keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, ihrem Beitrag *"Furchtbare Antisemiten – ehrbare Antizionisten"* ein Zitat Adolf Hitlers voran: *"Wie kannst Du als Sozialist nicht Antisemit sein?"* (2)

Die Verfechter der These des *linken Antisemitismus* erheben nicht den Anspruch, diese politisch begründen zu müssen. Der Vorwurf wird denn auch moralisch legitimiert und als kategorischer Imperativ formuliert, über den sich – wenn überhaupt –, solange seine AdressatInnen ihn nicht akzeptiert haben, ohnehin nicht diskutieren lasse. Z.B. Henryk M. Broder: *"Gibt es einen linken, 'ehrbaren' Antisemitismus? Gewiß doch. Nicht seine Existenz ist erstaunlich, sondern der Umstand, daß er so beharrlich geleugnet wird..."* (3) Oder die ISF: *"Der Antisemitismus liegt quasi 'in der Luft', und soviel stimmt immerhin an der These vom 'ewigen Antisemiten', daß der Deutsche sein Vaterland mit der Muttermilch verabreicht bekommt."* (4)

Prägend für die Antisemitismus-Vorwürfe dieser Herren ist, daß sie eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Rassismus einerseits und Antisemitismus andererseits vornehmen. Dies liegt aber nicht etwa daran, daß sie das antirassistische Plenum in ihrem Stadtteil permanent geschwänzt und daher theoretische Defizite haben, sondern daß diese Unterscheidung Grundvoraussetzung der teilweise unverblümt rassistisch vorgetragenen Antisemitismus-Argumentation ist. Beim Vorwurf des *linken Antisemitismus* gegenüber link(sradikal)en Frauen und Männern geht es *nicht* um den Antisemitismus als eine hiesige strukturelle, rassistische Unterdrükkungsform, die sich gegen jüdische Frauen und Männer richtet. Diese tauchen, wenn überhaupt, nur als vom ersten Hitler ermordete *sechs Millionen Opfer* auf.

Es geht vielmehr um den Staat Israel, die Rechtfertigung seiner Praktiken, die Betonung seines Existenzrechtes, rassistisch motivierte Vorwürfe gegen die PalästinenserInnen, sie würden *"die Juden ins Meer schmeißen"* wollen – um den Kampf gegen den *Antizionismus*. Und um eine Neuauflage der sogenannten *Historiker-Debatte*, diesmal von ex-links. Mit der historisch nicht zu rechtfertigenden Gleichsetzung *Saddam = Hitler* wird der deutsche Faschismus und die von ihm betriebene geplante Vernichtungspolitik gezielt verharmlost. Mit der Behauptung, die irakischen Angriffe gegenüber Israel seien – wie die *Shoah* – darauf ausgerichtet gewesen, jüdische Menschen zu vergasen, soll die deutsche Geschichte (und die bis in die Gegenwart wirkenden Kontinuitäten) vom Stigma der Einzigartigkeit der *Shoah* befreit werden, da eine Reihe neuer Hitlers ebenfalls die "Endlösung der Judenfrage" betreiben wollten. Durch diese Gleichsetzungen und die damit praktizierte Reduzierung des Faschismusbegriffs soll verhindert werden, daß der Faschismus als Philosophie und politische Doktrin erkannt und bekämpft werden kann. Statt dessen konzentriert man sich auf seine Anwendungsverfahren und praktische Erfüllung.

Mit derlei "Argumentationen" werden die gleichen Ziele verfolgt wie mit der Mitte der 80er Jahre von den angesehenen konservativen bis rechtsradikalen Historikern Ernst Nolte, Michael Stürmer, Klaus Hildebrand und Andreas Hillgruber initiierten *Historiker-Debatte* (5). Es geht darum, Geschichtsschreibung zu revidieren, um das Geschichtsbild zu begradigen. Vergangenheit und Gegenwart deutschen Politik, die mitzuvertreten man sich jetzt bereit erklärt hat, müssen deshalb von einem wesentlichen Makel bereinigt werden. Es kommt darauf an, die Rolle des "wiedervereinigten" und jetzt endlich souveränen Deutschland zu verteidigen und ideologisch positiv auszubauen, dazu beizutragen, die BRD wieder kriegsfähig zu machen. Wie es der Erlanger Geschichts-Professor Michael Stürmer schon 1986 formulierte: Es werde der *"die Zukunft gewinnen, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet"* (6).

Die argumentativen Hauptstränge der debattierenden Historiker-Professoren lassen sich denn auch bei der Metropolenintelligenzia wiederfinden. (Wobei die Rollen, anders als bei der Gleichsetzung *Saddam = Hitler* vertauscht werden.) Zum einen sei der Krieg gegen den Irak auch in der praktizierten Intensität, mit der dieser, wie es eine UNO-Mission ausdrückte, in *"ein vorindustrielles Zeitalter zurückversetzt wurde"* (7), gerechtfertigt gewesen, da es sich um einen Präventivkrieg gehandelt habe. Schließlich konnte die Weltöffentlichkeit nach diversen verbalen Attakken Saddam Husseins von dessen Vernichtungswillen, nicht nur gegenüber Israel, überzeugt sein. Was wiederum u.a. Wolfgang Pohrt zu der Einsicht führte, daß selbst der Einsatz von Atomwaffen gerechtfertigt gewesen wäre. Zum anderen wird die planerisch durchgeführte Massenvernichtung von Menschen, nach einer kurzen europäischen Etappe, auf ihren angeblichen Ursprung als *"asiatische Tat"* zurückgeführt. Der NS-Faschismus und seine Verbrechen hätten, wie Nolte & Co schon lehrten, nur *"sekundären Charakter"* gehabt, alles passierte *"irgendwann"* und *"irgendwo"* schon einmal – und werde wieder geschehen.

Und es geht der Intelligenzia um die Absicherung metropolitaner Privilegien gegen die aufbegehrenden, widerständigen Frauen und Männer in den Drei Kontinenten. Den Widerstand in der Region zu bekämpfen, diese Rolle spielt Israel als Vorposten des imperialistischen Nordens mitten im Süden, und soll dies auch weiterhin aggressiv durchsetzen. Daß der daraus resultierende permanente Kriegszustand, in dem sich der israelische Staat befindet, was auch für die dort lebenden jüdischen Frauen und Männer eine permanente Bedrohung bedeutet, interessiert die hiesigen Kriegsbefürworter nur insoweit, als daß dadurch das *imperialistische Projekt Israel* gefährdet erscheint. Keine Rede mehr von 500 Jahren Kolonialismus, keine Rede von den Auswirkungen weltmarktwirtschaftlicher Zwänge, oder der Bereitschaft, Privilegien aufzugeben, die Verhältnisse umzuwälzen – und dafür zu kämpfen.

Statt dessen wird jetzt, da der offen militärische Teil das Krieges erfolgreich beendet wurde, der imperialistische Normalzustand gefeiert. Der Krieg Israels in den besetzten Gebieten geht weiter, aber die Vernünftigen verhandeln, wie es der ebenfalls vernünftige grüne Kriegsbefürworter Micha Brumlik in und für die *Konkret* ausdrückt : *"Daß sich der PLO assoziierte palästinensische Vertreter und jüdische Israelis ... die Hände gaben, zeigt im übrigen, daß, wer ein gemeinsames Problem zu lösen hat, eben auch miteinander verhandeln muß und geradezu dankbar ist, wenn eine auswärtige Macht, die USA, ihn dazu zwingt. Die Vereinigten Staaten haben es den Vernünftigen unter Israelis und Palästinensern ermöglicht, ohne Gesichtsverlust miteinander erste Gespräche zu führen."* (8)

"Restriktive Asylpolitik"

Eine für den intellektuellen Kriegseintritt zentrale Lüge war die, daß sich hier Geschichte wiederhole, hier erneut eine alliierte Koalition gegen einen Hitler kämpfe, um jüdische Männer, Frauen und Kinder vor der Vernichtung zu bewahren. Deshalb müsse die Heimatfront begradigt, *"das Pack* (PDS, Autonome, andere KriegsgegnerInnen; Anm.) *hinter Gitter verfrachtet"* werden, *"weil sie es dem Weltpolizisten USA verübeln, daß er ihren Eltern per Krieg das friedliche Massenmorden in Auschwitz ausgetrieben hat"* (9). Daß es den USA im "2. Weltkrieg" vor allem darum gegangen sei, das Massenmorden zu beenden, und nicht darum, sich mit der Nachkriegsordnung als imperialistische Führungsmacht zu etablieren, ist zwar offizielle Lehrmeinung, aber falsch.

Ein kurzer Rückblick: Auf der Konferenz von Evoan, die 1938 stattfand, legten die USA und Brittanien wie auch die 30 anderen teilnehmenden Staaten neue, geringere Einreisequoten für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland fest. Die US- und die britische Regierung wußten seit spätestens Mitte 1942 über die vom NS-Faschismus betriebene "Endlösung der Judenfrage" Bescheid, verhielten sich aber zumindest passiv, auch dort, wo es möglich gewesen wäre, Menschen zu retten. Der damalige britische Außenminister Eden erklärte – unwidersprochen – in einem Gespräch mit dem US-amerikanischen Präsidenten Roosevelt zu der an ihn herangetragenen Bitte, sich für die Rettung von 70 000 jüdischen Frauen, Männern und Kindern aus Bulgarien einzusetzen, *"daß das ganze Problem der Juden in Europa sehr schwierig ist und wir mit Angeboten, einem Land wie Bulgarien alle Juden abzunehmen, sehr vorsichtig sein müssen. Wenn wir das dennoch tun, werden die Juden der ganzen Welt von uns verlangen, ähnliche Angebote in Bezug auf Polen und Deutschland abzugeben. Hitler könnte uns dann vielleicht beim Wort nehmen..."* (10)

Die Asylpolitik der USA wurde *"immer restriktiver, je schlimmer die Nazis wüte-*

ten" (11): Zwischen Dezember 1941 (Kriegseintritt der USA) und Kriegsende konnten nur 21 000 Flüchtlinge in die USA einreisen, zehn Prozent dessen, was nach den restriktiven Einwanderungsquoten möglich gewesen wäre. Im April 1944 konnten Rudolf Vrba und Alfred Wetzler, zwei jüdische Männer aus der Slowakei, aus Auschwitz fliehen – und einen detaillierten Bericht über das Lager, einschließlich einer genauen Lageplan-Skizze, verfassen. Ein Bericht, der der US-Regierung spätestens seit Juni 1944 bekannt war. Es fand aber weder eine Bombardierung der Gaskammern noch der Bahngleise, über die die Deportationen Hunderttausender weiterliefen, statt, obwohl beide seit Mitte Mai des Jahres erreichbar waren; seit dem 7. Juli bombardierte das 15. US-Luftgeschwader Industrieanlagen in Südpolen, darunter mehrfach die von Monowitz, acht Kilometer von Auschwitz entfernt. Auschwitz wurde, wie die anderen großen Vernichtungslager in Osteuropa, von der Roten Armee befreit.

Hierarchisierung von Rassismen

Auf die Fragen, was Rassismus ist, wozu und wie er benutzt wird – und warum Antisemitismus eine Form von Rassismus bzw. einer von mehreren Rassismen ist – soll im Folgenden in der hier notwendigen Kürze eingegangen werden (12): *"Rassismus kann begriffen werden als eine Praxis der Rassenkonstruktion, das heißt als ein Prozeß, in dem eine Gruppe dadurch zur 'Rasse' gemacht wird, daß bestimmte (vorhandene oder zugeschriebene) körperliche Merkmale und bestimmte (vorhandene oder zugeschriebene) Verhaltensweisen verknüpft und zu unveränderlichen Eigenschaften dieser Gruppe erklärt werden. (...) Hat die definierende Gruppe die Macht, ihre Definitionen gegenüber der definierten Gruppe durchzusetzen, sie von der Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen auszuschließen, kann man von Rassismus sprechen. (...) Eine Verfolgungspraxis wird rassistisch aufgrund ihrer (ausgesprochenen oder nicht ausgesprochenen) Handlungslogik. Sie besteht im fortdauernden Ausschluß und damit der Kontrolle/Beherrschung der als 'Rasse' konstruierten Gruppe. Wenn die als bedrohlich behaupteten Eigenschaften unveränderbarer Natur sind, dann ist die einzige Möglichkeit, sich zu 'schützen', der Ausschluß, die Beseitigung aus dem eigenen sozialen Umfeld, in letzter Konsequenz die Vernichtung."* (13)

Da zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Regionen und nicht vergleichbaren politisch-ökonomischen Bedingungen unterschiedliche *Rassenkonstruktionen* erdacht wurden, erscheint es als sinnvoll, von verschiedenen Rassismen, und nicht von einem Komplex Rassismus auszugehen. Antisemitismus ist insofern eine besondere Form des Rassismus, da jüdische Frauen, Männer und Kinder keinerlei gemeinsame äußere Merkmals aufweisen, sich also eigentlich keine "Rasse" konstruieren läßt. (Daß dies trotzdem machbar ist, wurde vor allem von deutschen Wissenschaftlern "bewiesen".) Der Antisemitismus kommt nötigenfalls ohne jüdische Menschen aus: deren Anteil an der westdeutschen Bevölkerung beträgt heute gerade noch 0,05 Prozent.

Rassismen, wie z.B. der Antisemitismus, sind nichts ewiges. Ihr Andauern speist sich aus einer historischen Konfrontation, die entweder bis heute anhält – oder einer aktuellen Konfrontation gewichen ist, sich aber traditioneller rassistischer Muster bedient. Auch der Antisemitismus hat eine konkrete historische Grundlage, ist nichts "Mystisches" und nichts "Ewiges". Die Grundlagen des *modernen Antisemitismus* mit seiner rassistisch – und nicht mehr religiös – begründeten Verfolgung gehen auf das Ende des 15. Jahrhunderts zurück. Damals waren christlich-abendländische Feudalherrschaften, im ökonomischen Umbruchprozeß begriffen, gezwungen, ihre Herrschaft neu zu stabilisieren.

Herrschaftsstabilisierendes Element

Dies soll an Beispiel Spanien kurz verdeutlicht werden: 1492 ist nicht nur das Jahr des Beginns der Kolonisierung der Drei Kontinente. Genau acht Monate bevor Columbus mit seinen Mannen in See stach, am 2. Januar 1492, war das Ziel der jahrhundertelangen *"Re"conquista* ("Rück"eroberung), die Eroberung der islamisch beherrschten Teile der iberischen Halbinsel durch christliche Herrscher, mit dem Fall Granadas erreicht worden. Die *"Re"conquista* mit ihren *"Heiligen Kriegen"* war wesentliches herrschaftsstabilisierendes Element gewesen, gelang es doch so, Könige und Adel unter der Führung des Königreichs Kastilien zu vereinigen. Mit dem Erreichen des Zieles, der Eroberung Granadas, entfiel die bisherige Existenzgrundlage der zentralistischen Königsherrschaft.

"Die Erhaltung dieser Herrschaft erforderte eine Transformation der Herrschaftsform und eine Umstrukturierung der Basis, auf die die Zentralmacht ihre Herrschaft stützen konnte. Der Adel, die Fürstentümer mußten entmachtet, das Volk als neue Herrschaftsbasis konstituiert werden. Angesichts der Verschiedenheit der Völker auf der iberischen Halbinsel bot sich die Religion als Bindemittel an, als Ausgangspunkt für die Konstruktion einer einheitlichen Nation. Der Zwang zur Bekehrung war eine Form, diese religiöse Einheitlichkeit zu propagieren. (...)

Die Verwandlung der religiös begründeten in eine rassistisch begründete Verfolgung, die sich zwar nach wie vor auf die Religion sowie die mit ihr angeblich verknüpften 'Charaktereigenschaften' zu unveränderlichen natürlichen Merkmalen erklärte, läßt sich aus den Anforderungen der neuen Herrschaftsform erklären: Um eine einheitliche Nation zu konstituieren und sich bei der Herrschaft über das Volk stützen zu können, muß ein Wertesystem existieren, das Herrschende und Beherrschte zu einer Einheit verschmilzt. Damit sich diese Gegner als Einheit 'erkennen' können, ist ein Dritter notwendig, demgegenüber die Gegnerschaft von Herrschenden und Beherrschten verschwindet." (14)

Mit der am 31. März 1492 erfolgten Aufforderung an in Spanien lebende jüdische und moslemische Menschen, sich taufen zu lassen oder aber das Land zu verlassen, wird der notwendige innere Feind konstruiert: 150 000 jüdische Frauen, Männer und Kinder verlassen das Land. 50 000 lassen sich taufen. Damit gibt es in Spanien zwar keine "sichtbaren" jüdischen Menschen mehr, trotzdem (bzw. deshalb) dauert die antisemitische Verfolgung an. Die Inquisitoren entwerfen das Konzept der *limpieza de sangre* (Reinheit des Blutes), nach dem Jude/Jüdin ist, wer von jüdischen Frauen und/oder Männern abstammt. Sie haben so erstmals eine permanent verfolgbare Gruppe von Menschen als "Rasse" konstruiert, eine wesentliche Voraussetzung für den *"wissenschaftlichen Rassismus"* des 19. Jahrhunderts.

Der in der heutigen BRD geringe Bevölkerungsanteil von jüdischen Frauen, Männern und Kindern – im wesentlichen "Ergebnis" der *Shoah* – wird vor allem von regierungsoffizieller Seite zum Anlaß für die Behauptung genommen, Antisemitismus würde in der BRD *"keine große Rolle mehr spielen"*, was zum einen von Zynismus zeugt, zum anderen von bewußter oder unbewußter Nichtwahrnehmung verschiedenster antisemitischer Aktivitäten. Als Beispiele seien hier benannt: Philip Jenningers Auftritt während der "Bundestags-Feierstunde" anläßlich der Reichspogromnacht (1988); das Geschwafel eines BRD-Ministers vom *"Weltjudentum"* während eines Besuchs in Polen; die Bestrebungen eines nordrhein-westfälischen Bürgermeisters, *"man müßte einen reichen Juden erschlagen"*, um das Stadtsäckel wieder füllen zu können; Titelbild und –story des "Spiegel" (1990) über den PDS-Vorsitzenden Gysi (*"Der Drahtzieher"*) und die Welle von antisemitischen Friedhofsschändungen im Herbst 1990.

Antisemitische Einstellungen bestehen auch als Denkweisen fort, werden unter anderem bei pseudo-antikapitalistischen Unterscheidungen zwischen *"raffendem"* (= jüdischem), gemeint sind vor allem Handel, Banken, Versicherungen, Spekulation, und *"schaffendem"*, soll heißen: produktivem Kapital deutlich. Ekelerregend und auf antisemitischen Praktiken aufbauend ist die vor allem von Kriegsbefürwortern im letzten Jahr praktizierte Selektion von Frauen und Männern, die sich positiv (oder ablehnend) zum Golfkrieg geäußert hatten, in "jüdisch" und *"nicht jüdisch"*. Wobei das Attribut *"jüdisch"* oftmals als zusätzliches Argument einer Kriegsbefürwortung dargestellt wurde. Analog den *Nürnberger Rassengesetzen* von 1935 war für diese Selektion nicht entscheidend, als was sich die gemeinten Frauen und Männer selbst bezeichnen, die Zuordnung wurde vom Schreibtisch aus vorgenommen. Eine Vorgehensweise, die der Schriftsteller Ludwig Börne schon Anfang des letzten Jahrhunderts kritisierte:

"Die einen werfen mir vor, daß ich ein Jude sei; die anderen verzeihen es mir; der dritte lobt mich gar dafür, aber alle denken daran."

Sein oder Bewußtsein

Es kann und soll hier nicht behauptet werden, daß es bei linken Frauen und Männern nicht auch rassistische – und eben auch antisemitische – Einstellungen gibt. *"Als Gewaltverhältnisse prägen sich Rassismen bis in die Köpfe hinein. Sie gerinnen zu Vorstellungen, Haltungen und Emotionen. Es ist typisch, daß sich antirassistische Ansichten oft mit spontanen rassistischen Gefühlen paaren. Die Verinnerlichung von Gewaltverhältnissen bedeutet, daß Weiße, bildlich gesprochen, heute auf den Schultern ihrer sklavInnenhaltenden Vorfahren stehen – und Deutsche auf den Schultern der NS-Herrenmenschen. (Das gilt im Prinzip auch für die, die sich bewußt und militant davon absetzen!) Schwarze Frauen und Männer stehen aber vor ihren versklavten und ausgerotteten Vorfahren und JüdInnen und PolInnen für den im Holocaust Vernichteten."* (15)

Der moderne europäische Antisemitismus hat sich in den vergangenen fünf Jahrhunderten bis tief in die Bewußtseinsstrukturen der Individuen eingegraben. Er ist als ein Rassismus vor allem in dem Land gegenwärtig, das Antisemitismus aktiviert hat, um Völkermord zu betreiben: in Deutschland. Das ist die historische Grundlage, auf der auch wir Linken Politik machen. Linke Politik ist deshalb immer der Versuch, auch selbstkritisch unsere Geschichte, die von Widerstand und z.B. kommunistischer Tendenz, zu analysieren. Aber ArbeiterInnenkämpfe haben oft auch in erschreckender Weise rassistische (sexistische, antisemitische) Vorstellungen toleriert, manchmal sogar aufgegriffen. das eindimensional ökonomistische Verständnis von Komintern/KPD von Faschismus hat dazu geführt, die eigenständige Dynamik und "relativ unabhängige" Struktur von Rassismus zu unterschätzen. Wir haben als antirassistische Linke mit diesem Erbe zu kämpfen. Es gibt die Tradition von Kampf und Widerstand und es ist wichtig, gerade heute, diese immer wieder vor den Verschüttungen durch den Zeitgeist zu bewahren. Aber diese Tradition hat auch ihre Widersprüche.

Metropolitane Linke werden und sind – das Sein bestimmt das Bewußtsein – durch die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt. Sie sind *auch* ProfiteurInnen von 500 Jahren Kolonialismus, und hier in der BRD auch der durch die Verbrechen des NS-Regimes, z.B. der Zerstörung Osteuropas und der *Shoah*, erworbenen Reichtümer. Da reicht es dann nicht, sich qua definitionem auf die Seite der Opfer der Unterdrückung zu stellen. (Was nebenbei bemerkt, die meisten linken Männer sich beim "Thema" Patriarchat schon längst nicht mehr trauen.) Ein linker Antiimperialismus und Antirassismus muß sich der eigenen Machtposition aufgrund des Metropolenstandards bewußt sein und diese immer wieder reflektieren, um hier revolutionäre Politik machen zu können.

Aber es geht denjenigen, die einer nicht näher definierten Linken einen *linken Antisemitismus* vorwerfen, eben nicht um diesen Rassismus/Antisemitismus bei linken Männern und Frauen, der diskutiert und immer wieder selbstkritisch hinterfragt werden muß, jedoch, solange die Hegemonie westlicher, christlich-säkular sozialisierter Männer und Frauen fortbesteht, nicht einfach ausdiskutiert und abgelegt werden kann. Es geht ihnen um die Bekämpfung des *Antizionismus*, der per se als *antisemitisch* erklärt wird, es geht um die alleinige Durchsetzung der Interessen eines Staates mit weißer Bevölkerung gegen dort (auch) lebende Frauen, Männer und Kinder anderer Hautfarbe, Sprache, Religion, Kultur etc.

Der Vorwurf lautet, daß *"die Linke"*, von der sich diese Herren schon seit einiger Zeit verabschiedet bzw. die sie für aufgelöst erklärt haben, wie in verschiedenen Erklärungen u.a. in der *Konkret* nachzulesen war, *strukturell antisemitisch* sei, was sich auch bei verschiedenen institutionalisierten Erscheinungsformen, z.B. Gruppen, Organisationen, Flugblättern, Broschüren und Veranstaltungen zeige. Der Versuch einer Beweisführung zum Vorwurf des *strukturellen Antisemitismus* findet nicht statt. Der Grund dafür ist ein einfacher: Er würde widerlegt werden. Anhand von Argumenten ließe sich diskutieren – und den Gegenbeweis antreten. So aber haben derlei Vorwürfe die gewünschte Wirkung: In Umkehrung selbst bürgerlicher Rechtsgrundsätze – *in dubio pro reo* – wird mit dem Vorwurf der (Mit-)Schuld die Linke paralysiert, durch das ungute Gefühl, daß da *"vielleicht doch was dran"* sei.

Zuflucht und Vorposten

Israel erscheint den meisten der dort lebenden Frauen, Männern und Kindern als Zuflucht, unabhängig davon, ob sie Überlebende der *Shoah*, deren Nachkommen oder potentiell oder tatsächlich von antisemitischer Verfolgung bedroht sind. Für viele andere jüdische Menschen, die in anderen Ländern leben, erscheint Israel aus diesen Gründen als gesicherte Rückzugsmöglichkeit. Insbesondere in den 30er und 40er Jahren haben Flüchtlinge in Palästina (Israel) eine Zuflucht. In kein Land der Welt konnten sie flüchten, nur nach Israel. Ihre Hoffnungen und Wünsche, ihr Wille zu überleben und der *Shoah* zu entkommen, ist die Motivation gewesen, nach Palästina zu kommen. Die USA und die anderen Alliierten förderten diese Fluchtbewegung, indem sie alle anderen Möglichkeiten der Flucht aus Deutschland (und den von dessen Armee besetzten Gebieten) verstopften.

Unter den Bedingungen in Palästina, den Vorgaben und Strukturen, die die zionistischen Organisationen geschaffen hatten, machten die Flüchtlinge eine eigentümliche Verwandlung: Sie wurden Teile einer Gesellschaft, die insgesamt als expansionistische und aggressive Siedlergesellschaft zu kennzeichnen ist. Vielleicht läßt sich dieser Vorgang vergleichen mit der Auswanderung von EuropäerInnen nach Nordamerika. Auch hier flüchteten politisch Verfolgte, von Hunger und Armut Bedrohte in die "Neue Welt". Da aber wurden sie zu Teilen einer Gesellschaft, die insgesamt die Vertreibung und Ausrottung der Natives betrieb.

Israel ist zugleich aber imperialistischer Vorposten in der Region, dient, da es ein sichererer Verbündeter als verschiedene arabische Staaten ist, damit zur Durchsetzung imperialistischer Interessen im "Nahen Osten"; zugleich verfolgt Israel eine eigene expansionistische Politik ("Erez Israel"). Der Staat Israel ist nicht, wie behauptet wird, ein "normaler", bürgerlich-demokratischer, kapitalistischer Staat, sondern unterscheidet sich von diesem durch seine massiv rassistische Besatzungs- und Vertreibungspolitik gegenüber den PalästinenserInnen – ist, wenn überhaupt, dem südafrikanischen Apartheid-Regime vergleichbar. Der Zionismus, die offizielle israelische Staatsdoktrin, ist, wie die UNO-Vollversammlung mit der Mehrheit der Trikont-Staaten vor der Zeit der "Neuen Weltordnung" feststellte, eine *"Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung"* (16): Das *"rassistische Regime im okkupierten Palästina, und die rassistischen Regimes in Rhodesien und in Südafrika sind gleicher imperialistischer Abstammung, bilden ein einheitliches Ganzes, haben eine analoge rassistische Struktur und sind in ihrer, auf Unterdrückung der Würde und der Unantastbarkeit der menschlichen Persönlichkeit gerichteten Politik organisch verbunden"* (17). Insbesondere aus seiner rassistischen Strukturierung der terroristischen Politik gegenüber palästinensischen Frauen, Männern und Kindern kann abgeleitet werden, daß dieser Staat keineswegs reformierbar ist, daher seine politischen Strukturen zerschlagen werden müssen.

Für den Zeitraum vom Beginn der Intifada (Dezember 1987) bis einschließlich Juli 1990 veröffentlichte das Jahrbuch des *Palestina Human Right Information Center (PHRIC)* unter anderem die folgenden Zahlen der *"Opfer der Besetzung"*:

* *"1889 Fehlgeburten durch Tränengas im Gazastreifen;*
* *853 Tote: durch Schüsse 702, 651 durch Soldaten, 39 durch Siedler, 10 durch Kollaborateure; erschlagen und erstochen: 62, davon 50 durch Soldaten; Tote durch Tränengaseinsatz: 89;*
* *von den Getöteten sind 217 unter 16 Jahren, davon 171 erschossen – 159 durch Soldaten, 11 durch Siedler;*
* *97350 Verletzte, darunter Schwerverletzte, die Arme, Beine, Augen verloren haben;*
* *10200 in Gefängnissen und Lagern ohne Verfahren Inhaftierte;*
* *1585 Häuser zerstört"* (werden für jedes Haus nur – sehr knapp geschätzt – 10 BewohnerInnen angenommen, sind damit über 15000 Menschen obdachlos gemacht worden) (18).

Geht es um Israel, vergißt die ehemals linke Metropolenintelligenzia gern die letzten Reste der ML-Schulungen aus den 60er und 70er Jahren. Da ist der kapitalistische Staat nicht mehr die reformierbare *"Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere"*, sondern ein lediglich geographisches Gebilde, das mordlüsterne AraberInnen platt zu machen trachtet (den Massenmord an seinen EinwohnerInnen inklusive). Vom revolutionären Kampf gegen den Staat als politisches Gebilde im o.g. Marxschen Sinne ist dann keine Rede mehr. Eine Aufgabe, die den vor allem davon Betroffenen zufällt, die von hier nur insoweit solidarisch unterstützt werden können, als auch die Notwendigkeit der Zerschlagung des hiesigen Staates erkannt und angegangen wird.

Mittel der Herrschenden

Flüchtlingspolitik ist ein Mittel der Herrschenden. Fluchtgründe, z.B. ökonomische, rassistische, sexistische, und Migrationsbewegungen waren und sind real. Bis zur *Wannseekonferenz* war die Politik des NS-Faschismus im wesentlichen darauf ausgerichtet, jüdische Frauen, Männer und Kinder zur Flucht zu drängen, ihnen das Leben in Deutschland unerträglich zu machen. Die imperialistischen Staaten hatten keinerlei Interesse daran, (nicht wohlhabende) jüdische Menschen aufzunehmen und damit zu retten (s.o.).

Zionistische Organisationen konnten diesen Zustand für sich ausnützen: Seit dem 19. Jahrhundert hatten sie versucht, jüdische Menschen davon zu überzeugen, daß Assimilation keine geeignete Antwort auf den europäischen Antisemitismus sei. Die Zionisten propagierten die Gründung eines eigenen Staates. Und zum Ende des 19. Jahrhunderts starteten tatsächlich einige Siedlungsprojekte im angeblich unbesiedelten Palästina. "Unbesiedelt", das wissen wir aus vielen anderen Beispielen ("Entdeckung" Amerikas, Südafrika, ...) ist zumeist Synonym für "nicht nach unseren Maßstäben besiedelt". Die zionistische Bewegung blieb aber trotz erheblicher Anstrengungen unbedeutend.

Bis in die 30er Jahre waren die deutschen jüdischen Frauen und Männer mehrheitlich zumindest nicht pro-zionistisch, wenn nicht gar antizionistisch eingestellt. Die zunehmende, umfassende Verfolgung durch den NS-Faschismus aber hatte die Lage grundsätzlich geändert: Der Zionismus mit seinem *Projekt Israel* erschien denjenigen, die der Vernichtung entronnen, allen Besitzes, des sozialen Status, der FreundInnen und der Nationalität beraubt waren, und nirgendwo anders Schutz finden sollten, als einzige Zufluchtsmöglichkeit - verbunden mit der Hoffnung, dort gesichert leben und wieder eine Existenz aufbauen zu können. Als Beteiligte an der Siedlungspolitik zionistischer Prägung aber wurden und werden antisemitisch verfolgte jüdische Frauen und Männer zu TäterInnen. Als Teil im Getriebe, wie wir im Räderwerk der westlichen Demokratien, bis hin zu Mitgliedern aggressiver, reaktionärer oder faschistoider Banden: einige Siedlergruppen stehen für diese Metamorphose.

Die Siedlungspolitik des israelischen Staates braucht ständig neue SiedlerInnen, zumal immer wieder Frauen und Männer angesichts des permanenten Kriegszustandes in den besetzten Gebieten aufgeben. Bis heute hat es deshalb immer wieder Versuche gegeben, neue SiedlerInnen ins Land zu holen, und immer wieder setzten die israelischen Behörden den Hebel bei der jüdischen Identität ganzer Gruppen an. Am Beispiel der aus der ehemaligen UdSSR ausreisenden jüdischen Frauen und Männer läßt sich das Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren aufzeigen: Armut, Perspektivlosigkeit und während des Zerfallsprozesses der UdSSR aufbrechender Antisemitismus lassen eine ganze Gruppe jüdischer Menschen an Flucht denken. Der israelische Staat ebnet unterdessen mit Hilfe internationaler Verträge den Weg - und zehntausende russischer jüdischer Frauen, Männer und Kinder machen sich auf den Weg.

Viele wollten in das reiche Westeuropa oder die USA - die Behörden aber lenken den "Flüchtlingsstrom" und prügeln die Flüchtenden nötigenfalls dahin, wo es international ausgemacht ist: nach Israel. Das Zusammenspiel tatsächlicher Fluchtgründe und der Interessen verschiedener Staaten (Rußland will die "unproduktiven Sektoren" loswerden, die EG-Staaten und die USA wollen keine ImmigrantInnen, Israel braucht SiedlerInnen) machts möglich. Die Flüchtlinge aus den GUS-Staaten werden in eine Gesellschaft transplantiert, die Krieg führt. Was für die jüdischen Flüchtlinge als Flucht scheint, entpuppt sich als Front.

Das "Selbstverständnis" vieler israelischer StaatsbürgerInnen gründet sich auf die kollektive Erfahrung: die der *Shoah*. Daran geht kein Weg vorbei. Der Staat Israel und zionistische Organisationen und Propaganda aber versuchen, diesen Opferstatus dahingehend umzumünzen, daß die Entsolidarisierung mit dem palästinensischen Volk eingefordert wird.

Ahistorische Gleichsetzungen

Es lassen sich zahlreiche Beispiele finden, bei denen sich Linksradikale ahistorischer Gleichsetzungen von Faschismus und Zionismus bedienen, der faschistischen *Shoah* mit der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen etc. Diese bedürfen einer kritischen und selbstkritischen Diskussion, vor allem auch bei den VerfasserInnen dieser Äußerungen, und lassen sich nicht mit der oft vorexerzierten Plattheit abstreiten. Derlei gleichsetzende Behauptungen werden auch nicht dadurch bewiesen, daß die israelischen Besatzer Kollektivstrafen, wie z.B. die Sprengung von Häusern der Familien festgenommener palästinensischer WiderstandskämpferInnen, vollziehen. Dies ist zwar eine *auch* von NS-Faschisten angewandte Praxis, aber damit keine faschistische Praxis: historische Beispiele für solche Kollektivstrafen durch Besatzungsmächte lassen sich jahrhundertelang zurückverfolgen. Derlei Vergleiche sind falsch.

Genausowenig beweiskräftig ist die Zusammenarbeit zionistischer und faschistischer Organisationen, z.B. in Form von Verträgen. (Einmal abgesehen davon, daß keinE LinkeR die "Zusammenarbeit" zwischen realsozialistischer Sowjetunion und faschistischem Deutschen Reich, etwa mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1938, als dessen Foge u.a. viele KommunistInnen an den NS-Faschismus ausgeliefert wurden, in ähnlicher Weise problematisieren würde.)

Ein vielzitiertes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Zionismus und Faschismus ist das *Ha'avare-Abkommen*: *"Das Ha'avare-Abkommen brachte jeglichen Versuch eines wirtschaftlichen Boykotts des Nazireiches zum Scheitern, sicherte der deutschen Wirtschaft einen umfangreichen und kontinuierlichen Export und erlaubte ihr die Eroberung eines Marktes, und das in einer Situation, da der Welthandel noch immer unter den Folgen der schweren Weltwirtschaftskrise von 1929 litt."* (19) Daß es dieses Abkommen Mitte der 30er Jahre gegeben hat, ist zweifellos richtig, auch offenbart es die Skrupellosigkeit zionistischer Organisationen. Daß damit aber ein *"wirtschaftlicher Boykott"* des NS-Faschismus verhindert wurde, stimmt nicht: Die imperialistischen Staaten hatten (vor Kriegseintritt) keinerlei Interesse daran. Z.B. hatten die USA nie die Absicht, die offiziellen Beziehungen zum faschistischen Deutschen Reich abzubrechen. Weder nach dem Angriff auf Polen, noch nach den Besetzungen Dänemarks, Norwegens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Jugoslawiens, Griechenlands, Frankreichs oder dem Überfall auf die Sowjetunion wurde ein Abbruch der Beziehungen erwogen. Dabei blieb es, bis die deutsche Regierung im Dezember 1941 den USA den Krieg erklärte.

Die Appeasement-Politik der imperialistischen Staaten war darauf ausgerichtet, den Krieg auf jeden Fall zu verhindern, schon gar nicht gab es irgendwelche antifaschistischen Motivationen bzw. solche, den verfolgten jüdischen Frauen, Männern und Kindern in Deutschland zu helfen (s.o.). Auch gab es keinen *"umfangreichen Export"*, werden die mit dem Abkommen erzielten Gebühren in Relation zu den Profiten der sogenannten Arisierung und der Auswanderungs-Zwangsabgaben gesetzt.

Immer wieder gibt es die *"makabre Konkurrenz der Massenmorde"* (20), in der Regel in bestimmten thematischen Zusammenhängen benutzt, um zu relativieren. Es können antisemitische Denk- und Argumentationsmuster ursächlich sein, wenn z.B. die *Shoah* mit den *"30 Millionen Toten bei der Kolonisierung Amerikas"* und bis zu *"neun Millionen als Hexen oder Ketzer"* Ermordeten verglichen wird. Ein solcher *"Rundumschlag läßt von spezifischer Gewalt Betroffenen keinen Raum und verwandelt sie alle in einen Berg namenloser Opfer. Wie die Millionen*

von Hexen' sind Juden und alle anderen Opfer nur noch Manövriermasse in einer Inszenierung, die jede klar umrissene Verantwortung ... ausschließt." (21)

Eine der zentralen Thesen der ehemals linken Kriegsbefürworter für ihren Kriegseintritt und den Vorwurf des *linken Antisemitismus* war, daß die hiesige Linke sich insbesondere mit der deutschen Vergangenheit (und den bis in die Gegenwart fortwirkenden Kontinuitäten im seit Herbst 1990 "wiedervereinigten" Rechtsnachfolger des faschistischen Deutschen Reiches) gar nicht oder kaum auseinandergesetzt hat. Ihr also nicht klar sei, daß sie vor dem historischen Hintergrund der *Shoah* agiert.

Der Faschismus aber war und ist immer Thema (in) der Linken gewesen. Die "Neue Linke" der BRD hatte ihren Hauptansatzpunkt in einer radikalen Kampfansage an die "Vätergeneration" gesucht, die die konkret-persönliche oder allgemeine politische Verantwortung für den Faschismus trägt. Im Laufe der Jahre ist die Reflexion über Faschismus immer mehr aus dem Blickwinkel geraten und heute ist die radikale Linke in der Gefahr, Faschismus wie ein Thema zu behandeln und als solches auch zu vergessen. Der deutsche Faschismus aber ist in seiner grundsätzlichen Bedeutung für die BRD und Europa, in seinen Auswirkungen, Kontinuitäten und Strukturen weder beendet, noch eine gesellschaftliche Marginalie. Er ist präsent: im Denksystem des produktiven Sozialstaates, in der Eugenik-Debatte, in Antisemitismus, in den ökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft, in der Verwüstung Osteuropas und deren bis heute andauernden Folgen usw. usf.

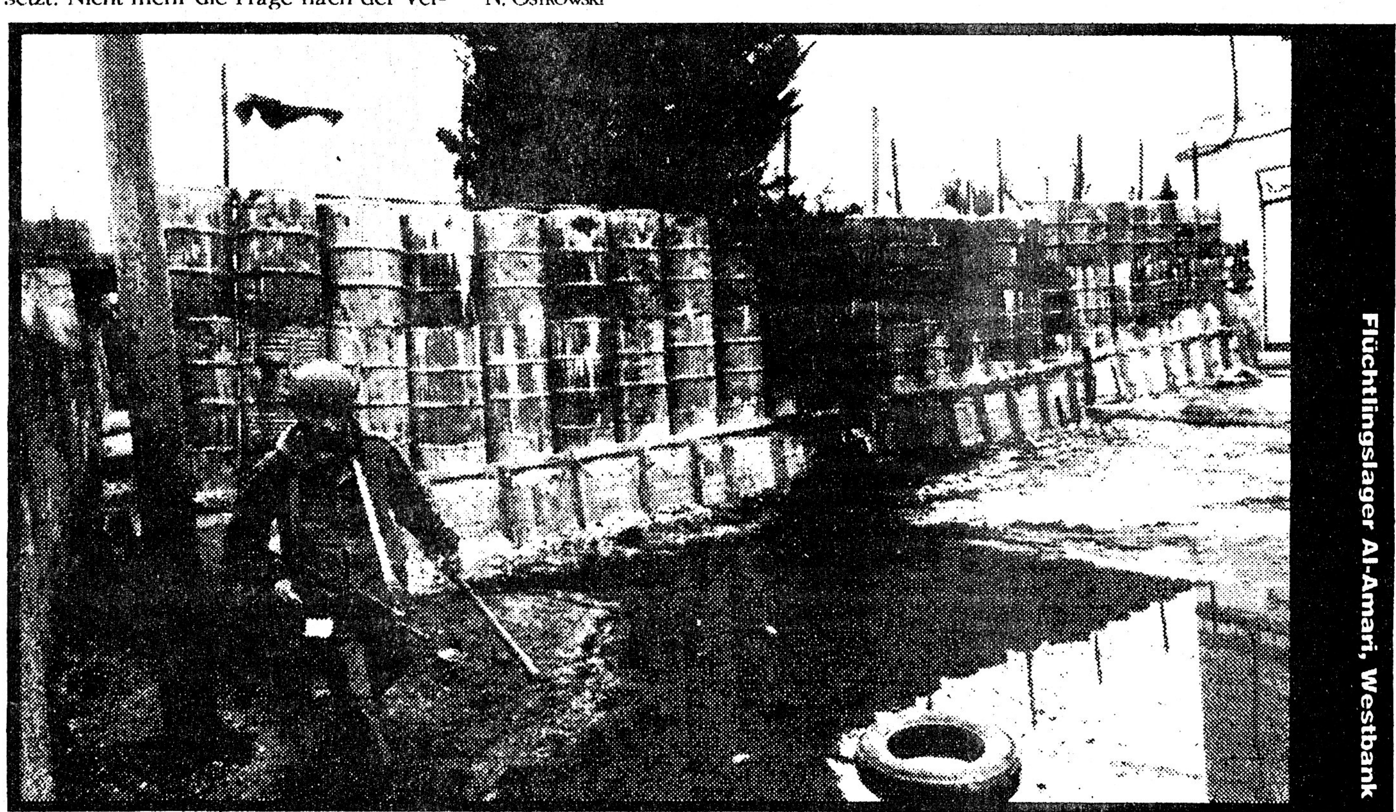
Im Laufe der Jahre hat sich eine Verflachung des Faschismusbegriffs durchgesetzt. Nicht mehr die Frage nach der Verstrickung einer (fast) kompletten Bevölkerung mit der Herrenmenschenideologie der NSDAP stand und steht im Mittelpunkt, sondern immer mehr wurde Faschismus gleichgesetzt mit dem politischen Wollen einer herrschenden Elite. Wenn bei der "Wiedervereinigung" das Schlagwort vom *"Vierten Reich"* umherging, war damit ja der Expansionswille von BRD-Regierung und -Kapital gemeint, und nicht die Verquickung dieses Expansionswillens mit rassistischen Strukturen der deutschen Gesellschaft. So geriet auch immer mehr aus dem Blickwinkel, daß wir objektiv - egal in welche Tradition wir uns subjektiv stellen - Teilhaber(innen) eines Herrenvolkes sind, das sich mit dem Faschismus durchsetzen konnte. Und daß wir objektiv - egal, wie weitgehend wir subjektiv marginalisiert sind - als weiße, linke EuropäerInnen von den Ergebnissen des Faschismus profitieren.

Vor diesem Hintergrund ist vor allem die Israel-Debatte aus den Fugen geraten. "Faschismus" dient nur noch als Schlagstock gegen Linke und da hauptsächlich gegen die Palästina-Solidarität. Mit diesem Begriff soll jede Israel-Kritik eingestampft werden. In unserer Palästina-Solidarität haben wir es oft nicht geschafft, die besonderen Bedingungen unserer Diskussion zu berücksichtigen und dennoch die menschenverachtende und rassistische Politik Israels benennen zu können. Wer von Israel spricht, kann von deutschem Faschismus nicht schweigen. Daß diese Verbindung von einer ehemals linken Intelligenzia ausschließlich gezogen wird, um das *imperialistische Projekt Israel* zu legitimieren, soll uns nicht hindern, eigene authentische und differenzierte Zugänge zu finden.

N. Ostrowski

Anmerkungen:

(1) Wolfgang Pohrt, Musik in meinen Ohren, in: Konkret, 3/91, S.14f
(2) ISF (Hg.), Kritik & Krise, Heft 4/5, Freiburg 1991, S37ff
(3) Henrik M. Broder, Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt 1986; zitiert nach: Bertold Rothschild, "Linker Antisemitismus" - ein Gerücht über die Linke und ihre Moral, in: Widerspruch, 12/86
(4) ISF, Editorial: Grenzenlose Linke, S.2; in: ISF, a.a.O
(5) siehe u.a. Reinhard Kühnl (Hg.), Streit ums Geschichtsbild, Köln: Pahl-Rugenstein, 1987; "Historikerstreit" - Sammlung der wichtigsten Texte aus Zeitungen und Zeitschriften, München: Piper, 1986
(6) "Historikerstreit" a.a.O.
(7) zitiert nach: Bericht einer UNO-Mission über die Situation im Irak vom 20. März 1991, "Irak wurde in ein vorindustrielles Zeitalter zurückversetzt", in: Bremer kassiber, Juni 1991, S. 49f
(8) Micha Brumlik, Aktenkoffer statt Knarre, in: Konkret, 12/91, S.18
(9) Wolfgang Pohrt, a.a.O.
(10) zitiert nach: Sabine Rosenbladt, Das Pech der Juden in den Lagern der Nazis: Sie waren nicht nur Ausländer, sondern Juden, in: Konkret, 4/86, S.26ff; vgl. dazu: David S. Wyman, "Das unerwünschte Volk" - Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, München: Max Hueber, 1985
(11) Sabine Rosenbladt, a.a.O.
(12) siehe dazu u.a.: Robert Miles, Rassismus. Zur Geschichte und Theorie eines Begriffs, Argument-Verlag, 1991; George L. Mosse, Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt: Fischer Taschenbuch, 1990; mir., Strukturen der Dominanzkultur, Ein Querschnitt durch aktuelle Rassismustheorien, in: ak, Nr. 337, 16.12.91, S,18ff
(13) Nora Rätzel, Herrschaft und Identität, in: Konkret, 2/91, S.62ff
(14) ebd.
(15) Klaus Viehmann und andere, Drei zu eins
(16) Resolution Nr.3379 (XXX) der UNO Vollversammlung, November 1975
(17) ebd.
(18) zitiert nach: ak, Nr.328, 11.3.91
(19) Klaus Polkehn, Der Zoinismus im Komplott mit dem Nationalismus, in: Klartexte 9, Freiburg 1989; zitiert nach: Autonome Nahost Gruppe Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.), Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, Bremen, April 1989
(20) ... (21) ebd.


Flüchtlingslager Al-Amari, Westbank

Diskussion zur Erklärung der RAF 10.4. etc.:

Erklärung von Irmgard Möller

wir wollen gleich kurz folgendes sagen: die entscheidung unserer genossen ist richtig, sie entspricht dem, worauf auch wir gefangenen für den politischen prozeß aus sind.

wir wollen – seit 89 ja schon – eine zäsur im gesamten politischen zusammenhang. ein solcher schritt kann von allen beteiligten nicht nur am bereich der gefangenen angepackt werden. wir sehen heute noch um vieles deutlicher als es schon mitte der 80er zu erkennen war und im hungerstreik 89 von uns das erste mal politisch angepackt und in eine praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen.

wer weiter an der notwendigkeit revolutionärer umwälzung der bestehenden weltweiten und innergesellschaftlichen, ungerechten und zerstörerischen verhältnisse festhält, muß diese umbrüche begreifen und zu einer neubestimmung von inhalten und formen der eigenen politik kommen, auch im verhältnis zu den jeweils anderen linken erfahrungen und lebensweisen. wir gefangenen begreifen das als direkte politische zielsetzung für jetzt und *"nach dem knast"*: neuorientierung in der gesellschaft und den internationalen zusammenhängen und beziehungen, ein offener lernprozeß, das muß als erstes für die vier haftungähigen realität werden. bernd und günter müssen sofort raus.

erst mit ihrer freilassung gibt es wieder ein rationales moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat. dabei geht es um einen gründlicheren schritt für alle beteiligten. einen einschnitt gegenüber der geschichte von 22 jahren.

wir spinnen uns nicht an dem, was real möglich ist, vorbei, wenn wir sagen: wir wollen eine perspektive der freiheit für alle von uns in einem absehbaren nächsten zeitraum. auch in unserer vorstellung geht das nicht sofort und nicht auf einmal für alle von uns.

wir sagen aber ganz deutlich: was 22 jahre lang nach politischen erwägungen und kriterien der bekämpfung und vernichtung auch gegenüber den gefangenen entschieden wurde (von den sondergesetzen über die staatsschutzgerichte bis zu den details der isolation) – wogegen wir uns als kollektiv durchgekämpft haben, neun von uns gefangenen sind in diesem kampf gestorben, aber in seinen zielen haben wir es zum scheitern gebracht –, kann nicht nach diesen jahrzehnten als scheinnormales verfahren einer *"lösung"* zugeführt werden.

das ginge an der wirklichkeit vorbei und wäre eine verhöhnung aller, die einen anderen begriff der politischen geschichte der letzten 25 jahre der brd haben als die sicherheitsapparate und die staatsschutzjustiz und die sich ihre politische geschichte nicht rauben lassen wollen. geschichte ist kein staatsbesitz, die staatsoffizielle version ist nicht unsere.

es geht nur so, daß mit gesellschaftlichen widersprüchen politisch umgegangen wird. wir, die gefangenen aus raf und widerstand, und die raf haben dafür den raum aufgemacht. mit *"taktieren"* hat das nichts zu tun.

irmgard möller, für die gefangenen aus raf und widerstand

lübeck, 15.4.92

(Aus: Interim 196, 4.6.1992)

ZUM RAF-PAPIER

"Es stirbt allerdings ein jeder. Frage ist nur wie und wie Du gelebt hast und die Sache ist ja ganz klar: KÄMPFEND GEGEN DIE SCHWEINE als MENSCH FÜR DIE BEFREIUNG DES MENSCHEN: Revolutionär, im Kampf – bei aller Liebe zum Leben: den Tod verachtend. Das ist für mich: dem Volk dienen – RAF."

(Aus dem letzten Brief von Holger, 31.10 74)

Wir haben am 22.4.92 gesagt: "Der Kampf geht gemeinsam weiter."

Wir wollen jetzt (22.5.92) genauer sagen, welche Notwendigkeit/Bedeutung militanter Widerstand in der BRD hat. Wir verstehen dies auch als Antwort auf das, was die GenossInnen aus der Guerilla am 10.4.92 formuliert haben. Wir akzeptieren die Entscheidung der GenossInnen als eine Entscheidung, die sie <u>für sich</u> treffen. Zugleich kritisieren wir das, was in ihrer Erklärung in einer ganzen Reihe von Passagen politisch zum Ausdruck gebracht wird, in scharfer Form. Zur Klarstellung: Die taz irrt, wenn sie uns in ihrer Ausgabe vom 25.4.92 als "RAF-Splittergruppe" bezeichnet. Wir begreifen uns als Teil des Widerstandes in der BRD. Wir haben unsere eigenen Formen militanter Politik und werden diese weiterentwickeln. Sonstige Spekulationen überlassen wir jenen, die die Verfolgung von Menschen, die in der BRD Widerstand leisten, ihren Beruf nennen.

Während die Herrschenden aus dem, was sie das "Ende der RAF" nennen, das Ende des militanten Widerstandes in der BRD schlußfolgern und dies, propagandistisch aufbereitet, in ihren Medien verkünden lassen, ist unsere Vorgehensweise diametral entgegengesetzt: wir wollen aus den theoretischen/praktischen Erfahrungen der Guerilla (und das heißt eben auch: aus ihren Fehlern) lernen und zur Weiterentwicklung von militanter Politik in diesem Land beitragen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die Totalität des Systems den Menschen, die hier nach einer gesellschaftlichen Alternative suchen, praktisch keinen <u>realen</u> Freiraum mehr läßt.

In den 22 Jahren, in denen die ROTE ARMEE FRAKTION bewaffnet gekämpft hat, zeigte sie immer wieder, daß Angriffe auf das Herz des Staates auch in der BRD, d.h. in einer der hochgerüstetsten Zentralen des imperialistischen Gesamtsystems möglich sind. In den letzten Jahren waren diese Angriffe nicht mehr Bestandteile einer Strategie, ohne die revolutionäre Politik aber nicht möglich ist. Dafür trägt die Guerilla nicht allein die Verantwortung, sondern es sind Versäumnisse von allen, für die "zusammen kämpfen" keine hohle Phrase ist.

Es sind also nicht die Angriffe als solche, die wir kritisieren; dadurch, daß sie nicht in eine umfassende Politik eingebettet waren, konnten die Angriffe ihre potentielle politische Wirkung nicht mehr entfalten. Trotzdem: über die gelungenen Aktionen gegen Herrhausen und Rohwedder haben sich mehr Menschen still und heimlich gefreut, als es die GenossInnen vermuten und die Herrschenden zugeben wollen. Wir grüßen das Kommando Ulrich Wessel!

Für uns steht die inhaltliche Bestimmung revolutionärer Politik im Vordergrund. Selbstverständlicher Bestandteil dieser Politik ist weltweit der Kampf für die Freiheit der GenossInnen, die in den Knästen/Lagern des Imperialismus sitzen.

Was die GenossInnen betrifft, die von der BRD gefangengehalten werden, sind unsere Forderungen: Freilassung <u>aller</u> Gefangenen aus RAF und Widerstand! Keine neuen Prozesse gegen GenossInnen, die bereits im Knast sitzen! Angelika und Ute dürfen nicht erneut eingeknastet werden! Für die ausländischen GenossInnen: Sofortige Freilassung und die Möglichkeit, in ein Land ihrer Wahl ausreisen zu können!

Die Guerilla hebt in ihrer Erklärung die "Fraktionierung" der Staatsschutzapparate in einer Weise hervor, die wir für unangebracht halten. Einheitliches Ziel der Strategen wie Stahl (BAW), Werthebach (BfW) oder dem mittlerweile zum Außenminister avancierten Kinkel ist die Befriedung der Verhältnisse im Inneren der BRD, d.h. der

Auftrag der herrschenden Eliten an die Politik lautet:

Es darf keinen sichtbaren Widerstand geben, der in der Lage wäre, der Totalität des Systems eine Grenze zu setzen. Die Staatsschutzapparate sind aber mit der Tatsache konfrontiert, daß das Mittel der Vernichtungshaft für dieses Ziel nur bedingt tauglich ist. Kinkels Initiative ist der Versuch, für eine längere Phase den Widerstand in der BRD zu lähmen, in der Hoffnung, ihn letztendlich beseitigen zu können.

Für Kinkel sind die Gefangenen nur Mittel zum Zweck; die Menschenverachtung seiner Politik wird in manchen seiner Äußerungen, in denen er die Geiselfunktion der Gefangenen kaum noch verschleiert, sehr deutlich. Die in der KGT koordinierten Figuren glauben, die Menschen, über die der Staat im Knast unmittelbare Verfügungsgewalt hat, gegen die Menschen ausspielen zu können, die gegen dieses System aufstehen. Das ist der Kern des Befriedungskalküls. Kinkel nannte im ZDF unser erstes Schreiben ein "Störmanöver" gegen seine Politik. Was Karrieristen wie er offenbar nicht begreifen können: es ist das System selbst, aus dem die Widersprüche kommen. Solange das System hier und weltweit Menschen unterdrückt, wird es Widerstand dagegen geben.

Die Tatsache, daß wir in einem Land kämpfen, in dem es bisher keine einzige erfolgreiche und zugleich befreiende Revolution gab, in einem Land, in dem als besonders bösartige Variante des Faschismus der "Nationalsozialismus" regieren konnte, in einem Land, in dem es nur spärliche Widerstandstraditionen gibt, erhöht die Bedeutung von Kontinuität im Widerstand. Daraus folgt: das, was GenossInnen in ihrer Analyse als richtig/entscheidend vor Jahren erkannt haben, muß auf die aktuelle gesellschaftliche/politische Situation bezogen treffend angewandt werden.

Am 6.5.76, zwei Tage vor ihrem Tod, wurde Ulrike in Stammheim vom italienischen RA Capelli besucht, in ihrem Bericht vom 7.5. über das Gespräch sagt sie u.a.: "Die Funktion der reaktionären Integration Westeuropas für die Konterrevolution in der Dritten Welt und die Entwicklung des Nord-Süd-Antagonismus, überhaupt der Zusammenhang Kampf in den Metropolen und Entwicklung der Front in der Dritten Welt – die Rede davon erstaunte ihn (d.h. den Capelli)."

Militanter Widerstand in der BRD hat als strategisches Ziel: die Verbindung herstellen zwischen den Kämpfen im Trikont und dem, was hier (potentiell) an Widerstand vorhanden/entwickelbar ist. Wir wollen das näher erläutern.

Zum einen, angesichts des Ausmaßes an Ausbeutung/Vernichtung menschlicher Existenz im Trikont ist es die verdammte moralische Pflicht von allen, die sich in der BRD als linksradikal begreifen, hier immer neu zum Angriff zu kommen. Deshalb verstehen wir auch das Entsetzen der ausländischen GenossInnen, mit denen wir geredet haben, über die Erklärung der Guerilla; sie können nicht verstehen, wie GenossInnen, die wissen müßten, daß der Krieg, den die imperialistischen Eliten gegen die Menschen im Trikont führen, jeden Tag weitergeht, es vor sich selbst verantworten können, dan bewaffneten Kampf in der BRD einzustellen.

In einer Front mit denen, die im Trikont Widerstand leisten, zusammen kämpfen!

Zum anderen: wir müssen ausgehen von der aktuellen gesellschaftlichen Realität in der BRD. Die relative Stabilität des Systems in den Metropolen beruht darauf, daß es den Herrschenden immer wieder gelingt, eine tatsächliche/vermeintliche Interessenidentität mit Menschen bis weit in den "Mittelstand" zu erzeugen. Das System ist (noch) in der Lage, die integrativen Mechanismen, die dazu notwendig sind, der jeweils aktuellen Situation anzupassen. Das ist jedoch nur ein (wenn auch der bestimmte) Teil der Realität in der BRD.

Auszugehen haben wir von den sozialen Konflikten/Stimmungslagen, die es in den "unteren Schichten" dieser Gesellschaft gibt; und hier ist die Situation z.B. so:

Im Asylbewerberheim in Hünxe erleidet die 8jährige Zeinap beim Überfall einer Skin-Clique so schwere Verletzungen, daß sie ihr Leben lang entstellt bleiben wird; in Magdeburg wird der 23jährige Torsten auf einer Geburtstagsfeier von einem Skinhead erschlagen; ein 28jähriger Iraner verhindert seine drohende Abschiebung in die Türkei auf dem Weg zum Rhein-Main-Flughafen, indem er sich im BGS-Fahrzeug die Pulsadern aufschneidet; ein 18jähriger wird von den Schließern, nachdem er um 15.30 Uhr in den Höchster Knast transportiert wurde, um 18 Uhr erhängt aufgefunden; In der BRD nehmen sich "statistisch" pro Tag vier Jugendliche das Leben; ein 44jähriger Arbeitsloser in Zerpernik erhängt sich in seinem Vorgarten unmittelbar vor der gerichtlichen Zwangsräumung; von 14 000 Selbstmorden 1990 wurden 4 100 von Menschen verübt, die älter als 60 waren; in Oschersleben besetzen 50 Arbeitslose das Landratsamt und beginnen einen Hungerstreik; nach 18 Jahren setzten ArbeiterInnen im "öffentlichen Dienst" wieder einen Streik gegen den Willen der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsfunktionäre durch; in BaWü und SH gehen 30% erst gar nicht zur "Wahl", während zwei faschistoide Parteien "Erfolge" erzielen.

Auszugehen haben wir von dieser Realität in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Auszugehen haben wir von den Mechanismen, mit denen das System die Angst vor Armut (angesichts von 3 Millionen Arbeitslosen und 352 000 Obdachlosen) für seine Zwecke funktionalisiert. Dort, wo die integrativen Mechanismen versagen, entlarvt sich die herrschende Politik als das, was sie gegenüber dem Trikont sowieso ist: nämlich als menschenverachtend. Diese Politik versucht darauf hinzuwirken, daß sich Haß/Wut/Verzweiflung/Resignation gegen die eigene Person oder gegen noch Schwächere richtet und nicht gegen die Herrschenden.

Indem militante Aktionen diese Strategie durchkreuzen, entfalten sie ihre politische Wirkung: uns der jeden Tag in der Metropole erfahrenen Destruktion menschlicher Werte heraus wird im Angriff auf die Eliten, die Konzerne, die Repressionsorgane usw. der Ausweg gefunden, d.h. der Schritt vollzogen, ohne den es keine Freiheit geben kann.

Freiheit ist nur möglich im Kampf um Befreiung!

Alle Menschen, die in den Metropolen Widerstend leisten, entdecken, daß ihr Gegner im Kampf um Befreiung derselbe ist, gegen den die Völker im Trikont ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen versuchen.

Internationale Solidarität ist das, was die Herrschenden am meisten fürchten.

Wir wollen noch auf drei Einzelpunkte aus der Erklärung der Guerilla hinweisen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen:

Der erste Punkt betrifft den Zusammenbruch der Staaten, die sich "sozialistisch" nannten. Die Guerilla stellt "katastrophale Auswirkungen auf Millionen von Menschen weltweit" fest. Das muß präzisiert werden; katastrophale Auswirkungen hat dieser Zusammenbruch tatsächlich für die Menschen etwa in Cuba oder Vietnam (ein Beispiel: 1991 erkrankten erstmals 1.1 Millionen VietnamesInnen an Malaria, von denen 4 500 starben; vorher hatte die SU kostenlos für die Versorgung mit Medikamenten gesorgt). Auch hat sich die materielle Situation für eine Reihe von Befreiungsbewegungen verschlechtert. Aber: wenn die Guerilla feststellt, daß "alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen" wurden, so ist das schlicht falsch.

Auch vor 1989 war klar: jedes Land entwickelt antiimperialistischen Widerstand aus seinen eigenen authentischen Bedingungen. Diejenigen, die 1992 überall auf der Welt genauso Widerstand leisten wie 1985 oder 1989, demonstrierten eindrucksvoll, daß die Unterstellung, sie würden völlig von den "sozialistischen" Staaten abhängen und für deren Zeile arbeiten, im wesentlichen eine imperialistische Propagandalüge war.

Die Klarheit der Konfrontation (auf der einen Seite: der Imperialismus; auf der anderen Seite Menschen, die um Befreiung kämpfen) ermöglicht RevolutionärInnen hier und im Trikont ein neues Selbstbewußtsein!

Der zweite Punkt betrifft den Begriff "soziale Gefangene", den die GenossInnen benutzen, sogar ohne das Wort "sozial" wenigstens mit Anführungszeichen zu versehen. Wir lehnen diesen Begriff ab. Das Knastsystem der BRD ist ein spezifischer Ausdruck des Gesamtsystems, das wir bekämpfen. Wir grüßen alle Gefangenen, die in den Knästen der BRD sitzen!

Der dritte Punkt betrifft folgendes: die Guerilla formuliert, daß es "die frage" sei, "ob deutsche soldaten wieder gegen andere völker marschieren...". Tatsache ist:

auf der 33. Kommandeurstagung in Leipzig haben Figuren wie Rühe oder Naumann keinen Zweifel daran gelassen, daß sie langfristig bewaffnete Out-of-area-Einsätze der BRD-Streitkräfte anstreben. Entscheidend ist aber die derzeitige Rolle der BRD im Nato-Block; die neuen Stationierungsverträge implizieren, daß die BRD auf unabsehbare Zeit Durchgangsstation/ Nachschublager für die weltweiten militärischen Interventionen des US-Imperialismus bleiben soll. Sogar abgesehen davon ist die Rolle der BRD eindeutig: mit 6 455 Millionen Dollar gehört sie zu den 4 größten Financiers des Golfkrieges.

Treffend dargestellt wurde der Unterschied zwischen US- und BRD-Imperialismus schon 1971 im "Konzept Stadtguerilla": "Nicht weniger aggressiv als der US-Imperialismus ist sie (d.h. die BRD) doch weniger angreifbar."

Kohl sagte auf dem Jahreskongreß der US-amerikanischen Zeitungsverleger in New York: "Wir nehmen die Einladung Präsident Bushs an, 'partners in the leadership' zu sein." Der Gegner hat sich dadurch hinreichend selber charakterisiert.

Überall in der Welt leisten Menschen, die in antiimperialistischen/antikapitalistischen/antirassistischen/antipatriarchalen Kämpfen gegen das System aufstehen, militanten Widerstand: von Los Angeles bis Lima, von Durban bis Qalqila, von Cizre bis Cagayan.

IN DER BRD SIND MILITANTE AKTIONEN NICHT NUR MORALISCH NOTWENDIG, SONDERN AUCH POLITISCH SINNVOLL!

WIDERSTAND HEISST ANGRIFF!

"Aber das sind wir, da kommen wir her: die Brut aus den Vernichtungs- und Zerstörungsprozessen der Metropolengesellschaft, aus dem Krieg aller gegen alle, der Konkurrenz jeder gegen jeden, des Systems, in dem das Gesetz der Angst, des Leistungsdrucks herrscht, des einer-auf-die-Kosten-des-anderen, der Spaltung des Volks in Männer und Frauen, Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Ausländer und Deutsche und der Prestigekämpfe. Und da kommen wir her: aus der Isolation im Reihenhaus, in den Betonsilos der Vorstädte, den Zellengefängnissen, Asylen und Trakts. Aus der Gehirnwäsche durch die Medien, den Konsum, die Prügelstrafe, die Ideologie der Gewaltlosigkeit; aus der Depression, der Krankheit, der Deklassierung, aus der Beleidigung und Erniedrigung des Menschen, aller ausgebeuteten Menschen im Imperialismus. Bis wir die Not jedes einzelnen von uns als Notwendigkeit der Befreiung vom Imperialismus, als Notwendigkeit zum antiimperialistischen Kampf begriffen haben, und begriffen, daß es mit der Vernichtung dieses Systems nichts zu verlieren, im bewaffneten Kampf aber alles zu gewinnen gibt:

Die kollektive Befreiung, Leben, Menschlichkeit, Identität; daß die Sache des Volkes, der Massen, der Fließbandarbeiter, der Lumpen, der Gefangenen, der Lehrlinge, der untersten Massen hier und der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unsere Sache ist. Unsere Sache: bewaffneter, antiimperialistischer Kampf die Sache der Massen und umgekehrt – auch wenn das erst in einem langwierigen Prozeß der militärpolitischen Offensive der Guerilla, der Entfesselung des Volkskrieges real werden kann, real werden wird."

(Aus der Rede von Ulrike zu der Befreiung von Andreas, Moabit, 13.9.74)

(Aus: Südwind Nr. 19, Juni/Juli 92)

brief an die genossinnen und genossen, die im bewaffneten kampf der raf stehen

liebe genossinnen und genossen

wenn es das gäbe, daß man euch einfach so schreiben könnte, daß es irgendwo einen briefkasten gäbe, wo man nur etwas hineinschmeissen müßte, und ihr würdet es bekommen, dann würde ich diesen brief dort ganz still hineinwerfen. schon allein deshalb, weil ich jetzt als einzelner, nach einer ganzen reihe von diskussionen zwar, aber eben doch als einzelner schreibe, und ihr ja eigentlich viel breiter angelegte rückmeldungen braucht. so wie die dinge stehen, muß man aber mit anderen mitteln versuchen, euch zu erreichen, es kann nur öffentlich gehen. darum soll dies ein versuch für die interim sein.

wie kann die diskussion jetzt laufen? meine angst ist, daß es (ganz platt gesagt) so geht: die einen werden sagen (bzw. haben schon gleich gesagt), na endlich, endlich hört die raf auf mit dem quatsch, auf der anderen seite wird es wütende attacken geben, die alle auf einen pauschalen sozialdemokratisierungs- und verratsvorwurf hinauslaufen. damit reproduzieren wir dann das, was seit jahren der rest an kommunikation zwischen uns, die wir hier aus der legalität heraus *"auf der suche nach wegen sind"*, widerstand konkret zu machen, und euch, die ihr in der raf kämpft, was noch an diskussionen zwischen uns möglich gewesen ist. und das heißt, wir setzen dann genau die form von auseinandersetzung fort, die es in den letzten jahren unmöglich gemacht hat, zu wirklich gemeinsamen einschätzungen zu kommen, und die dann auch ein wesentlicher grund ist für die meines erachtens teilweise verheerenden fehleinschätzungen in eurer erklärung. was ihr jetzt formuliert habt, ist aber so zentral und kann so weitreichende konsequenzen haben, daß wir da dran jetzt wirklich offen und klar diskutieren müssen.

um das klarzustellen: ich finde den strategischen ansatz eurer erklärung erstmal sinnvoll. es ist keine frage, wir brauchen eine neuorientierung, die bleibt solange bruchstückhaft, wie wir die nicht mit den politischen gefangenen und euch zusammen machen können. dafür müssen die materiellen voraussetzungen geschaffen werden, was zunächst mal auch heißt, den politischen raum für den dazu notwendigen prozeß nochmal neu bzw. anders aufzumachen (und den prozeß gleichzeitig auch entsprechend zu schützen). insgesamt entspricht das auch den diskussionen, wie sie seit 1989 in fast allen militärisch unbesiegten bewaffneten befreiungsbewegungen laufen, so unterschiedlich die konkreten bedingungen im einzelnen auch sind, und mit der strategischen zielsetzung, anders raum für eine gemeinsame neuorientierung aufzumachen, ist ja auch noch nichts ausgesagt über das ergebnis der auseinandersetzung, die dann beginnen kann. auch nicht über die notwendige bandbreite an widerstandsformen und die darin praktisch und theoretisch offengehaltenen optionen auf konkrete politische praxis und was das dann an strukturen und formen der arbeitsteiligkeit braucht.

eben weil diese ganze diskussion letztlich erst dann richtig beginnen kann, wenn die entwicklung, die ihr jetzt anzustossen versucht habt, auch materiell geworden ist, bin ich auch bereit zu akzeptieren, daß die inhaltlichen aussagen eurer erklärung so weitgehend schwammig sind, teilweise einfach falsch und manche richtiggehend unanalytisch von der sichtweise her. salopp gesagt – darüber können wir dann ja in aller heftigkeit streiten, wenn es soweit ist. aber das ganze führt sich natürlich an dem punkt ad absurdum, wo eure (wie ich behaupte) fehleinschätzungen der gesellschaftlichen situation hier dann auch zur folge haben müssen (oder zumindest sehr wahrscheinlich haben werden), daß auch das strategische kalkül eurer erklärung nicht aufgeht.

das wort von der neuorientierung nach 1989 ist ja nun auch eine modeerscheinung. also ganz materiell haben sich natürlich einfach alle nach 1989 in irgendeiner weise neu zu orientieren gehabt, am meisten die millionen menschen, die die unmittelbaren opfer dieses von uns nicht vorhergesehenen rekonstruktionsprozesses des patriarchalen imperialismus sind. der größere teil der politischen gruppen, die sehr schnell und sehr laut von fundamentaler neuorientierung gesprochen haben, haben sich in der folge selber zu grabe getragen bzw. ihnen ist vor dem plötzlich wieder so ganz und gar übermächtigen feind ganz schnell der mut ausgegangen. da ist das gefühl von ohnmacht oder perspektivlosigkeit allzu oft auch die langersehnte rückzugsmöglichkeit aus den kämpfen gewesen. es gibt da eine klare dialektik, denn die gruppen, die sich im kern nach unserem bisherigen verständnis von schlagkräftigen politikformen am sta-

bilsten erhalten haben, also vor allem teile des autonomen und antiimperialistischen widerstandes, haben darür jede wirklich grundsätzliche diskussion darüber, wie es in der völlig veränderten situation weitergehen kann, weitgehend verweigert. beides ist gleichermaßen verheerend.

ihr seid eine der minimal wenigen relevanten politischen gruppen gewesen, die tatsächlich nachvollziehbar einen konkreten *"parallelen prozeß von neubestimmung und praktischen interventionen"* vollzogen hat. mir ist unklar, warum ihr das so relativiert. daß auch die aktion gegen rohwedder der dialektik des bewaffneten kampfes in den metropolen unterworfen war, ändert nichts an der akzeptanz, auf die sie gestossen ist. (die großdeutschen medien haben gerade mal noch arbeiterinnen und arbeiter gefunden, die bereit waren, sich vor der kamera von euren mitteln zu distanzieren, die sich aber auch alle darin einig waren, daß man von ihnen nun wahrlich kein mitleid für dieses schwein erwarten könne.) an der aktion hat von den verantwortlichen eine unverhohlene offenlegung der vorhandenen legitimationskrise stattgefunden, es sind ganz konkret dinge verändert worden, die treuhand war gezwungen, den sog. sozialpakt mit den gewerkschaften zu unterschreiben, der schon seit monaten fertig ausgehandelt war (und das heißt ganz konkret, daß jede und jeder, der/die entlassen wird, anspruch auf eine mindestabfindung hat). wie gesagt, dialektik der bewaffneten aktion in der metropole – die zugeständnisse sind minimal, das meiste schein, und der widerstand, der sich breiter gegen die treuhand am mobilisieren war, ist davon natürlich (ganz folgerichtig) eher beschwichtigt worden.

ihr schreibt: *"wenn die uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre eliten auch nicht leben können."* ja, wo lebt ihr denn?

ihr schreibt, *"daß es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, daß sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen."* wir haben ja auch viel und teilweise kontrovers an der sog. kinkel-initiative diskutiert. wenn ich es richtig sehe, haben wir einen qualitativen schritt nach vorne getan (kennt ihr das interview mit gisel aus einem der letzten infos?) in dem moment, wo wir aufgehört haben zu fragen, was wollen sie damit, sondern – weil es halt so zentral wichtig ist, daß die gefangenen rauskommen, – einfach zu gucken, was können wir daraus machen, wie machen wir uns eventuelle fraktionierungen nutzbar. aber wenn ihr es auf dese ebene bringen wollt, dann ist es ja doch wohl allenfalls so, daß die ensprechenden teile des apparats die hoffnung haben, mit etwas geschick wenigstend den widerstand, der von der raf ausgeht, nicht mehr polizeilich-militärisch lösen zu müssen, weil der ganze rekonstruktionsprozeß, der jetzt durchgeklotzt wird, nur durch eine uneingeschränkte bereitschaft der eliten zur bedingungslos gewaltsamen durchsetzung dieses prozessen überhaupt durchgehalten werden kann.

ihr schreibt: *"auch wenn es nicht unser interesse ist: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden."* daran stimmt, daß wir es uns nicht aussuchen können, was wir im übrigen noch nie konnten. *"es herrscht immer krieg in den städten"* ist eine so unleugbar aktuelle und wahre zustandsbeschreibung geworden, daß sie überhaupt alles phrasen- oder parolenhafte verloren hat. daß es eventuell eine reale möglichkeit gibt, einen großen schritt auf die freilassung der gefangenen zu zu tun, macht es notwendig, diesen schritt auch zu wagen, so möchte ich gerne auch eure erklärung verstehen. aber wer sollte denn hier bitte warum auf die angesichts der massiven zuspitzung gesellschaftlicher widersprüche völlig absurde idee kommen, uns, die wir dieses ganze unbeschreibbar beschissene system weghaben wollen, in dieser identität leben zu lassen?

ihr schreibt: *"von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe für unsere forderungen notwendig sein."* da habt ihr recht, und dabei sollen wir es auch belassen.

ihr schreibt: *"jetzt ist die staatliche seite gefragt, wie sie sich verhält."* diese erwartung hat eine gewisse berechtigung. ihr habt aus einer spezifischen situation der stärke heraus ein konkretes angebot zur rücknahme der eskalation von eurer seite gemacht, dafür soll vom klassenfeind ein konkreter preis gezahlt werden, der für uns eine entscheidende voraussetzung ist weiterzukommen, nämlich die freilassung der gefangenen. damit (gesetzt den fall, daß es überhaupt klappt) ist dieser trumpf dann aber auch ausgespielt. ihr täuscht euch aber vollkommen, wenn ihr denkt, daß das etwas anderes als eine macht- und funktionale frage für den apparat ist. es gibt nicht nur überhaupt keinen anhaltspunkt dafür, daß die eliten hier im großen auf irgend eine form von legitimation angewiesen sind, die sich über werte wie politische moral, souveränität oder offenheit gegenüber denen, die dieses system nicht wollen, definiert. im gegenteil, es ist längst fakt, daß die spaltung der opfer dieses ganzen prozesses zur herausbildung eigenständiger gesellschaftlicher widersprüche eskaliert ist, die unter anderem ein offen rassistisches *"ausmerz-verhältnis"* erheblichen ausmaßes begründen. welches interesse sollten staat und wirtschaft denn haben, sich in *"die verantwortung für arbeitslosigkeit, wohnungsnot, altersarmut usw."* hineinzudrängeln? angesichts des prozesses, daß die metropolen weite teile des trikonts aufgrund der kolonisierungsprozesse in osteuropa nicht einmal mehr mit der gnade ihrer ausbeutung beschenken, und den krieg gegen die, die nicht restlos marginalisiert werden sollen, gnadenlos verschärfen werden, liegt der geschürte rassismus in der zuspitzung hier halt auch verdammt nah bei den unmittelbaren objektiven interessen der menschen in den metropolen. sie – also wir – haben (abstrakt gedacht) allen grund, uns zumindest rein materiell vor dem zu fürchten, was kommt, wenn der trikont den *"durchbruch für befreiung"* schafft.

ihr schreibt: *"... daß die kämpfe um befreiung nur aus dem selbstbewußtsein der eigenen, speziellen geschichte der völker, den authentischen bedingungen und zielen entwickelt werden können."* das ist eine wichtige einsicht in rückblick auf die realsozialistische praxis des internationalismus, es ist auch eine berechtigte kritik an weitverbreiteten formen etwa der mittelamerika-solidarität hier in den achtzigern. sie verkennt aber die spezifischen bedingungen des internationalistisch vermittelten kampfes um befreiung in den metropolen (und aus dieser dynamik raus habe ich die raf und das, was es heißt, mit ihr an verschiedenen gesellschaftlichen orten in einem widerstandsgefüge zu stehen, immer begriffen). wir haben darin eine konkrete verantwortung und die *"eigene spezielle geschichte"* unseres volkes ist nur verdammt vermittelt auf befreiung angelegt. authentizität ist da ein verlockendes, aber gefährliches kriterium. unser kampf um unsere konkreten bedingungen hier, also auch um die sinnliche erfahrbarkeit von vorgriffen auf das, was unsere perspektive ist, lebt nur aus diesem widerspruch heraus.

euch ist oft genug der vorwurf gemacht worden, daß die spezifische form eures kampfes diesen widerspruch nur nach der einen seite hin aufgelöst hat, nämlich zu der hin, die die analyse im großen über die sinnliche erfahrbarkeit setzt. nicht zuletzt die gefangenen standen und stehen mit dem, was sie unter den denkbar widrigsten bedingungen, angesichts von zwanzig jahren folter und vernichtungshaft kollektiv erarbeitet und bewahrt haben, dagegen. die müssen raus, und zwar alle und sofort, aber nicht um jeden preis – sonst wären sie schon längst draußen.

ihr schreibt: *"und weil es heute niemand weiß, wollen wir den prozeß von diskussion und aufbau schützen."* richtig, alles andere wäre wahnsinn. (offen laßt ihr allerdings, ob und wie ihr dann in diesen prozeß von diskussion und aufbau einbezogen werden könnt.) manches deutet darauf hin, daß ihr gar nicht ahnt, wie notwendig dieser schutz sein wird. ihr solltet euch aber auch darüber klar sein, welche eigendynamik das entwickeln kann. das bedeutet eine strategische funktionalisierung des bewaffneten kampfes außerhalb seiner eigentlichen dynamik und dialektik, mit der ihr zuallererst *"anziehungskraft ... für die menschen hier entwickelt, die gemeinsames handeln möglich macht"*. und das heißt dann sehr schnell unumkehrbarkeit einer entwicklung, von der meines erachtens noch lange nicht ausgemacht ist, ob sie so eintreten kann, soll und darf – nämlich das ende des bewaffneten kampfes hier.

ihr lieben, wir geraten in eine von keiner und keinem von uns (egal auf welcher ebene) mehr gestaltbare lage, wenn von euch nicht konkretisierungen erfolgen über das, was ihr euch vorstellt, und vor

(Aus: Südwind Nr. 19., Juni/Juli 1992)

Liebe GenossInnen,

eure Erklärungen (RAF vom 10.04. und Gefangene vom 15.04.) lassen zahlreiche Interpretationen zu. Unabhängig davon, ob die Unklarheiten und das schwammige Herumlarvieren den Versuch darstellen, eine vermeintlich breite Diskussion zu initiieren oder aber ihr es tatsächlich selbst nicht klar habt, ist es für eine *Neu*bestimmung *revolutionärer* Politik notwendig, genau diese Ungenauigkeiten zu überwinden. Und an den Punkten, wo ihr nicht vage seid, stimmt eure Analyse gerade nicht.

Das Verhältnis von neuer (weltweiter) politischer Entwicklung seit 1989, neuen strategischen Erkenntnissen und Reaktion auf die Kinkel-Initiative wird nirgends bestimmt (so schon die richtige Kritik in dem Grief an die *"Liebe GenossInnen aus der RAF!"* in der interim 190, 11). Mit dieser Unbestimmtheit macht ihr tatsächlich einen *"politischen Raum auf" – für alle möglichen Spekulationen* über eine Versöhnung von Staat und Guerilla. Und bei eurer Selbstkritik werden zwar einige alte Positionen verändert, aber ihr begründet diese Positionsveränderungen kaum und analysiert die Umstände, die zu den entsprechenden Fehlern geführt haben nicht weiter. Ohne eine solche Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse und eine Selbstkritik, die immer wieder versucht, eine kritische Distanz zu der eigenen wechselnden politischen Konjunktur zu bekommen, ist eine Neubestimmung nicht möglich. Im folgenden daher einige Punkte, die wir wichtig finden.

Vom Tod des Politischen zur politischen Lösung

Seit der Erklärung zur Aktion des Schwarzen September von Ende 1972 betrachtet die RAF die BRD als faschistisch. Diese Position wurde auch seit 1989 nicht revidiert.

Jetzt erachtet ihr – in Anbetracht der *"Kinkel-Initiative"* – auf einmal für möglich, daß der Staat *"Raum für politische Lösungen zuläßt"*. Zum ersten Mal sei *"von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen."*

Früher habt ihr keine Fraktionen wahrgenommen, und jetzt kein Wort mehr von euch zu dem mit der Konkel-Initiative verbundenen Staats-Kalkül...

Das ist eine bloße Umkehrung, in der sich nicht begreifen läßt, wie die Mechanismen des Rachtsstaats-Konzepts – das immer ein Konzept von *Integration und Repression* ist – in einer spezifischen Situation funktionieren. So führt denn die unkritische Haltung zur eigenen *bisherigen* Staatsanalyse und deren schlichte *Ersetzung* durch eine neue dazu, daß sich eure Distanz zur Kinkel-Initiative auf die Frage zu beschränken *scheint*(?), *"wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist"*.

"imperialistischer machtwahn" oder nicht – das ist hier die Frage

1991 habt ihr die Politik des Staates gegenüber den Gefangenen als von *"imperialistischem Machtwahn"* geprägt charakterisiert (*"Gegen die Staatsschutzlügen von der 'Zellensteuerung"*, interim 155). Und jetzt behauptet ihr auf einmal, mit einer etwaigen Freilassung von Bernd und Günter würde es *"wieder ein rationales moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat"* geben. Wann gab es denn bisher *welches* "rationale Moment?" *"wir spinnen nicht an dem, was real möglich ist, vorbei, wenn wir sagen: wir wollen eine perspektive der freiheit für alle von uns in einem abshbaren nächsten zeitraum."*

Fragt sich nur, wie der Imperialismus so schnell von seinem Wahnsinn genesen konnte. Oder war vielleicht schon die bisherige Politik kein Wahnsinn, sondern den imperialistischen Interessen sehr zweckdienlich? Und ist es vielleicht sogar möglich, daß dieser Zweck der damaligen *und heutigen* imperialistischen Politik gerade heute – mit der Aussetzung des bewaffneten Kampfes – erreicht wird? (Diese Frage zu bejahen heißt *nicht zwangsläufig*, die Entscheidung der RAf für falsch zu halten. Punktuell kann das Interesse von Revolution und Konterrevolution zusammenkommen. Die entscheidende Frage ist dann allerdings, *wie* mit dieser Situation umgegangen wird.)

Und noch eine Frage stellt sich in diesem Zusammenhang: Was heißt eigentlich *"rationales moment"* und *"politische Lösung"*? Wenn ihr meint, der Staat könne *"widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen"*, heißt das dann, daß ihr *diesem* Staat zutraut, die gesellschaftlichen Widersprüche *politisch* "in den Griff (zu) kriegen"? Und was heißt dann *"in den griff kriegen"*? Heißt das 'unter Kontrolle halten', 'beherrschen' u.ä. – oder heißt das: 'Widersprüche lösen'?

Was bleibt: Der strategische Voluntarismus!

Bei eurer Staatsanalyse seht ihr eine Entwicklung von nur *militärisch* zu *politisch*, von *wahnsinnig* zu *rational* ...?! Auf der Ebene der Beschreibung der **gesellschaftlichen** Verhältnisse bleibt alles beim Alten: Das System ist *"zerstörung und verzweiflung"*, *"kälte und ohnmacht"*; *"immer mehr"* wird alles immer schlimmer: Es "werden ... immer mehr *werden, die ausgegrenzt und ohne perspektive alleine bleiben,* immer mehr, *die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden* usw." Begriffslos wird die globale Katastrophe beschworen und hinsichtlich der Entwicklung in der Ex-DDR wird die Frage aufgeworfen, ob *"die menschen"* (sic!) *"weiterhin im schnellverfahren zu willenlosen objekten in das kapitalistische system gepreßt werden sollen oder ob sie raum erobern können, die entwicklung selbst zu bestimmen."* Als ob es nicht "die Menschen" in der DDR waren, die keinen Post-Stalinismus und auch keinen "demokratischen Sozialismus", sondern "soziale Marktwirtschaft" wollten. (Natürlich gab es auch "Menschen", die anderes wollten – und eben deshalb verbietet sich die Rede von "den Menschen"!). Schon 1972 meinte die RAF, daß "die herrschaft des systems ... *seinen Siegeszug* ... *über* ... den ganzen menschen *angetreten*" habe. Aber genau dieser *"ganze Mensch"* – der subjektive Bruch macht's möglich – soll auch das *"revolutionäre Subjekt"* sein: *"jeder ... der sich aus diesen zwängen befreit und seine teilnahme an den verbrechen (sic!) des systems verweigert"*.

Und heute nicht anders richtet ihr eure Erklärung "an alle, *die auf der suche nach wegen sind, wie* menschenwürdiges *leben hier und weltweit an ganz konkreten fragen organisiert und durchgesetzt werden kann"* – und die Gefangenen beklagen in ihrer Erklärung die *"weltweiten und inn*ergesellschaftlichen ungerechten ... *verhältnisse"*.

Zu dem unreflektierten Appell an *"die Menschen"* paßt die These der Gefangenen, sie hätten das staatliche Programm gegen sich *"in seinen zielen zum scheitern gebracht"*. Ganz so, als ob die Kinkel-Initiative nicht zumindest *auch* Ausdruck der momentanen Stärke des BRD-Imperialismus und der Schwäche der Guerilla (ihr schreibt andererseits selbst, daß ihr politisch nicht stärker sondern schwächer geworden seid) ist und als ob nicht mit der jetzigen *"rücknahme der eskalation"* ein ganz wesentliches Ziel der staatlichen Politik gegenüber den Gefangenen erreicht ist (weshalb, wie schon gesagt, eure Entscheidung aber nicht falsch sein *muß*).

Hin zu autonomer Freiraum-Politik?!

Ihr wollt versuchen, *"eine politik herauszufinden, die tatsächliche veränderung für das leben der menschen* heute

---

allem, wie die kommunikation, wie die auseinandersetzung mit euch daran aussehen kann, und laßt nicht zu (und das richtet sich auch an alle, die das hier hoffentlich lesen), daß wir an dieser frage in die alte scheiße von verweigerung von kommunikation und phrasenartige prinzipienreiterei zurückfallen bzw. nochmal geraten – wir verlieren sonst auf der ganzen linie.

liebe und kraft unserem kampf!

liebe und kraft den gefangenen!

ein genosse

durchsetzen kann und die langfristig *den herrschenden die bestimmung über die lebensqualität entreißt*". Zusammen mit der Erwähnung des Kampfes der "*leute in der hafenstraße " und* der positiven Bezugnahme auf das Konzept der "*gegenmacht von unten*" sieht es so aus, als ob ihr euch an autonomer Freiraum-Politik orientieren wollt. Gerade jetzt, wo selbige immer zweifelhafter wird, der Befriedungscharakter immer deutlicher wird.

Damit ist nicht gegen den Kampf um Tagesinteressen geredet, dies kann aber nicht im Sinne einer gleichermaßen schematischen wie unanalytischen Trennung zwischen "kurz-" und "langfristigen Forderungen" geschehen (genauso wenig, wie es dadurch geschehen kann, daß Forderungen, die systemimmanent **nicht** zu realisieren sind, als Reformforderungen ausgegeben werden – in der Hoffnung, damit den Widerstand gegen revolutionäre Veränderungen zu unterlaufen). An die Stelle einer *zeitlichen* Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Forderungen muß vielmehr eine *qualitative* Unterscheidung zwischen Reformforderungen und **Revolution** treten. Dabei ist die Propagierung der Revolution keine Aufgabe für ferne Zeiten. Vielmehr muß der Zusammenhang zwischen Reformforderungen und RevolutionärInnen und deren revolutionären Absichten auch **aktuell** dargestellt werden.

Reformforderungen müssen *auch im Kampf um ihre Durchsetzung* in ihrer Begrenztheit erkannt und benannt werden. Nur so kann der Kampf um die Reform den revolutionären Prozeß nicht behindern, sondern gerade begünstigen.

Die Sprache der Versöhnung und ...

"*in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat*" schreibt ihr, "*geht es um einen gründlichen schritt für alle beteiligten.*" – "für alle beteiligten", von gleich zu gleich, von RevolutionärInnen und Staat – oder wie?

Und in Bezug auf "*freiheit für uns alle*" schreibt ihr: "auch in unserer vorstellung *geht es nicht sofort und nicht auf einmal.*" Also nicht nur für den *Staat*, sondern auch für die *Gefangenen selbst*.

"*geht es nicht auf einmal*"?! Ist es böswillig die Frage aufzuwerfen, ob das heißt, daß sich ein Teil der Gefangenen für eine Bewährungszeit der Guerilla selbst als Geiseln zur Verfügung stellt?!

Hat Gerd Rosenkranz nicht recht, wenn er die ähnlichen Gedanken der Raf so kommentiert: "*Letztlich geht es darum, die Auseinandersetzung über Ausbeutung der 'Dritten Welt' und Imperialismus [wenn's für's Ende des bewaffneten Kampfes gut, darf sogar in der taz nicht mal "Imperialismus" geschrieben werden]* in dieser Form *zu beenden – um sie mit den Mitteln der zivilen Gesellschaft neu zu organisieren.*"

Ist es politische Orientierungslosigkeit, das tatsächliche Versöhnungsbedürfnis oder die Taktik, der Kinkel-Fraktion durch Zurückhaltung hinsichtlich der fortbestehenden revolutionären Absichten die Durchsetzung zu erleichtern (die Gefangenen bestreiten es: "*mit 'taktieren' hat das nichts zu tun.*")?

... die leeren Drohungen

Am Ende schreibt ihr: Die "*phase des zurücknehmens der eskalation*" sei vorbei, wenn die Herrschenden den "*prozeß von diskussion und aufbau*" mit ihrer "*walze aus repression und vernichtung plattmachen*" "*wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre eliten auch nicht leben können.*"

Heißt das, wenn sich der BRD-Staat in Zukunft an die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit etc. hält, dann können "ihre Eliten" Eliten bleiben und weiter leben – oder wie?! Militanz ausschließlich als Mittel zur *Verteidigung* der demokratischen Legalität?! Nicht aber – bei Wiedererstarken der revolutionären Bewegung – auch als Mittel der revolutionären Offensive?! Und welcher Druck geht von dieser Passage aus, wenn richtig ist, was ihr selber schreibt: "*wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den jahren vor 89 politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind.*" (Und was ist mit der Politik *nach* 89? Hat die gestärkt, oder geschwächt? Wenn ersteres, warum dann die jetzige Entscheidung?! Und was unterscheidet die Politik von vor 89 außer dem *Nachdenken*, "*daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher*"?

Auch hier zeigt sich also wieder: Ohne Kritik der alten Politik keine tatsächliche *Neu*bestimmung revolutionärer Politik!

Zur Reaktion des Staates

Um den 'zivilgeschichtlichen' Erfolg ihres langjährigen anti'terroristischen' Kampfes auch angemessen einfahren zu können, inszeniert die taz das Schauspiel "Bonner-Beton" (taz, 15.04., S.1) gegen Kinkel-Initiative; wobei allerdings inzwischen der Bundeskanzler höchstpersönlich zur zivilgeschichtlichen Fraktion gehört ("*Kohl will Kreislauf der Gewalt beenden*" taz, 16.04.). Sicherlich gab und wird es immer wieder unterschiedliche Positionen innerhalb der Herrschenden geben, wie sie ihre Herrschaft am besten aufrechterhalten können; für die jetzige Phase scheinen sie sich aber – bei aller unterschiedlichen Rhetorik – auf **eine** Position verständigt zu haben: Denn Waigel und SPD-PolitikerInnen lehnen nur ab, was Kinkel ohnehin nie (öffentlich) vorgeschlagen hat – nämlich ein "*Friedensabkommen*" mit der RAF bzw. "*Geschäfte mit den TerroristInnen*" (s. taz, 15.4.; FR, 15.4.). Dagegen erhebt sich gegen die *konkreten* Vorschläge von Kinkel kein Widerspruch: "*Das heißt, daß alles, was als Reaktion des Staates denkbar ist, sich im Rahmen der Gesetze bewegen muß. Theoretisch denkbar sind bedingte Entlassung, Gnade, Änderung der Haftbedingungen und so weiter. Undenkbar ist, politische Entscheidungen zu fällen, die mit unserem Rechtsstaat und mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen sind.*" (Kinkel, taz 18.4.). Und zur Frage der taz, ob es notwendig sei "*ein wie auch immer geartetes 'Abschwören' zu verlangen*": "*Wie ich gesagt habe, die gesetzlichen Voraussetzungen müssen erfüllt werden.*" (ebd.) Die FAZ, die Kinkels Äußerungen als "*unglücklich*" bezeichnet, vertritt inhaltlich keine andere Position. "*Mit den Verurteilten von der RAF muß es so gehen, wie von der Rechtsordnung vorgesehen: Strafaussetzung bei günstiger Sozialprognose. Das klingt nüchtern, aber anders geht es nicht, soll nicht die Ordnung der Werte vollends durcheinandergebracht werden.*" (FAZ, 15.4.)

Das Neue an der staatlichen Haltung ist vielleicht, daß der Staat nach den beiden Erklärungen kein individuelles Abschwören mehr verlangt, sondern aus den Erklärungen eine "*günstige Sozialprognose*" (keine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes) ableitet (Das BAW-Gutachten zu Bernd Rössner, über das die taz vom 24.4. berichtet, stammt aus der Zeit von vor den beiden Erklärungen). Ob dies der Inhalt der gemeinsamen Position beider "*Fraktionen*" ist, wissen wir natürlich auch nicht; aber nicht *auch* dies für möglich zu halten, wäre ein politischer Fehler.

Recht habt ihr hier mit eurer Position: "*Von alleine werden sie an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe für unsere Forderungen notwendig sein.*"

Und wie weiter?

"*Die Menschen*" als revolutionäres Subjekt? Das fällt weit zurück hinter alle Diskussionen um Patriarchat und Rassismus.

Statt 'Mensch gegen Maschine' und 'Mensch oder Schwein' kommt es darauf an, die konkreten gesellschaftlichen Widersprüche zu analysieren und so auch konkrete Bündnismöglichkeiten zu erkennen. Auf strategischer Ebene bedeutet dies, statt vom Nur-Militärischen zum Nur-Politischen zu schwanken, in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation den Zusammenhang von Politischem und Militärischem zu bestimmen.

VERS
Von einer revolutionären Strömung

(Auf gar keinen Fall geht es uns darum, "konkret" zu zitieren. Die Standpunkte und Inhalte, die von "konkret" vertreten werden, die Rolle, die "konkret" in der Medienlandschaft und für fortschrittliche Politik spielt, lehnen wir als counter ab.

Worum es uns hier geht, das ist die Verbreitung der Gedanken, Einschätzungen und Standpunkte von Karl-Heinz, Knut und Lutz. Das soll aber auch nicht eine Kritik daran ausschließen. Eine Diskussion über die neueste (hoffentlich nicht die letzte) Erklärung der RAF ist uns ein Anliegen. Wir denken auch, daß dieses Interview – von seiten der Gefangenen – eine wichtige Ergänzung zu den anderen Texten in diesem Zusammenhang ist.

Außerdem finden wir, daß Karl-Heinz, Knut und Lutz den Blödheiten der konkret-Fragen Antworten entgegensetzen, die absolut entlarvend sind, und die Sache wieder ins richtige Licht rükken. Wir denken, sie haben sich dieses Interview sehr genau überlegt.

Dies alles zusammengenommen kamen wir also zu der Entscheidung, das Interview doch abzudrucken. Die ProduzentInnen)

(Aus: konkret 6/92)

"Es fehlt der neue Gedanke"

(Das Gespräch in der Justizvollzugsanstalt Celle mußte ohne mündliche Vorbereitung geführt werden, der auf druckbare Länge gekürzte und redigierte Text mußte über das Anwaltsbüro zu den Gefangenen in den Knast, deren (umfangreiche) Änderungswünsche aus dem Knast über das Anwaltsbüro in die Redaktion gebracht werden. Mündliche Rückfragen waren nicht möglich, und so kam es, daß das Anwaltsbüro erst nach Redaktionsschluß für den Innenteil des Heftes noch zwei kleinere Wünsche übermitteln konnte. – Diese sind in der *"Info-Verteiler"*-Version berücksichtigt.)

Konkret-Gespräch mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle über die jüngste Erklärung der RAF. Dellwo und Taufer sind seit April 1975 in Haft, verurteilt zu jeweils zwei Mal lebenslänglich wegen Mord und Geiselnahme (Angriff auf die BRD-Botschaft in Stockholm). Folkerts ist seit September 1977 in Haft, verurteilt zu lebenslänglich (Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback). An diesem ersten Gespräch mit Journalisten, das die Gefangenen führen konnten, nahmen teil: Thomas Ebermann, Rosita Timm, Hermann L. Gremliza und die Fotografin Marily Stroux

Gremliza: *"Wenn es richtig ist, daß der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist, d.h. daß er letzten Endes besiegt werden kann; und wenn die These der chinesischen Kommunisten richtig ist, daß der Sieg über den amerikanischen Imperialismus dadurch möglich geworden ist, daß an allen Ecken und Enden der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird, so daß dadurch die Kräfte des Imperialismus zersplittert werden und durch ihre Zersplitterung schlagbar werden – wenn das richtig ist, dann gibt es keinen Grund, irgendein Land und irgendeine Region aus dem antiimperialistischen Kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die Kräfte der Revolution dort besonders schwach, weil die Kräfte der Reaktion dort besonders stark sind. Wie es falsch ist, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, indem man sie unterschätzt, ist es falsch, ihnen Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputtgemacht werden können."*

Das war ein Zitat aus dem RAF-Papier *"Das Konzept Stadtguerilla"* vom April 1971. Das letzte Papier der RAF, über das wir hier reden wollen, zieht genau 21 Jahre später das Resümee aus diesem Gründungsdokument: Weil der Imperialismus sich nicht als Papiertiger erwiesen hat, sondern als unschlagbar, wird vorgeschlagen, keine weiteren Kräfte mehr in einem aussichtslosen Kampf zu verheizen. Ist es so gemeint?

Taufer: Die Welt der 70er Jahre ist eine andere Welt als die der 90er Jahre. Damals lebten, dachten und kämpften wir als Teilnehmer eines weltweiten Aufstands gegen das US-imperialistische Weltsystem. Die Welt war zweigeteilt, die Sowjetunion zwang dem Imperialismus ein globales Kräfteverhältnis auf, das seinen Bewegungsspielraum gegenüber den Völkern und Befreiungsbewegungen des Trikont beschnitt. In Lateinamerika etwa gab es in jedem Land mindestens eine bewaffnet kämpfende Befreiungsorganisation, erfolgreiche, siegreiche Befreiungsbewegungen gab es in Afrika, Nahost, Asien. Es gab vor allem in Vietnam ein kleines Bauernvolk, das in Pyjamas und auf Gummireifensandalen die mächtigste Militärmaschine der Welt in eine aussichtslose Lage trieb. Nicht zuletzt waren da die Revolten in den Metropolen selbst. Wie wir heute wissen, haben die Bewegungen gegen den Vietnamkrieg, vor allem die in den USA, erheblich dazu beigetragen, daß Nixon und Kissinger den Krieg bereits 1969 für verloren hielten.

Wenn bundesdeutsche Politiker damals immer wieder auf eine sich ausbreitende *"Staatsverdrossenheit"* hinwiesen, wenn Mitte der 70er Jahre eine zentrale Untersuchung der Trilateralen Kommission *"crisis of democracy"* hieß, nachdem in den Metropolen der frische Wind der Basisdemokratie wehte, wenn schließlich der damalige Bundeskanzler Willy Brandt immer wieder davon sprach, in Vietnam werde die Freiheit Westberlins verteidigt, kennzeichnet das das allgemein vorherrschende Bewußtsein einer globalen Entscheidungssituation.

Unsere Einschätzung damals war, daß sich der Imperialismus *"in der strategischen Defensive"* befindet. Es waren weltweit und zeitgleich Kräfte gegen das US-dominierte imperialistische Weltsystem heraufgewachsen, und vor dem Hintergrund von Auschwitz und Vietnam war es politisch und moralisch denkbar, auch mit dem Versuch des bewaffneten Kampfs in den Zentren des Imperialismus, diesem Aufstand mit allen Kräften beizutreten. Die schillernde Haltung, die Politik, Wirtschaft, Justiz, Militär zur faschistischen Vergangenheit, und die eindeutige Position, die sie für den Genozid in Vietnam einnahmen, ließ darüber hinaus die Frage offen, ob der Faschismus in Deutschland wieder hervorkriechen könnte. Der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik war gewissermaßen auch der Versuch einer nachholenden Résistance.

Die Einschätzung eines absehbaren Zusammenbruchs des US-imperialistischen Systems hat sich als falsch herausgestellt. Heute leben wir in einer völlig veränderten Welt. War das Bestreben in den 60er und 70er Jahren, durch die Schaffung von *"zwei, drei, vielen Vietnams"* dem westlichen System sukzessive Ausbeutungs- und Bereicherungsquellen wegzunehmen, und gab es mit diesem Rückenwind die Forderung der Blockfreien nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, sieht es heute umgekehrt aus: Der Imperialismus ist es, der ganze Völker wie ausgequetschte Zitronen wegschmeißt. Ihre billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte werden nicht mehr gebraucht, somit haben sie ihre Existenzberechtigung verloren.

Die Welt besteht nicht mehr aus den Polen Dritte Welt – Metropolen. Es sind zwei Welten – die Welt des Besitzes und die Welt der Besitzlosen. Es gibt diese beiden Welten in der Bundesrepublik, in den USA, in Brasilien, Chile, Ägypten, Indien, Nigeria. Es gibt sie überall. Der Anspruch auf eine neue Weltordnung und der diffuse Aufstand liegen in den USA heute nur ein paar Häuserblocks auseinander. Nachdem die Marines in Grenada und Panama gelandet sind, landen sie in Los Angeles. Die Marginalisierten, also die gewaltige Mehrheit der Menschen, sehen sich im Zustand des Robinson Crusoe. Schiffbrüchige des Imperialismus und des Weltmarkts, sind sie vollkommen auf sich zurückgeworfen, gezwungen, sich bei der Organisation ihres Lebens und ihrer sozialen Welt auf das zu verlassen, was sie an sich und um sich herum entdecken.

Die kommende Ära wird die Ära der sozialen Bewegungen sein, der ökonomischen und sozialen Erfindungen. Vorausgesetzt, es gelingt, den dazu nötigen Raum aufzumachen und konkreter Utopie endlich einmal einen diesseitigen Sinn zu geben. Denn die Alternative wäre eine sich ausbreitende diffuse Gewalt und Destruktivität von jenen und gegen jene, die um ihr Überleben kämpfen. Und was dann eine RAF zur Gewaltfrage sagen würde, wäre dieser Eskalation gegenüber völlig gleichgültig.

Von dieser veränderten Weltlage spricht die Erklärung der RAF. Es ist keine Kapi-

tulation, es ist die konsequente Neuorientierung auf eine Situation, zu der die bewaffnete Aktion quer liegt.

Gremliza: Habt ihr dieser Erklärung etwas hinzuzufügen oder etwas an ihr zu kritisieren?

Dellwo: Ich finde die Erklärung richtig. Ihr Kern ist, daß wir einerseits an bestimmte Grenzen gekommen sind und daß wir andererseits nicht aufgeben sollten. Ich würde nicht kritisieren, was andere von sich aus erst mal herausfinden und wie sie's ausdrücken.

Die RAF ist an eine Grenze gekommen, und alle haben das Gefühl, über zwanzig Jahre etwas gemacht zu haben, aber im Moment auf einer Stelle zu treten. Die RAF in ihrer Entstehungszeit, das Konzept Stadtguerilla, das war: die Machtfrage stellen. Auch unsere Ohnmacht aufbrechen, in der wir uns im Konkreten gegen die Politik der Herrschenden immer wiedergefunden haben. Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst – politisches Subjekt, das zum Angriff kommt. Der Staat und die Politik der herrschenden Klasse, die Systemfrage – das war tabu, und die unten müssen unterlegen sein. Auch das mußte angegriffen werden. Den Menschen klein halten, das ist die Logik der Macht. Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet.

Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. So fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft. Ich weiß, daß er etwas mit der Eigengeltung von Mensch und Natur zu tun hat, die wir uns zurückerobern müssen. Aber unsere erste Schranke ist heute die Entfremdung in der Gesellschaft.

Sicher hatten wir auch das im Kopf: Enteignung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel, das ist ein Ziel, daraus läßt sich was machen. Aber es blieb vage. Mehr ging es darum: Du konntest hier nicht leben, nicht in dieser vom Kapital dominierten Gegenwart – du wolltest auch nicht bei den weltweiten Verbrechen zusehen – und nicht mit dieser Vergangenheit. Deine Zurichtung für dieses System war schon bestimmt, bevor du überhaupt erst für ein eigenes Leben erwacht bist. Dagegen mußtest du dich erst einmal aufrichten und behaupten.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist ja nicht unsere Orientierung zerfallen. Dessen Gesellschaftsstruktur war ja nicht unser Ziel. Aber er war das vorhandene Gegensystem zum Kapitalismus. Und eine andere Vorstellung – auf das System als Ganzes bezogen – ist noch nicht neu geboren. Wir haben ja immer gesagt: Wir haben keine Geschichte, wir fangen am Punkt Null an. Heute denke ich, das war vielleicht noch totaler, als wir es schon begriffen hatten. Eine Zentralperspektive haben wir derzeit nicht. Vielleicht wird es auch nie wieder eine geben, das muß nicht unbedingt ein Mangel sein. Die alte ist den Menschen äußerlich geblieben. Sie hat ihnen nicht geholfen, den Blick auf die Welt und auf's Leben neu zu öffnen. Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das Konkrete ist identisch mit dem Alltäglichen in der Gesellschaft. In dieses Alltägliche müssen wir das Moment der Transformation bringen. Nur so können wir einen neuen Blick auf das System als Ganzes entwickeln. Ich will, daß im Alltäglichen ein Bruch mit dem System läuft. Danach müssen wir suchen.

Gremliza: Wenn ich die Situation von 1970/71 mit der von heute vergleiche, dann erkenne ich *eine einzige bedeutende* Veränderung: daß es die Staaten des realen Sozialismus nicht mehr gibt und damit auch die meisten der Bewegungen nicht mehr, die von dort eine Art Rückendeckung bezogen haben.

Taufer: Eine positive oder eine negative Veränderung – das ist hier die Frage, denn die Rückendeckung, die es da gegeben hat, war ja eine recht zwiespältige Angelegenheit, bereits im Vietnamkrieg. Sie hat eine gewisse zentralperspektivische Mentalität aufrechterhalten, und wir erfahren heute in Diskussionen etwa mit den Tupamaros, daß dieser Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten auch einen befreienden Effekt auf die Linke, auf die politischen Bewegungen hatte. Sie sind auf sich selbst zurückgeworfen und überlegen, wie sie aus den ganz konkreten eigenen Bedingungen und der eigenen Geschichte eine sozial emanzipative Perspektive entwickeln können. Und das muß die Linke hier auch tun.

Gremliza: Was ich an der Linken beobachte, und vor allem an den Teilen, die stets schärfste Kritik am Realsozialismus geübt haben, ist keineswegs befreites Aufatmen und Suche nach neuen emanzipatorischen Perspektiven, sondern endgültiger Abschied von jedem Widerstand und Anschluß ans siegreiche Vaterland.

Taufer: Was die Liebe zum Vaterland angeht, die von vielen entdeckt wird – das hat u.a. seinen Ursprung auch darin, daß der Geist der grundsätzlichen Opposition gegen den Kapitalismus von 68 über die Legende von der endgültigen Demokratie liquidiert wurde, die 68 bewirkt haben soll. Ich denke, daß die Diskussion, die die RAF jetzt angestoßen hat, auch die Chance bietet, die letzten 25 Jahre noch einmal neu zu bewerten.

Ebermann: Mein Gefühl bei der Lektüre der RAF-Erklärung ist gewesen: die Konsequenz ist gut und die Begründung ist teilweise sehr schlecht. Es scheint mir, es ist nicht genug Eingeständnis der Tiefe der Niederlage.

Dellwo: Und wenn wir das Gefühl einer Niederlage nicht haben?

Ebermann: Dann ist es eine politische Differenz, in der man, wenn man kein Zyniker ist, hofft, mehr Unrecht zu haben als der, der die Lage schwärzer sieht.

Folkerts: Sieg und Niederlage sind wirklich relative Begriffe. Wir haben Niederlagen verkraften müssen und Verluste erlitten, drinnen und draußen mußten wir extreme Härten überstehen, aber auch jetzt, wo wir in einer schwierigen Übergangssituation stehen, würden wir nie sagen, daß wir unterlegen sind. Wir haben in all diesen Jahren einiges akkumuliert, was wir gerne vergesellschaften, mit anderen Erfahrungen zusammenbringen wollen. Dazu wollen wir die Kommunikation mit vielen, mit der Linken und was davon übriggeblieben ist, und mit Kräften, die aus den Widersprüchen neu entstehen. Wir haben in dieser langen Konfrontation Erfahrungen gewonnen, Stärken erfahren, auch wenn wir keine großen Siege vorweisen können – sie sind vielleicht unscheinbar und nicht spektakulär, aber ich bin mir sicher, wir haben uns etwas erkämpft.

Dellwo: Auch ich habe nicht das Gefühl, daß wir eine Niederlage erlitten haben. Wir sind jetzt 17 Jahre drin, der Knut ist 15 Jahre drin, wir haben hier die ganze Zeit erfahren, wie sie dich niedermachen wollten. Aber das ist nicht gelungen, sondern im Gegenteil: Du hast das Gefühl, du bist da durchgekommen. Wir sind, auf die RAF bezogen, an eine bestimmte Grenze gekommen, aber ich frage mich doch: Haben wir irgendetwas erreicht, oder haben wir gar nichts erreicht? Haben wir – was wir ja wollten – etwas historisch Neues gesetzt? Was ist mit den Erfahrungen, die es nicht gab, bevor wir sie gemacht haben?

Taufer: Es ist jetzt ein bißchen *en mode* bei der Linken, von allen möglichen Niederlagen zu reden. Was ich persönlich aus dem Knast heraus nie kapiert habe. Wenn es irgendwo in Westeuropa eine starke Linke gegeben hat seit 1966, angefangen mit dem ersten *Sit in* an der FU bis hin zu den letzten RAF-Aktionen, dann in der Bundesrepublik. Wo sonst hat es in Westeuropa eine Linke gegeben, die dermaßen regenerationsfähig war?

Ich bin unbedingt für eine tiefinnere Suche nach den Fehlern und Schwächen der letzten 25 Jahre, aber unser Erkenntnisinteresse wird dabei doch ganz entscheidend davon abhängen, ob wir mit einem grundsätzlichen historischen Pessimismus oder mit Zuversicht an die Arbeit gehen. Die Linke ist in der BRD und weltweit an eine bestimmte Grenze gestoßen, ist in eine tiefe Krise gestürzt, und ich behaupte, das ist eine einmalige Chance, aus der Vergangenheit all das zu lernen, was wir bisher glaubten, nicht lernen zu müssen.

Es sind viele wichtige Erfahrungen gemacht worden, auch von uns. Wir waren hier in einer totalitären Situation, wir waren 10 Jahre lang in diesem Hochsicherheitstrakt, das war so ein Drittes Reich im Kleinen, und sie haben uns nicht geschafft, obwohl sie jede Lebensäußerung überwacht haben mit Videokameras, Mikrofonen, Gehirnwäsche und allem drum und dran. Wir haben hier Erfahrungen gesammelt, die man in unseren Breitengraden tatsächlich nur in diesem Hochsicherheitstrakt sammeln konnte. Da haben wir auch über uns und über die Linke, auch über die Frage, was ist Niederlage, was ist nicht Niederlage, eine ganze Menge Erfahrungen gemacht, die jetzt draußen gebraucht werden, denke ich.

Ebermann: Man kann natürlich sagen, Niederlage ist erst, wenn sie uns geschafft, wenn sie uns unseres politischen Denkens, unserer Systemgegnerschaft beraubt haben. Wenn man diesen Begriff von Niederlage hat, dann habt ihr keine erlitten und ich auch nicht. Soweit ist es noch nicht und kommt es hoffentlich nie.

Dann gibt es einen Begriff von Niederlage, der, weil das konkrete Ziel nicht erreicht wurde, alle im Kampf darum gemachten Erfahrungen behandelt, nach dem Motto: *"Klappe zu, Affe tot"* – kein zukünftig Rebellierender soll daraus lernen können, also begrabt den Scheiß. Diese Haltung ist ja gerade gegenüber Leuten sehr verbreitet, die mit ihren konkreten Zielen gescheitert sind, die macht auch die Kritik am Realsozialismus so widerwärtig – jeder muß noch mal schnell sagen: Ich hab da auch nichts von gehalten. Ich habe wirklich viele Seiten mit Kritik am Realsozialismus gefüllt, aber ich habe immer gehofft, daß die DDR sich halten kann gegen die BRD, und ich habe immer gehofft, daß bestimmte Planungen, z.B. eine Rüstung so hinzukriegen, daß man die dort killen kann, ohne daß hier allzuviel passiert, nicht aufgehen werden; ich habe gehofft, daß die Totrüstung und die ökonomische Durchdringung nicht gelingen. Wenn ich dies alles jetzt streiche und sage: Das war ja gar kein Sozialismus, wo war da die Emanzipation, war die Entfremdung nicht genauso groß oder die Warenbeziehung genauso ausgeprägt, mache ich auch kaputt, was man daraus würde lernen können.

Auch diesen zweiten Begriff von Niederlage meine ich nicht. Sondern wenn ich von Niederlage spreche, dann vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Die haben erstens euch nicht geschafft und mich nicht geschafft, zweitens ist es nicht so, daß das eine Zeit war, wo man nur Scheiß gemacht hat – aber das gesellschaftliche Kräfteverhältnis stellt uns in eine Position, die so einsam ist, wie ich sie, seit ich halbwegs erwachsen bin, nicht erlebt habe.

Dellwo: Willst du behaupten, das System sei heute stabiler als vor 20 Jahren?

Ebermann: Ja, ich glaube, das System ist heute stabiler. Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biografie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen. Die Parole *"Schafft zwei, drei, viele Vietnams"* haben wir nicht gerufen, weil wir nicht ganz dicht waren, sondern da lag damals wirklich eine Chance.

Es gibt ja jetzt so eine Geschichtsschreibung, daß wir ganz idiotische Träumer waren, und wenn wir damals schon realistisch gewesen wären, dann hätten wir in all unserem Handeln die Siege des Imperialismus antizipieren müssen – eine furchtbare Geschichtsschreibung für Stubenhocker, die sich jetzt noch freuen, daß sie schon vor 20 Jahren keinen Stein aufgehoben haben. Aber heute sind wir mit bestimmten Auffassungen erstmals außerhalb des Disputs. Ich habe das immer so erlebt: Wenn in der Gesellschaft gestritten wurde, war da eine bestimmte Spannbreite, und man war darin äußerster Flügel, aber doch mit Berührungspunkten zum linksreformistischen Lager oder zu einem aufgeschlossenen Rundfunk- oder Fernsehmoderator oder Leitartikler. Heute gibt es ganz viele Diskussionen – etwa zur Sowjetunion oder zu Jugoslawien oder zur Staatsverschuldung oder was mit der DDR geschehen soll –, und in dem Disput hat man gar keinen Platz mehr.

Folkerts: Das ist nur ein Ausdruck davon, daß der ganze Bezugsrahmen, in dem die Linke sich bestimmt hatte, auseinandergeflogen ist. Die Ost-West-Demarkationslinie, die antikolonialen Kämpfe und die Bewegungen in den Metropolen und deren Zusammenhänge, die auch reale revolutionäre Möglichkeiten enthielten – diese historische Phase, ausgehend von der Oktoberrevolution, ist zu Ende und fordert eine Zäsur. Eine Neukonstituierung emanzipatorischer Kräfte kann und wird nicht in den alten Bahnen laufen, die waren ja – wie die Apo – selbst historisch bedingt. Es werden sich neue gesellschaftliche Orte, Verhältnisse und Beziehungen, auch international, herausbilden. Und was die einsame Position betrifft – wir machen uns davon nicht abhängig. In der Illegalität haben wir gelernt, gegen den Strom zu schwimmen, in der Einsamkeit der Isolationshaft, wie man sich trotzdem gegen die Übermacht behauptet. Daraus haben wir ein Grundvertrauen gewonnen, in uns und zugleich in die potentiellen Fähigkeiten von Menschen, die aufbrechen.

Taufer: Wenn die Linke hier heute dermaßen schwach ist, dann hat das auch damit zu tun, daß sie eine glaubwürdige Utopie nicht mehr anzubieten hat.

Ebermann: Nein, ich glaube, du hast unrecht. An Utopien herrscht überhaupt kein Mangel, aber kein Arsch will sie hören. Wenn du allein die Kritik der Produktivität nimmst, auch ein weitverbreitetes Phänomen noch vor wenigen Jahren, mit guten und schlechten Seiten, mit Überidealisierung von Alternativbetrieben und Romantisierung zurückliegender handwerklicher Tätigkeit bis hin zur absurden Selbstausbeutung, so gab es trotzdem eine Debatte darum, ob diese Produktivität, die Ankettung des Menschen an den industriellen Arbeitsvorgang, die Demütigung des Menschen durch Maschine und Fließband, nicht etwas Bekämpfenswertes ist.

Etwa 5 bis 10 Prozent der Gesellschaft träumten irgendwie davon, daß es anders doch schöner wäre. Das ist ja der Ursprung von Utopie. Und das ist weg. Der Wunsch, Entfremdung zu überwinden, ist so wenig präsent in der Gesellschaft, daß man sagen muß, ideologisch haben die im Moment wirklich gewonnen, indem sie die Köpfe ganz und gar dafür gekriegt haben, daß dies die beste der denkbaren Welten ist.

Folkerts: Das liegt vielleicht daran, daß du die Gegenwart in den alten Formen betrachtest. Man muß lernen, genau hinzusehen, wie sich Widersprüche neu ausdrücken, wo sie sich in der Gesellschaft neu artikulieren. Natürlich brauchen die eine Linke, und so beißt sich das natürlich in den Schwanz – es gibt diese linke Kraft nicht, und so überlagert das Reaktionäre alles.

Timm: Der Hauptwiderspruch zwischen Thomas und euch ist doch die Einschätzung der Stabilität des imperialistischen Systems. Und mein Eindruck ist, daß Thomas vor allem die ökonomische Seite sieht: die ökonomische Stabilität und Verbreiterung, die ökonomischen Möglichkeiten, die sich ergeben haben und die jetzt auch in Bezug auf die ehemals realsozialistischen Länder die große Rolle spielen. Ich erinnere aber jetzt mal an Vietnam und was sich da abgespielt hat: die ökonomische, militärische Stärke der USA und dagegen ein Volk, das wenig mehr hatte als die eigene Idee, den eigenen Unabhängigkeitswillen, den die ökonomische, die militärische Stärke nicht brechen konnte.

Heute sehen wir einerseits diese ökonomische Stärke und andererseits, wie das, was tragende bürgerliche Ideen oder Ideale sind, verworfen wird, wie niemand mehr hinter ihnen steht, auch die herrschende Klasse nicht. Wenn sie hier jetzt anfingen mit *"mehr Demokratie wagen"* oder so, empfänden das alle nur noch als lächerlich. Und eine weitere Schwierigkeit ist, wovon man heute ausgehen soll. Wie sollst du überhaupt noch etwas analysieren, wenn du vor allem den Blick darauf richtest, was veröffentlichte Meinung ist. Wenn alles, was sich tut, aber nicht veröffentlichte Meinung wird, immer nur in diesen kleinen Kreisen bleibt – Entwicklungen beispielsweise wie im Hamburger Stadtteil St. Georg, wo sich die sozialpädagogische Initiative, der Einwohnerverein, die Grauen Panther, das Kindertagesheim und so weiter zusammengetan haben wegen der Drogenpolitik, die vom Hamburger Senat gefahren wird. Und da geht es nicht um die ideologische Richtung Heroinfreigabe, sondern sie sagen ganz praktisch: Das, was die Polizei macht in St. Georg, ist zu unserem Nachteil. Wenn die Junkies vertrieben werden aus der offenen Szene vorm Hauptbahnhof, werden sie vertrieben in die Eingänge der Häuser, dann liegen dort die Spritzen. Folge daraus ist, sie schließen sich zusammen und fordern: Polizei raus aus diesem Viertel. Das ist was Konkretes, und nur da kannst du heute ansetzen.

Ebermann: Wahrscheinlich werden die da was Sinnvolles machen. Aber so kann man doch nicht über Politik und Gesellschaft reden.

Timm: Warum nicht?

Ebermann: Ich komme jetzt mit einem Gegenbeispiel und einem Zitat. Zuerst das Gegenbeispiel: In Schleswig-Holstein hat man alle, die Asyl suchen, vor den Sozialämtern zusammengetrieben, um den sogenannten Mißbrauch zu dokumentieren. Dagegen haben in ganz Schleswig-Hol-

stein weniger als zweihundert Menschen demonstriert. Ich glaube aber, daß die Voraussetzung für das, was jetzt ideologische Hegemonie der Herrschenden bedeutet, darin besteht, daß sie durchgesetzt haben, daß in der Welt, so beschissen sie ist – und davon gehen alle aus –, die Brutalität, daß jeder sich selbst der Nächste ist, ideologisch durchgesetzt ist, und daß sich das widerspiegelt in der absoluten Nichtexistenz von Opposition gegen den Rassismus, der sich an den Flüchtlingen entlädt.

Taufer: Das sehe ich mehr oder weniger auch so, aber in historischen Situationen, in denen die Kräfte der Solidarität und der Freiheit ziemlich untergebuttert wurden und die Macht eine ideologische Hegemonie besaß, war es doch häufiger der Fall, daß sich Gegenkräfte entwickelt haben. In den USA sieht man jetzt, daß die Herrschenden keine Lösung im Sinne einer praktikablen Gesellschaftlichkeit mehr haben. Und das betrifft inzwischen nicht nur die Schwarzen in den Gettos, das tangiert auch den Mittelstand, auch wenn der erst mal nach rechts tendiert. Die Frage ist doch, wie können wir diese Kräfte entwickeln, und dazu gehört natürlich wieder die Durcharbeitung der Geschichte der letzten 25 Jahre, um aus den Fehlern und aus den Stärken zu lernen.

Dellwo: Thomas meint, daß das System in diesen zwanzig Jahren stabiler geworden ist. Das sehe ich nicht. Wir mußten ganz bestimmte Prozesse durchmachen und auch bestimmte falsche Wege erst mal gehen, wir sind eine ganze Menge falscher Wege gegangen, die werden wir nicht wiederholen, aber gegangen werden mußten sie. Doch unsere Ratlosigkeit und daß wir da jetzt im Moment ein Vakuum haben, weil wir die Frage nach dem, was man Zentralperspektive nennt, nicht beantworten können, und daß der Realsozialismus als erste Aufhebungsform der Geschichte gescheitert ist und daß wir jetzt keine neue haben – das alles bedeutet keineswegs, daß das System stabiler geworden ist.

Wir könnten jetzt viel zusammenzählen, warum wir das System heute schwächer, weil instabiler, sehen als damals. Aber letztlich bringt uns das nicht weiter, weil wir ja auch wissen, daß die Kaputtheit der anderen Seite nicht unsere Stärke ist. Es gibt keinen Automatismus von Elend und Befreiung. Umgekehrt wäre dann allerdings seine Stabilität, unterstellt man sie mal, nicht Ursache unserer Schwäche. Ich kann so aber auch nicht denken. Ob das System nun stabiler ist oder nicht – wer sein Leben in dieser Gesellschaft nicht verwerfen will, muß aus dem herrschenden gesellschaftlichen Konsens raus und eine eigene Vernunft setzen, leben und darum kämpfen, daß sie als Gegenrealität in der Gesellschaft existiert und entwickelt werden kann. So verstehe ich auch die Erklärung unserer Genossen.

Wir nähern uns der Situation aus einer unterschiedlichen Geschichte. Wir haben damals unsere Isolierung akzeptiert als Ausgangsbedingung. Das war manchmal hart, dafür haben wir uns nicht verloren, das heißt: Wir sind immer wieder dazu gekommen, den Bruch mit dem System materiell zu machen. Andere haben diese Isolierung gefürchtet und finden sich nun selbst in ihr wieder, nun aber dahin abgetrieben. Ich finde es einfach falsch, nun zu sagen: Das liegt an der Stärke des Systems, statt sich selbst zu kritisieren, daß man die ganze Zeit auch immer etwas preisgegeben hat. Das, was damals von vielen verdrängt worden ist, daß der Bruch mit dem System etwas Reales in unserem Leben sein muß – und wenn das für mich gilt, ist es auch mal egal, ob ich damit alleine stehe –, kommt als Bedingung für jede weitere Entwicklung zurück. Es müßte aber heute auch einfacher zu lösen sein, weil sich die Kompetenzfrage einfacher stellt. Wieviel Kompetenz wird dem Kapitalismus noch zur Lösung dringender Lebensprobleme von den Menschen zugetraut? Und ist das nicht auch ein Zeichen dafür, daß das System politisch instabiler ist?

Taufer: Es sei denn, man definiert Stabilität des Systems so, daß man sagt: Diese ganze Brutalität, der Egoismus, die hemmungslose Bereicherungssucht sind die Mechanismen, um Gesellschaftlichkeit aufrecht zu erhalten oder gar zu entwickeln. Dann könnte man von Stabilität sprechen. Aber dieser Egoismus und diese Brutalität sind ja auch ungeheuer destruktiv gegenüber Gesellschaftlichkeit überhaupt.

Ebermann: Vielleicht kann ich mich besser verständlich machen, wenn ich mal eine Passage aus der RAF-Erklärung vorlese: *"Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als Untermenschen behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Altersarmut usw. zu ziehen, und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückschicken kann, das er ständig mitproduziert."*

So was finde ich grausam. Wir leben in einer Zeit, wo nahezu alles, was auf diesem Gebiet mal in Teilbereichen der Gesellschaft Fuß fassen konnte – offene Grenzen zum Beispiel hatten bis in liberalkirchliche Kreise doch einen ganz guten Klang –, völlig abgeräumt wird zugunsten des Konsenses, daß man mit den Flüchtlingen hart und erbarmungslos umspringen muß. Und dagegen gibt es keinen relevanten gesellschaftlichen Widerstand. Wenn ich das kontrastiere mit dieser Passage, die doch wenigstens den Gedanken nahelegt, die Frage, wie es da weiter geht, sei eine halbwegs offene, und vielleicht sogar die Suggestion bedeutet, daß die Einstellung bewaffneter Aktionen an diese Frage geknüpft ist, dann scheint es mir so zu sein, daß die Autoren immer noch die Behauptung brauchen, sie hätten gerade große Siege errungen und könnten deswegen folgenden praktischen Schritt machen.

Das wird noch deutlicher an einer anderen Stelle, wo es heißt, *"daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen"*. Erstens haben alle Fraktionen des Staates schon immer begriffen, daß diese Mittel nicht pur anzuwenden sind, und zweitens wird auch zukünftig das alle Politik strukturierende Element die Repression sein.

Die beiden Zitate haben offensichtlich eine Beziehung zueinander. Die lautet etwa so: Weil es gut voran gehen kann, wechseln wir die Kampfform.

Dellwo: Ich verstehe es anders. Es ist hier einmal eine Guerilla entstanden, die sich auch dann nicht mehr aus der Geschichte eliminieren ließe, wenn sie aufhören würde. Sie kann auch jederzeit wieder entstehen. Das wollten sie eigentlich damit sagen. Für mich hat RAF bedeutet: ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde. Wir wissen, was man hier nach 45 mit der KPD gemacht hat, wir wissen, wie auf die 68er reagiert wurde, ich weiß, wie damals in Hamburg unsere Hausbesetzung vom MEK mit der MP im Anschlag – und sie hätten auch geschossen – abgeräumt wurde. Dagegen haben wir etwas gesetzt, und wir haben dagegen bis heute etwas gehalten. Die RAF haben sie nicht austreten können. Die Gefangenen haben sie im Knast nicht fertig machen können.

Wir haben auch eine Potenz erkämpft, die Fähigkeit, eine bestimmte Art von Widerstand zu machen, wenn es notwendig ist. Das ist bis jetzt auf uns reduziert geblieben, auf die, die in der Illegalität waren oder im Gefängnis und auch auf ein paar Leute drumherum. Und diese Haltung, die Bereitschaft, für etwas auch mal einzustehen, das würde ich gern verallgemeinern. Ich rede jetzt nicht von der Form unseres Kampfes, die wird ja auch neu bestimmt werden müssen. Sondern daß man einfach mal den Willen hat, an einer Sache festzuhalten, und den Willen, sie durchzusetzen, die Lösung einer konkreten Frage von uns aus bestimmt und beantwortet haben will.

Für die meisten Linken hat das nicht gegolten. Die sind immer irgendwo an einer bestimmten Grenze stehengeblieben und haben ihre Sache preisgegeben, und das ist es, was hier angesprochen ist in der Erklärung der RAF: daß auch ihr euch die Fähigkeit zum Widerstand erkämpfen müßtet. Ich hab heute Mittag noch gedacht, guck mal, ihr seid länger als ich in der Linken und seid nie im Knast gewesen. Warum eigentlich nicht? Warum habt ihr nicht mal ne Sache durchgekämpft, auch mal einen Preis bezahlt? Da fehlt doch an dieser Linken etwas. Ich glaube, dahin müssen wir kommen.

Gremliza: Wir müssen die Linke in den Knast kriegen?

Dellwo: Nicht die Linke in den Knast kriegen, aber wir müssen dahin kommen, daß wir auf bestimmte Sachen insistieren. Wenn wir hier um Zusammenlegung gekämpft haben, da sind wir bis an die Grenze gegangen, wir haben auch tote Gefan-

gene gehabt, aber du hast gewußt, diesen Preis, den mußt du zahlen, sonst kannst du einfach nicht überleben. Du mußt kämpfen. Wenn du hier im Isolationstrakt sitzt und merkst, daß die ganze Sache darauf hinausläuft, dich als Menschen auszulöschen, dann weißt du, das wäre die Niederlage, da setzt du was dagegen, deine Selbstbehauptung, und dann kannst du auch eine Sache durchkämpfen.

Und wenn ihr sagt, es sei so ungeheuer viel verschwunden, dann wird das auch daran gelegen haben, daß ihr nicht gesagt habt, das lassen wir uns nicht nehmen. Ein bißchen Selbstkritik könnte euch da nicht schaden.

Timm: Wenn es jetzt um Diskussionen und Neuorientierungen gehen soll, muß auch die Erklärung der RAF kritisiert werden können. Es gibt da einen Fehler, eine Ungenauigkeit in der Einschätzung. Die RAF beschreibt die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und nimmt als Grundlage die Äußerungen Kinkels zu den Gefangenen. Daß Kinkel sagt, mit den Gefangenen muß jetzt was passieren, wird so gedeutet, als gebe es Fraktionen im Staat, die bereit seien, mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umzugehen als bisher, und beispielhaft wird angeführt die Ausländer- und Asylfrage, und genau da gibt es nicht die geringsten Indizien, wirklich nicht die geringsten, für eine Rücknahme der Repression, sondern sie wird verschärft. An dem Punkt haben wir wirklich absolut nichts geschafft.

Dellwo: Du würdest aber zustimmen, daß sie das, was der Kinkel heute macht, vor zehn Jahren nicht gemacht hätten?

Timm: In der Frage der Gefangenen bewegt sich etwas, aber was die Gründe dafür sind, ist uns allen noch nicht klar.

Folkerts: Da gibt es ein Mißverständnis. Die RAF führt die Politik gegen Immigranten nicht als Beispiel an, es gäbe Teile im Apparat, die mit gesellschaftlichen Widersprüchen anders umgehen. Die Aussage in ihrer Erklärung geht doch genau vom Gegenteil aus und verweist auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kämpfe, in denen sich entscheiden wird, wie politisch Raum für alle diese existentiellen Fragen eröffnet werden kann und wie der herrschende Konsens zu schleifen ist.

Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen, die nach neuen Wegen suchen, ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt. Die psychologischen Kampagnen, die Lügen und Fälschungen sollten die politische Konsequenz aus dieser Perspektivlosigkeit verhindern. Mit der Erfindung von Fahndungserfolgen – wie diesem *"absolut glaubwürdigen Kronzeugen"* zu Beginn des Jahres – wollten sie die Fähigkeit vortäuschen, sie könnten die RAF doch noch besiegen, jetzt, da angeblich gerade einer aus der Mitte der RAF zu ihnen übergelaufen sei. Nach 22 Jahren bringen sie sich selbst auf den Begriff: Die von Bundesanwaltschaft, BKA, Verfassungsschutz und Medien behauptete Wirklichkeit ist identisch mit der Wahnwelt eines psychisch Kranken.

Taufer: Ich finde es wichtig, zu betonen, daß die RAF-Erklärung keine Reaktion auf Kinkel ist, sondern erstes Ergebnis einer Diskussion, die seit zwei Jahren läuft und die sich daraus ergeben hat, daß die ungeheuren Veränderungen in der Welt nach einer Neubestimmung verlangt haben.

Gremliza: Aber man kann nicht gut bestreiten, daß die Wirkung des Schreibens in die Richtung geht, die ihr für ein Mißverständnis haltet: Die RAF antwortet auf Kinkels Verlangen nach einem deutlichen Zeichen, und sie zieht die weiße Fahne auf, um die Gefangenen herauszukriegen. Ihr könnt sagen, das sieht die Öffentlichkeit falsch, und das sieht Herr Kinkel falsch. Aber auch mir fällt es schwer zu glauben, daß die Autoren der Erklärung diese Wirkung nicht vorausgesehen und also gewollt haben sollen.

Folkerts: Der zeitliche Ablauf drängt diese Interpretation vielleicht auf. Aber die Entscheidung ist aus der gesamten Entwicklung notwendig und richtig. Wie damit weiter gearbeitet wird, hängt sehr davon ab, wie Linke sich da einmischen, artikulieren und auch intervenieren, damit es nicht diese defätistische Tendenz bekommt. Natürlich, es ist eine offene Situation, das weiß die andere Seite auch, sie will natürlich alles für sich, für uns nichts.

Ebermann: Der ganze Film hat zwei unterschiedliche Adressaten.

Folkerts: Die Erklärung der RAF ist an die Gesellschaft gerichtet, an alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit konkret durchgesetzt werden kann. Das gilt auch für die Erklärungen von uns Gefangenen. Wir äußern uns natürlich auch gegenüber dem Staat deutlich, damit er von den Tatsachen ausgeht, statt von Illusionen und dem primitiven Kalkül seiner *"Spezialisten"*, wie zuletzt bei der Ankündigung der Freilassung einiger Gefangener und zugleich neuer Verfahren gegen andere.

Ebermann: Alles, was irgendwie der Möglichkeit dient, daß die Gefangenen rauskommen, ist sowieso mehr als legitim, das ist – wie man so sagt – über jede Kritik erhaben. Ich gehe davon aus, daß ihr selber die Grenzen definiert habt, von denen es, wenn ich das richtig verstehe, zwei gibt: Die eine Grenze liegt da, wo man einen anderen reinreißt, und die zweite da, wo man seine eigene Vergangenheit so in den Dreck zieht, daß niemals mehr jemand Lust hat, daraus was zu lernen. Alles andere muß gemacht werden, und ihr müßt wissen, daß wir diejenigen sind, die eure Entlassung am wenigsten befördern können. Darüber entscheidet das Gefüge der herrschenden Politik bzw. der akzeptierten Opposition im Rahmen der herrschenden Politik, und deshalb sind die zu Recht der eine Adressat der RAF-Erklärung.

Der andere Adressat ist die Restlinke, und da muß wahrscheinlich ein bißchen streng darauf geachtet werden, daß euer hoffentlich jetzt möglich erscheinender Erfolg nicht abgebucht wird auf das Konto, daß wir uns in einem Prozeß der Liberalisierung und Zivilisierung der Gesellschaft befinden. Es gibt starke Kräfte, die versuchen, diese Platte aufzulegen und ganz bestimmte Selbstkritik abzuholen.

Unter diesem Aspekt finde ich auch solche Passagen so schädlich, in denen man zum Ausdruck bringt, daß die Dinge in Deutschland in die richtige Richtung laufen. Für mich steht beispielsweise Robert Kurz, den ihr jetzt häufig zitiert, nicht für ökonomische Analyse, sondern für die politische Aussage, daß hierzulande, weil die Gerichtsassessoren, oder wie das Pack heißt, jetzt einen Brillanten im Ohr haben und sich die Haare zum Zopf binden, die Liberalität ausgebrochen ist, daß hier der Kosmopolit gerade heranwächst, daß selbst der Nazi kein Nazi sein kann, weil er seine Frau in Singapur kauft. Für diese ganzen reingeschmuggelten Ideologie-Ersatzstücke steht Kurz.

Dellwo: Da muß ich widersprechen, so habe ich Kurz nicht verstanden.

Ebermann: Es gibt zwei Themen, die die Jahrhunderte überdauern: das eine ist, ob die Welt untergeht, und das andere ist, ob die Menschheit sich gerade zivilisiert. Da gibt es immer Propheten. Und von diesem zweiten ist Kurz der Prophet schlechthin.

Folkerts: Viel wichtiger finde ich seine Feststellung, daß der Sieg des Kapitalismus über den Staatssozialismus eine historische Sekunde gedauert hat und daß dieser Sieg seine eigene Krise verschärfen und vervielfältigen wird. Wenn du nicht nur die Oberflächenerscheinungen anguckst, sondern die anwachsende globale Krisenpotenz, die auf die Zentren zurückkommen wird, in der BRD beschleunigt durch die Annexion der DDR, dann kannst du nicht mehr sagen, daß das System hier stabiler geworden sei.

Ebermann: Was versteht man unter Stabilität? Jeder blöde Reformist sagt, daß der IWF und die Weltbank versagt haben. Das erkennt man dann jeweils daran, daß die Ideale, die die beiden Institutionen in ihre Präambel geschrieben haben, irgendwie nicht Wirklichkeit werden. Tatsächlich funktionieren sie perfekt. Ich kann natürlich immer wieder sagen, daß, weil sie's nicht ruhig haben, keine Stabilität gegeben ist. Aber sie brauchen die Ruhe nicht. Die können ganze Stadtteile von New York unbeaufsichtigt lassen, so lange sie wissen, daß die Leute sich gegenseitig abmurksen, gegenseitig die Spritze setzen.

Solange das kein Material ist, das der Verwertung dient, ist es ihnen egal.

Folkerts: Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung – was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.

Ebermann: Ich habe Taufers Brief an die Tübinger gelesen, wo er diesen Tupamaro zu Wort kommen läßt, der sagt, worüber er nicht reden kann und worüber er reden kann, wenn er in die Elendsviertel geht, also was es bedeutet, Schwätzer zu sein, wenn Menschen in extremer materieller Not sind. Bezogen auf die, die nicht in dieser Lebenslage sind, die also nicht die Sorge haben, ob sie ein Bett haben, wenn sie krank sind, oder wie ihre Kinder am nächsten Tag ernährt werden, also bezogen auf viele hierzulande, kann für mich der emanzipatorische Ansatz tatsächlich nur darin liegen, ob es gelingt, eine Kritik der Bedürfnisse hinzukriegen.

Gremliza: Es hat sich bei den Massen in der BRD die Meinung gebildet, daß jede Verbesserung der Lage der anderen Menschen auf der Erde zu einer Verschlechterung ihrer eigenen materiellen Lage hier führen wird. Diese Meinung ist zutreffend, und weil sie es ist, wird jeder Blick auf das Elend der Welt vermieden, der die Unterstützung emanzipatorischer Bewegungen dort herausfordern müßte. Nieder mit der internationalen Solidarität – wer für sich und seine Bedürfnisse etwas tun will, tut gut daran, sich dem teuren deutschen Vaterland anzuschließen. Deshalb finde ich es fast rührend, welche Chancen ihr entdeckt haben wollt, die Bedürfnisse deutscher Massen auf eine emanzipatorische Politik zu lenken.

Taufer: Die Rede war erst mal von der Linken und ihrer Geschichte und nicht von den deutschen Massen. Und in dem Zusammenhang ist das, was da mit der Kritik der Bedürfnisse angesprochen ist, ein entscheidender Punkt. Der von der Linken und insbesondere von der Metropolenlinken geführte illusionäre Prozeß, der jetzt zu Ende geht, ist eben auch gerade daran gescheitert, daß neue Bedürfnisse nicht in die Welt gesetzt worden sind. Das ist es, was die Tupamaros etwa in Uruguay jetzt versuchen. Wenn man denen, die in den Slums wohnen, nichts zu essen haben, ihre Töchter mit 12 Jahren auf den Strich schicken, um nicht zu krepieren, von Sozialismus redet, fühlen sie sich nicht ernst genommen.

Gremliza: Und wenn man bei denen, die in den Slums wohnen, nichts zu essen haben, ihre Töchter mit 12 Jahren auf den Strich schicken, um nicht zu krepieren, das Bedürfnis nach was zu fressen kritisiert, anstatt ihnen ganz realsozialistisch einen Frachter voll Weizen zu schicken, kriegt man hoffentlich eins aufs Maul.

Taufer: Es ist ein Grundübel der sozialistischen Bewegung der letzten hundert Jahre, daß sie versucht hat, den Leuten ein idealistisches Ziel aufzuschwätzen. Aber dort, wo der Kapitalismus den Menschen diesseitige Entfaltungsmöglichkeiten bietet, in der Regel nach Art der Wölfe, war im Realsozialismus ein weißer Fleck. Kritik der Bedürfnisse, das hatten wir 68 schon mal. Da ist in der Tat was Neues in die Welt gesetzt worden bei uns, was im übrigen von einem Freund aus Uruguay, wo es das so nicht gibt bis jetzt, als er es hier kennenlernte, als Bereicherung, *"Errungenschaft"* empfunden wurde.

68 ist die Kritik der Bedürfnisse entweder in einem moralischen Schilderwald steckengeblieben, von den Grausamkeiten mal gar nicht zu reden, oder, wo Alternativen erprobt wurden, ist das Ganze doch recht vorsichtig, betulich und manchmal einfältig geblieben. Ohne Imagination und jenen Mut, den man bei uns lernen mußte. Und so konnte dann auch die Rückkehr ins Gewesene als realistischer Kompromiß erscheinen. Das Bedürfnis nach fundamentaler Veränderung wird dort entstehen, wo schon mal Leben in und aus einem anderen Bedürfnisland geschmeckt werden kann. Und wo das so gut schmeckt, daß die anderen Bedürfnisse recht alt dabei aussehen.

Bei der Aufarbeitung des Realsozialismus hört man jetzt oft den Begriff Gebrauchswert. Der Realsozialismus war Aufhebung des Warenverhältnisses und insbesondere Aufhebung des passivierenden Warenfetischs sowenig wie die Marktwirtschaft. Eine gebrauchswertorientierte Gesellschaftlichkeit wäre eine, die das Prinzip Eigeninitiative/Selbstbestimmung als erste Priorität setzt und nicht die traditionelle Bedürfnisbefriedigung. Selbstbestimmung – das spricht nicht nur von einer Andersorganisation der individuell-subjektiven Semantik. Wo eine solche neue Mentalität entsteht, bekommen die Konsumbedürfnisse einen ganz anderen Stellenwert, weil die persönliche und soziale Tätigkeit eine ganz andere Art von Bedürfnisbefriedigung ist als die Konsumarbeit. Die Konsumorgien, die ökonomischen Wucherungen, zerstören die Welt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Text mittelfristig nicht diskutierbar sein soll.

Dellwo: Hermann, du scheinst beeindruckt von unserem Optimismus?

Gremliza: Beeindruckt? Erschlagen. Das ist kein Optimismus. Wir reden von verschiedenen Welten.

Dellwo: Ich gehe nicht davon aus, daß von diesem System noch eine positive Entwicklung zu erwarten ist. Selbst wenn sie wollten – es ist materiell nicht möglich. Es geht aber gleichzeitig um die Selbstbehauptung des Menschen. Ihr redet viel von der Linken und meint damit die politische Linke, die aus der 68er Bewegung hervorgegangen ist. Aber der Widerspruch jetzt geht weit über das hinaus, was man die Linke nennen kann. Würdet ihr die Leute in der Hamburger Hafenstraße oder in der Mainzer Straße in Berlin Linke nennen? Ich sehe das anders. Vielleicht kann man den ganzen Begriff *"Linke"* nicht mehr anwenden.

Ebermann: Vielleicht haben wir jetzt eine Zeit, in der nichts anderes möglich ist, als daß ein paar Leute versuchen, emanzipatorisches Gedankengut über die Jahre zu retten.

Dellwo: Was ich bei Robert Kurz gut verstanden habe, ist der Unterschied zwischen der Zeit des Fordismus, der noch massenhaft die Leute eingesaugt hat, und der heutigen Zeit der Automation, wo die Leute massenhaft auf die Straße geworfen, als definitiv unbrauchbar weggestellt werden. In der ehemaligen DDR beispielsweise werden alle, die über 45 sind, nicht mehr gebraucht und mit Umschulungs-, ABM- und Sozialprogrammen so lange ruhiggestellt, bis sie zu alt sind, noch Widerstand zu leisten. Ist das nicht eine Sache, aus der noch etwas entstehen kann?

Ich will jetzt nicht fragen: Wo ist hier ein revolutionäres Subjekt? Früher hat man das erst in der Dritten Welt gesucht, dann bei den Marginalisierten – ich habe dazu mal gesagt: Guck in den Spiegel, dann siehst du ein revolutionäres Subjekt oder du siehst keins. Die Frage an uns heißt: Können wir an uns etwas entwickeln, woran andere etwas wiedererkennen. Erst wenn wir das verneinen müßten, befänden wir uns in einer Niederlage.

Ebermann: Wenn ich das so höre, muß ich an Poder Popular, an Volksmacht denken: Räume schaffen, in denen der ideologische wie der materielle Einfluß der Herrschenden begrenzt ist. Und deshalb muß das Wort Hafenstraße, weil es das sinnfälligste Beispiel zu sein scheint, auch immer fallen, wobei ein bißchen von dem abstrahiert werden muß, was dort jetzt real los ist. Die werben inzwischen für sich als Pippi Langstrumpf.

Dellwo: Ich weiß das nicht.

Gremliza: Mir scheint, die Hafenstraße funktioniert heute als relativ erfolgreicher Modellversuch sozialer Selbsttherapie.

Taufer: Hängt das nicht damit zusammen, daß der Emanzipationsprozeß auch dort ziemlich oberflächlich geblieben ist? Und hat das nicht auch mit eurem Pessimismus zu tun? Sicher, ich sehe auch, daß die Linke stagniert. Aber es hat doch in den letzten 25 Jahren einen sehr kräftigen, sehr vielfältigen, sehr originären linken Prozeß gegeben, einen Prozeß, der immer und immer wieder vom Staat enteignet worden ist. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Innovationen zu konzipieren und voranzutreiben, hat nach 1945 nur die Linke bewiesen, und heute sind solche gesellschaftsinnovatorischen Initiativen wieder fällig. Leute von rechts, wie etwa Rohrmoser, sehen die Lage des Systems viel pessimistischer als die Linke. Die Linke aber sitzt da und beweint ihre Niederlage.

Gremliza: Bedingung für alles ist, daß man die Realität, auch wenn sie weh tut, wenigstens zur Kenntnis nimmt. Real ist eine Niederlage, und nur wer sich an die-

ser Erkenntnis nicht vorbeimogelt, wird in der Lage sein, aus ihr zu lernen, indem er die eigenen Fehler erkennt, die vermeidlichen, aber auch die unvermeidlichen, die die Übermacht der Herrschenden erzwungen hat.

Dellwo: Muß das unbedingt *"Niederlage"* heißen? Wir sprechen von einer Grenze, an die wir gestoßen sind. Wir haben natürlich auch mehr gewollt. Dennoch haben wir unheimlich wichtige Erfahrungen gemacht. Und wir haben uns gehalten. Das war nicht einfach, aber es geht.

Ebermann: Ich habe einen abgrundtiefen Haß auf das ganze Gesocks, das zu jeder Scheiße sagt, es lägen in ihr *"Chancen und Gefahren"*. Daß wir uns überhaupt streiten über *"Grenze"* und *"Niederlage"* und daß wir dabei so vehement werden, liegt daran, daß das Wort *"Chancen und Gefahren"* der Schlüssel für alle Schweinereien ist.

Folkerts: Aber was hat das mit uns zu tun.

Gremliza: Bis heute nichts.

Taufer: Richtig ist natürlich, ob man es nun Grenze oder Niederlage nennt, daß es darauf ankommt, ein selbstbewußtes, aber auch aufrichtiges und selbstkritisches Verhältnis zur eigenen Geschichte zu gewinnen.

Folkerts: Der Anlaß für dieses Gespräch ist die Erklärung der RAF. Das wesentliche daran ist, *daß* dieser Schritt gemacht wurde. Das sollte euer Thema sein und weniger die Kritik an einzelnen Punkten.

Gremliza: Ich kritisiere die Erklärung noch gar nicht, sondern ich versuche herauszukriegen, was sie bedeutet. Was bedeutet es, wenn die RAF ihre Angriffe auf Personen einstellt? Was wird die RAF stattdessen tun? Würde es die RAF, auch wenn die Gefangenen freigelassen würden, weiterhin geben und als was? Aus der Erklärung erfahre ich nichts dazu.

Folkerts: Das kann man heute nicht sagen. Das ist ein offener Prozeß.

Gremliza: Aber die Entscheidung der RAF, den bewaffneten Kampf einzustellen, ist auch eure Entscheidung?

Folkerts: Dahinter gehen wir auch nicht zurück. Aber wenn du den Text liest, weißt du, daß er einen Anfang und ein Ende hat. Man kann sich aus der Situation nicht voluntaristisch herauskatapultieren. Der Übergang ist selbst materieller Kampfprozeß, der entscheidet, welche Möglichkeiten man eröffnen kann. Somit ist auch an alle etwas zurückgegeben: die Verantwortung für die Veränderung der Situation.

Gremliza: Für Kinkels *"Versöhnung"*?

Folkerts: Das Wort *"Versöhnung"* ist völlig falsch. Die Widersprüche sind antagonistisch, sie haben uns hervorgebracht, und sie werden auch in Zukunft antagonistisch bleiben. Die RAF hat mit ihrer Erklärung politisch offen gemacht, in welchen Formen und in welcher Schärfe die Widersprüche ausgetragen werden.

Gremliza: Wenn die Gefangenen keine Versöhnung wollen, also dem Staat nichts anbieten, bleibt die Frage der Freilassung allein dem Kalkül der Herrschenden überlassen: Ob sie euch, sicherheitshalber, lieber im Knast haben wollen oder ob sie für die Hoffnung, einmal wieder ohne Leibwächter mit ihrem Fiffi Gassi gehen zu können, euch rauslassen. Das haben Herr Kinkel, Frau Vollmer und Herr Waigel mit ihrer Klientel auszuhandeln – die Linke ist da nicht gefragt.

Folkerts: Es hat tatsächlich Einfluß von seiten der Wirtschaftselite gegeben. Zwanzig Jahre haben sie diesem Staatsschutzapparat Geld und Macht in den Rachen geworfen, ohne daß er das versprochene Ergebnis bringen konnte. Das ging so weit, daß Großkonzerne dem BND Barschecks schickten, mit denen Geheimoperationen finanziert werden sollten, in denen Söldner – neben dem offiziellen Apparat – RAF-Mitglieder im Ausland aufspüren und liquidieren sollten. Präsident des BND in jenen Jahren war u.a. Kinkel.

Gremliza: Mag sein, daß sie mit euch nicht so gut fertig geworden sind, wie sie es sich gewünscht haben. Aber ihr werdet uns nicht sagen wollen, daß es sich bei der RAF-Erklärung um die Kapitulationsurkunde des Staates vor der RAF handelt?

Folkerts: Es ist keine Selbstüberschätzung, nach 22 Jahren festzustellen, daß sie die RAF nicht zerstören konnten. Die RAF ist handlungsfähig, und sie hat gezeigt, daß sie politisch agieren kann. Von der Gegenseite kann man das nicht sagen.

Dellwo: Ich finde, daß sich die Erklärung doch primär an die Linke richtet – mit der Frage, ob wir heute, anders als Mitte der siebziger Jahre, als das nicht möglich war, in anderen Kämpfen einen Zusammenhang herstellen können. Wenn wir das können, dann können wir auch dieses *"Kriegsverhältnis"* mit dem Staat erst mal auflösen, und das bietet dann der anderen Seite die Möglichkeit, das Verhältnis zu uns zu ändern. Wenn das *nicht* möglich ist, wenn keiner was tut und alle nur jammern, werden wir uns fragen müssen, was wir dann machen. Wir sagen zu dieser Linken: Wir alle haben in den letzten 25 Jahren etwas versucht, wir haben alle bestimmte Erfahrungen gemacht, laßt uns jetzt mal ein Resümee daraus ziehen.

Gremliza: Worin soll die politische Antwort des Staates bestehen?

Dellwo: Freiheit für alle Gefangenen.

Gremliza: Gibt es Bedingungen für die Art der Freilassung? Müßte es eine Amnestie sein?

Dellwo: Die Form ist für mich zweitrangig, solange in einem überschaubaren Zeitraum alle Gefangenen freikommen. Was es mit uns nicht geben wird, sind Regelungen wie Freilassung nach 15 Jahren, daß also manche noch fünf oder zehn Jahre im Knast sitzen würden. Auf welche Weise das die andere Seite machen will, ist deren Sache. Ich will mich nicht mit deren normativen Problemen befassen.

Gremliza: Lassen sich die Gefangenen irgendwelche Bedingungen stellen?

Dellwo: Die versuchen uns zu zwingen, daß wir unsere eigene Geschichte leugnen und verwerfen. Sie wollen ein Bekenntnis für ihre Herrschaft. Und damit nicht genug, wie das Anhörungsverfahren zu Günter Sonnenberg gezeigt hat. Günter war nach seinem Kopfschuß in der gleichen Situation wie Rudi Dutschke. Er mußte alles neu lernen. Sie haben ihn jahrelang in die Isolation gesteckt. Er hat nicht nur gegen die Isolation, sondern auch gegen seine Verletzungsfolgen kämpfen müssen. In vielen Hungerstreiks, die er ja alle mitgeführt hat, ist es darum gegangen, daß er mit anderen zusammengelegt wird, zum Sprechenlernen, gegen seine Epilepsie-Anfälle, einfach, daß er einen Genossen um sich hat, dem er vertrauen kann. Das war schon aus medizinischer Sicht begründet. Sie haben ihm daraufhin irgendwann einen Fernseher auf die Zelle gestellt und gesagt, damit könne er sich ja auseinandersetzen. Sie wollten ihn kretinisieren. Jetzt beim Anhörungsverfahren sagen sie ihm: Sie können sich selbst artikulieren, sie machen auch körperlich einen guten Eindruck, da müssen Sie doch zugeben, daß wir Sie gut behandelt haben. Er sollte die ganze Schweinerei, die sie mit ihm gemacht haben, jetzt leugnen und sich auch noch bedanken. An Zynismus mangelt es denen nicht.

Folkerts: Und dann haben sie, die angeblich keine politischen Gefangenen kennen, von Sonnenberg ausschließlich politische Stellungnahmen zur RAF-Erklärung verlangt. Zu Bernd Rössners Haftunfähigkeit meinte die Bundesanwaltschaft Anfang April, daß er nach 17 Jahren noch weiter inhaftiert bleiben müsse, um einen *"Gesinnungswechsel"* zu erreichen. Zu Ali Jansen schrieb das OLG Frankfurt Mitte April: *"Die langjährige Asthmaerkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen. Eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar."*

Das alles zeigt, daß die Staatsschutzjustiz keine Instanz sein kann. Auch das müßte aus der Vergangenheit klar werden: Stammheim steht weltweit nicht für den gelungenen Versuch, Fundamentalopposition mittels Justiz zu eliminieren und die Auseinandersetzung zugleich zu entpolitisieren.

Dellwo: Auch wenn sie vor allem das wollen, bin ich nicht bereit, meine Vergangenheit zu verwerfen. Wenn wir heute auch sagen, wir sind an eine Grenze gestoßen, finde ich es richtig, daß die RAF entstanden ist; es gibt eine historische und eine moralische Legitimation, hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben.

Folkerts: Wir wundern uns natürlich nicht, daß die auf diesem Punkt so sehr bestehen: Sie gehen davon aus, daß, wer die Geschichte definiert, auch Gegenwart und Zukunft bestimmt. In ihrem Universum aus Geld und Ware soll nichts anderes bestehen. In diesem Wahn befangen, halten sie sich für den Endpunkt der Geschichte, aber kein einziges gesellschaftliches Problem können sie auch nur ansatzweise vernünftig lösen.

Ebermann: Was ihr beide da erklärt, kommt mir zu untaktisch vor.

Dellwo: Das mag sein, aber das müssen sie hinnehmen. Wir können hier nicht taktieren. Sie können sagen, daß sie uns



zu Recht bekämpft haben und bekämpfen mußten – das alles interessiert mich nicht. Aber sie müssen akzeptieren, daß sie unser Selbstverständnis nicht haben brechen können. Wenn sie das nicht hinnehmen, sehe ich keine Möglichkeit, wie es zu einer Lösung kommen soll. Wir werden mit denen nie zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge kommen.

Ebermann: Das Wort Kapitulation schreckt mich nicht. Wenn man einer Übermacht unterliegt, ist Kapitulation das Vernünftigste. Wenn eine Übermacht da ist, wie Lenin sie aus Anlaß des Friedens von Brest-Litowsk beschrieb, dann muß man gegen alle die Schwätzer vorgehen, die die heldenhafte Pose verlangen.

Taufer: Es geht nicht um die heldenhafte Pose, sondern es geht um unsere Geschichte. Wir haben nicht 18 Jahre gekämpft, um dann diese Geschichte wegzuschmeißen – bei aller notwendigen Aufarbeitung und Kritik unserer Fehler.

Folkerts: Sie wollen uns und unsere Geschichte nach wie vor auslöschen.

Dellwo: Ich kann das ganz einfach nicht, ich kann da nicht hingehen und mich taktisch äußern. Wenn sie es darauf ankommen lassen und solche Anforderungen stellen, dann kann man nur zu seiner Sache stehen. Es hat immer zu wenig Leute in dieser Linken gegeben, die auch mal ihren Kopf für etwas hinhalten. Ich meine das ganz undramatisch. Ich laß mir von denen auch keine moralischen Vorhaltungen machen. Wir haben eine andere Moral.

Ebermann: Das ist wahr, keiner, der in einer Lebenssituation ist wie zum Beispiel ich, weiß genau, was politische Differenz etwa zu euch war, und was Rücksichtnahme auf die eigene Sicherheit. Die ganze Geschichte der Linken und der RAF war niemals nur eine Geschichte der politischen Differenz, sondern immer auch eine Geschichte vorhandener oder fehlender Bereitschaft, das, was man für richtig hält, auch zu tun. Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei. Wenn wir das nicht tun, werden wir zukünftig auch das nicht mehr machen können, was sehr individuell getan werden müßte. Es gibt ja immer wieder Situationen, wo man am großen Lauf der Geschichte gar nichts ändern kann und dennoch sehr unterschiedliche Möglichkeiten des persönlichen Verhaltens hat. Beispiel Nationalsozialismus: Da konnte man bestimmt keine erfolgversprechende Gegenmacht organisieren. Aber man konnte einen Verfolgten verstecken, und man hätte dieses Verstecken weit überhöht, wenn man gesagt hätte, man arbeite damit gerade an dem Projekt, Hitler zu stürzen. Man konnte es bloß tun oder lassen.

Taufer: Das ist ein wichtiger Punkt. Es geht nicht nur um unsere Situation, wenn wir auf einer korrekten und kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte bestehen. Es geht auch um die Linke draußen. Und wenn du den Frieden von Brest-Litowsk anführst: Der taktische Kompromiß, den Lenin da gemacht hat, war nicht nur eine Entlastung für die Oktoberrevolution, er war auch eine Belastung für andere. Wenn wir den Frieden machen würden, den man von uns verlangt, wäre das langfristig auch eine Belastung für die Linke.